Nahrung Vorsicht, die Mehlwürmer kommen **Seite 2**

Preußische Allgemeine

75 Jahre

Nr. 8 · 21. Februar 2025 | Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt | Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Weckruf aus Washington

Vom Ukrainekrieg bis zur Mahnung zu inneren Reformen: Wenige Tage vor der Bundestagswahl erreichen die neuen politischen Verhältnisse in den USA Europa **Seiten 1, 3, 8 und 24**

Labour Party 125 Jahre Triumph und Tragödie der britischen Linken **Seite 11**

Klassiker Vor 40 Jahren erschien „Stille Jahre in Gertlauken“ **Seite 23**

BILDER: DDP/DTS NACHRICHTENAGENTUR; SPLASH BY SHUTTERSTOCK; PRIVATARCHIV PEYINGHAUS

POLITISCHE STIMMUNG

Es weht ein Hauch von 1989 durch das Land

Überzeugt von eigenen Irrwegen reagieren Vertreter der etablierten Parteien entsetzt auf eine Warnung aus den USA. Und verkennen den Wandel im Land

VON RENÉ NEHRING

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Mit dieser Botschaft, die im Wortlaut etwas anders lautete, mahnte der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow im Herbst 1989 seine deutschen Genossen zu drängenden Reformen ihres morschen politischen Systems. An diesen Satz konnte man auch am vergangenen Freitag denken, als der neue US-Vizepräsident J.D. Vance einen ernsten Appell an die europäischen NATO-Verbündeten richtete. Mit der Kernaussage „Wenn Sie vor Ihren eigenen Wählern Angst haben, gibt es nichts, was Amerika für Sie tun kann“ erinnerte Vance an die simple Tatsache, dass nichts ein politisches System so sehr bedroht wie die Unzufriedenheit der eigenen Bürger.

Natürlich ist die Bundesrepublik von heute nicht gleichzusetzen mit dem Endstadium der DDR. Sie ist nicht ansatzweise so marode wie der Arbeiter- und Bauernstaat, die hier lebenden Bürger genießen einen der höchsten Lebensstandards der Welt, und nicht zuletzt haben die Wähler – trotz mancher Schikanen gegen eine große Oppositionspartei – regelmäßig die Möglichkeit, über den Kurs ihres Landes selbst zu bestimmen. Gleichwohl haben sich in den vergangenen Jahren einige bedenkliche Parallelen zur untergegangenen DDR herausgebildet.

Parallelen zur späten DDR

Zu den gefährlichsten Tendenzen gehört die Ideologisierung von immer mehr Lebensbereichen. So wurde die deutsche Volkswirtschaft mittels staatlicher Vorgaben und Subventionen zielstrebig auf das Ziel der „Klimaneutralität“ ausgerichtet – und dabei bewusst in Kauf genommen, dass dies zu Wettbewerbsnachteilen für einheimische Unternehmen wie auch zu Wohlstandsverlusten der Bürger führte.

Eine ebenso gefährliche Parallele zwischen der Bundesrepublik von heute und der DDR ist das Ausblenden offensichtlicher Missstände, wenn diese nicht in das Weltbild der Führung passen. So verweigert die amtierende Bundesregierung trotz des Tag für Tag sichtbaren Scheiterns der Politik der offenen Grenzen ein grundsätzliches Umdenken in der Zuwanderungsfrage – und ruft stattdessen mit ihr nahestehenden Massenorganisationen zum „Kampf gegen Rechts“ auf. Auch die SED-PDS inszenierte, als ihr die Zügel der Macht entglitten, im Januar 1990 in ihrem ganzen Land Massenaufmärsche, in denen sie vor der „Gefahr von Rechts“ warnte – womit damals wie heute eine Mehrheit der Bürger gemeint war.

Interessant sind auch die Parallelen im Umgang mit Kritikern aus den eigenen Reihen. Ging die SED hart gegen Reformkommunisten wie Robert Havemann vor, so drängten die Sozialdemokraten mahnende Mitglieder wie Thilo Sarrazin und dessen Ehefrau Ursula (immerhin Tochter des früheren DGB-Vorsitzenden Ernst Breit) und die Grünen ihr kämpferisches Urgestein Boris Palmer aus ihren Parteien.

Geradezu bedrohlich – und offenbar so auch im Ausland wahrgenommen – ist die schleichende Unterhöhlung der Meinungsfreiheit. Wenn Minister einer Regierung, die eine dramatische Verschlechterung der inneren Sicherheit und einen beispiellosen ökonomischen Niedergang zu verantworten hat, im Internet nörgelnde Bürger hundertfach mit Strafanzeigen überziehen, zeigen sie damit klassische Verhaltensmuster autoritärer Staaten.

Denkwürdig sind nicht zuletzt auch die Ähnlichkeiten im Verhalten der heimischen Eliten gegenüber Hinweisen ihres dominanten Bündnispartners. Ignorierten einst die SED-Bonzen die Warnungen aus Moskau, verbitten sich Verantwortungsträger des Politikbetriebs von heute jegliche Einmischung aus Washington. So ließen Vertreter fast aller Parteien Vance’ Mahnung mit Worten wie „übergriffig“ oder „inakzeptabel“ an sich abprallen.

Die nächste Wende?

Wie es weitergeht, ist anhand stabiler Umfragewerte schon vor der Bundestagswahl vom kommenden Sonntag erahnbar. Während die Kanzlerpartei SPD, die jahrelang viele Sorgen und Nöte ihrer Kernwählerschaft ignorierte, gegenüber der letzten Bundestagswahl in etwa halbiert werden dürfte, kann die oppositionelle AfD, die in den vergangenen Jahren viele Sorgen und Nöte einstiger SPD-Stammwähler aufgriff und im politischen Tagesgeschäft vertrat, mit einer Verdoppelung der Stimmen rechnen. Sollte es so kommen, wäre dies – trotz der schon jetzt zu erwartenden Aufmärsche linker NGOs – keine Niederlage der Demokratie, sondern deren Normalfall. Denn in einem System, das „Volksherrschaft“ heißt, zählt am Ende, was das Volk will, und nicht, was einzelne Parteien oder Lobby-Gruppen wollen.

Dass dies keineswegs nur für Deutschland gilt, zeigt ein Blick zu den Nachbarn. In Frankreich, Italien, Österreich und in den Niederlanden haben Parteien der Mitte in den vergangenen Jahren dramatische Verluste erlitten, während populistische Bewegungen enorm zulegten. In Dänemark, wo die Sozialdemokraten Volkes Wille akzeptierten und beispielsweise die unkontrollierte Zuwanderung begrenzten, regieren sie noch immer. Eine der letzten christdemokratischen Parteien Europas, die noch mit einem klassischen bürgerlichen Programm vor die Wähler tritt, ist die des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Dass dieser regelmäßig mit einer Zweidrittelmehrheit regieren kann, könnte anderen christdemokratischen Parteien zu denken geben.

Apropos Christdemokratie. Nach Lage der Dinge wird der nächste Bundeskanzler Friedrich Merz sein. Dieser hat seit der Übernahme des CDU-Vorsitzes den Kurs seiner Partei auf vielen Feldern wieder hin zu klassischen christdemokratischen Positionen korrigiert. Wenn Merz ins Kanzleramt einzieht, wird sich zeigen, ob er auch bereit ist, den Kurs des ganzen Landes zu ändern – und sich dafür mit noch mächtigeren Interessengruppen als den Merkelianern in der Union anzulegen.

Oder, um beim Vergleich zu 1989/90 zu bleiben: Merz steht vor der Wahl, ob er der Letzte von gestern sein will – oder der Erste von morgen.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Das LNG-Debakel des Wirtschaftsministers vor der Insel Rügen
Seite 5

Kultur
Das Kunsthaus Apolda präsentiert die „Biblia Sacra“ von Salvador Dalí
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Allensteiner Studenten erinnern an die ermordeten Patienten von Kortau
Seite 13

Lebensstil
„Panikhistorische Rundgänge“ in Gronau, wo Udo Lindenberg zur Welt kam
Seite 21

Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**

4 191814 304401 08

ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

EU will Insekten im Essen „normalisieren“ – UV-Bestrahlung soll Vitamin-D-Gehalt für mehr Attraktivität erhöhen – Grüne Ekelzutaten für weniger Treibgas, aber mehr Zentralismus – Schwere Fehlernährung droht

Vorsicht, die Mehlwürmer kommen

Was beim RTL-Dschungelcamp Brechreiz hervorruft, soll für die EU-Bürger „normale Nahrung“ werden

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Europäische Union versucht seit dem Jahr 2015, sogenannte „Neuartige Lebensmittel“ in Umlauf bringen zu lassen, hinter denen sich letztlich „Speiseinsekten“ verbergen. Dieses Bemühen gipfelte in den EU-Durchführungsverordnungen 2021/882, 2021/1975, 2022/188 und 2023/58, welche auf die Freigabe gefrorener, getrockneter, pulverisierter oder zu Paste verarbeiteter Mehlwürmer, Wanderheuschrecken, Hausgrillen und Getreideschimmelkäfer zum Zwecke der menschlichen Ernährung hinausliefen.

Doch damit will es Brüssel offenbar nicht bewenden lassen, wie die Durchführungsverordnung (EU) 2025/89 der Kommission vom 20. Januar 2025 „zur Genehmigung des Inverkehrbringens von UV-behandeltem Pulver ganzer Larven von Tenebrio molitor (Mehlwurm) als neuartiges Lebensmittel“ zeigt. Durch die nunmehrige Ultraviolettbestrahlung des bereits seit Juni 2021 angebotenen Wurmpulvers soll dessen Vitamin-D-Gehalt erhöht werden – sicher, um den „Nahrungszusatz“ für die Verbraucher attraktiver zu machen. Nach dem Willen der EU-Kommission darf dieser ab sofort „in Brot und Brötchen, Kuchen, Erzeugnissen aus Teigwaren, verarbeiteten Kartoffelprodukten, Käse und Käseprodukten sowie Obst- und Gemüsekompotten, die für die allgemeine Bevölkerung bestimmt sind“, zum Verzehreinsatz kommen.

Enorme Gewinne winken

Dass die EU sich bemüht, den Europäern Insekten als Nahrungsmittel anzudienen, hat verschiedene Gründe. Offiziell heißt es, man versuche eine „nachhaltige Lösung für die stetig wachsende globale Proteinnachfrage“ aufgrund des rapiden Bevölkerungswachstums zu finden und die „Menge der von den landwirtschaftlichen Lieferketten emittierten Treibhausgase zu reduzieren“. In vielen Teilen der Erde sei der Verzehr von Insekten immerhin bereits üblich, weshalb Europa hier nun nachziehen müsse. Aber das ist nur die halbe Wahrheit.

Die 400 internationalen Großbanken, Investmentfonds und diverse Multimilliardäre, welche sich in der Initiative FAIRR (Farm Animal Investment Risk and Return; zu Deutsch: Risiko und Rendite von Investitionen in Nutztiere) zusammengefunden haben und über Geldmittel in Höhe von 70 Billionen US-Dollar verfügen, wollen künftig durch die Produktion von „alternativen Proteinen“ enorme Gewinne einfahren. Daher betreiben sie weltweit intensive Lobbyarbeit – auch in Brüssel. Dort weiß man die Möglichkeiten zu schätzen, welche die „Neuartigen Lebensmittel“ in machttechnischer Hinsicht bieten. Insekten werden in großen Fabriken gezüchtet und verarbeitet, was eine zentralistische Infrastruktur erfordert. Damit eröffnen sich der EU weitere Möglichkeiten, in den Bereich der Daseinsvorsorge hineinzudirigieren und die europäische Landwirtschaft gleichzuschalten – Letzteres besonders zulasten der autonomen Kleinbauern in den politisch widerspenstigen Ländern Osteuropas.

Fettiger als Rindfleisch

Folge dieser Interessenkongruenz von FAIRR und EU ist das Ignorieren der Gefahren, die von einer insektenbasierten Ernährung ausgehen. So enthalten Grillen zehnmal mehr Fett als Rindfleisch, womit die Fehlernährung gefördert wird. Dazu kommt das Chitin im Panzer der Insekten, welches im Verdacht steht, Asthma und Autoimmunerkrankungen auszulösen. Zugleich enthalten die Kerbtiere und Würmer Schwermetalle, Parasiten, Bakterien, Viren und Pilze.

Bestehen auf Geheimhaltung

Außerdem stellte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) bereits 2021 fest, dass der Verzehr von Insekten zu „anaphylaktischen Ereignissen“ führen könne. Diese lebensbedrohlichen allergischen Reaktionen treten zum Teil bereits nach der Aufnahme von nur 0,2 Gramm Mehlwurmprotein auf. Damals riet die EFSA noch zur Vorsicht, während sie heute eine verblüffende Naivität an den Tag legt. In einem Gutachten zur Verträglichkeit von UV-behandeltem Pulver von Mehlwürmern heißt es, dass dieses „unter den vorgeschlagenen Verwendungsbedingungen und in den vorgeschlagenen Verwendungsmengen sicher ist“. Zu diesem Schluss kam die EFSA allerdings einzig und allein aufgrund der Angaben des Herstellers Nutriearth.

Und damit nicht genug: Der Wurmpulverproduzent bestand zudem auch erfolgreich auf einer völligen Geheimhaltung, was die genaue Art und Weise des Einsatzes seiner Produkte betrifft.

Deutsche sind gegen Insekten

Daher müssen die Konsumenten in den europäischen Ländern, welche garantiert insektenfreie Nahrung konsumieren wollen, auf der Hut sein. Momentan sind die Totalverweigerer übrigens noch absolut in der Mehrheit, wie eine Studie des EU-Forschungsprojektes Sustainable Insect Chain (Nachhaltige Insektenkette) ergab. So lehnen 64 Prozent der Deutschen Lebensmittel mit beigemengten Mehlwürmern, Grillen, Heuschrecken und Käfern ohne Wenn und Aber ab.

Schon seit 2021 von der Europäischen Union erlaubt und jetzt sogar wegen grüner Klima-Ideologie forciert: Mehlwürmer, Grillen, Heuschrecken und andere Insekten dürfen in unsere Speisen eingearbeitet werden. *Bild: ADOBE STOCK*

WEGEN KLIMAWAHN

Supermarkt besser als Obst aus dem Garten

Angesichts des Umstandes, dass Insekten nach dem Willen der Europäischen Union bereits einer Vielzahl von Lebensmitteln wie Kartoffelprodukten, Back- und Teigwaren, Frühstücksflocken, Bier, Energydrinks, Fertigsoße, Tütensuppen, Käse, Süßwaren, Obst- und Gemüsekonserven sowie Kindernahrung beigemischt werden dürfen, womit sich der Erwerb insektenfreier Erzeugnisse immer komplizierter gestaltet, überlegen etliche Verbraucher, zur Selbstversorgung überzugehen. Das aber könnte schwierig werden. Ein Anzeichen hierfür ist die sehr konzertiert anmutende Medienkampagne zur Propagierung einer Studie mit dem Titel „Comparing the carbon footprints of urban and conventional agriculture“ (Vergleich der CO_2-Fußabdrücke städtischer und konventioneller Landwirtschaft), welche 2024 in der Zeitschrift „Nature Cities“ erschien.

Darin behaupten 13 Forscher der US-amerikanischen University of Michigan in Ann Arbor um Jason Hawes und Benjamin Goldstein, in Kleingärten innerhalb und außerhalb von Städten gezogene Nahrungsmittel seien „klimaschädlich“. Dies wird mit dem für private Anpflanzungen nötigen Aufwand begründet. Wer sein Essen nicht aus dem Supermarkt beziehe, benötige Schuppen, Zäune und Gerätschaften, deren Herstellung CO_2 freisetze. Dazu kämen die Fahrten zwischen der Wohnung und dem Garten. Die das Klima beeinträchtigenden Emissionen des Kleingärtnerns seien dadurch – bezogen auf den Ertrag pro Fläche – im Durchschnitt fünfmal so hoch wie der CO_2-Ausstoß der konventionellen Landwirtschaft.

Alternative Medien wie das Portal „Vision News“ bezeichneten die Studie als einen ersten Schritt auf dem Wege zum Verbot selbst angebauter Nahrungsmittel. Danach werde es ein Trommelfeuer von Einschränkungen unter Verweis auf „die Wissenschaft“ geben. Deren ständige Verschärfung hätte dann zur Folge, dass die meisten Menschen die Selbstversorgung komplett aufgäben. *W.K.*

INVESTMENTS

Großes Geschäft mit kleinen Insekten

Steuer- und öffentliche Fördergelder fließen in grüne Pseudo-Öko-Projekte – der Verdacht auf Korruption erhärtet sich

Parallel zur Zulassung von Insekten als „Neuartige Lebensmittel“ durch die EU-Kommission ab 2021 wurde ausgewählten Firmen ein fünf Jahre währendes Monopol auf die Herstellung von Insektenpulvern und -pasten gewährt. Hierbei handelte es sich um die SAS EAP Group mit Sitz im französischen Saint-Orens-de-Gameville, die Fair Insects B.V. im holländischen Dongen, die Cricket One Co. Ltd in Ho-Chi-Minh-Stadt in Vietnam sowie die Ÿnsect NL B.V., deren Zentrale in Ermelo in der niederländischen Provinz Gelderland liegt. Hinter diesen Produzenten stehen etliche Investoren wie die multinationalen Unternehmen Protix, Corecam Capital Partners und Masik Enterprises.

Etwas anders ist die Sachlage bei Nutriearth, dem jetzt aufgrund des Artikels Zwei der Durchführungsverordnung (EU) 2025/89 neu zugelassenen Hersteller von UV-bestrahltem Mehlwurmpulver. Die in Carvin im französischen Département du Pas-de-Calais beheimatete Firma erhielt ihr Kapital von der staatlichen Investmentbank Bpifrance, der Entwicklungsagentur Eurasanté sowie den Risikokapitalgebern Demeter, Finovam Gestion und Nord France Amorçage. Der Letztere stellte sogar mehrfach Mittel zur Verfügung, wobei diese wie im Falle der Eurasanté aus den Kassen der EU kamen.

So bezieht Nord France Amorçage Gelder aus dem Haushalt der Region Hauts-de-France, zu der das Département du Pas-de-Calais gehört. Diese stammen ihrerseits meist aus einem EU-Programm namens Fonds Européen de Développement Régional (FEDER), zu Deutsch: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Das ist ein Finanzierungsinstrument der Europäischen Union, welches den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt der Regionen in Europa fördern soll. Darüber hinaus verfolgt der EFRE aber auch das Ziel, ein grüneres und „CO_2-ärmeres“ Europa durch Investitionen in umwelt- oder klimafreundliche Projekte zu schaffen.

Mit anderen Worten: Die EU erlässt nicht nur Verordnungen, die gegen den Willen der Mehrheit der Menschen in der Union (siehe oben) Insekten zu Nahrungsmitteln erklären, sondern sponsert nun zusätzlich noch einen Hersteller von insektenhaltigen Produkten mit dem Geld der Steuerzahler.

„Auch Würmer werden bei der Aufzucht pflanzlich gefüttert. Warum also nicht gleich pflanzliche Quellen nutzen?“

Jürgen König
Leiter des Departments für Ernährungswissenschaften an der Uni Wien etc.

Darüber hinaus legt die Auswahl der Firmen, welche ein fünfjähriges Monopol auf Wurmpulver, Grillenpaste und ähnliche zweifelhafte „Köstlichkeiten“ erhielten, den Verdacht nahe, dass hier auch erhebliche Korruption im Spiel ist. Immerhin sind vier der fünf privilegierten Unternehmen in Frankreich und den Niederlanden beheimatet, ohne dass es auch nur eine objektive Notwendigkeit für diese Konzentration gibt. *W.K.*

Transatlantische Verstimmungen

Mit seinem Auftritt bei der Münchner Sicherheitskonferenz zeigt der neue US-Vizepräsident, was man in Washington von den Europäern und insbesondere den Deutschen hält. Diese reagieren verstimmt. Der Bericht eines Beobachters

VON ROGER TÖPELMANN

Erörterung am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz: Der ukrainische Präsident Selenskyj und US-Vizepräsident Vance

BILD: IMAGO/ZUMA PRESS WIRE

Als James David Vance die Hauptbühne im „Bayerischen Hof“ in München betrat, eröffnete er eine Rede mit sehr klarer und sympathischer Sprache: Der 40-jährige US-Politiker dankte zunächst den Organisatoren der „Munich Security Conference“ (MSC) für die Organisation eines „so unglaublichen Ereignisses“. Ja er sei „glücklich, hier zu sein“.

Vor der Konferenz war Vance diplomatisch korrekt mit Bundeskanzler Scholz zur KZ-Gedenkstätte Dachau gereist, um dort der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Ebenso ging er in seiner Ansprache auf die Verletzten des Anschlags am Vortag auf eine Gewerkschaftsdemonstration in München ein: „Unsere Gedanken und Gebete sind bei ihnen und werden es auch bleiben.“

Zeigte sich darin viel aufrichtiges Mitgefühl, nannte der Vizepräsident dann sein wichtigstes Anliegen. Die Trump-Administration sei sehr betroffen angesichts der europäischen Sicherheit, und sie sei überzeugt, dass man zu einer vernünftigen Vereinbarung zwischen Russland und der Ukraine kommen könne. Es sei hauptsächlich nicht die Bedrohung seitens Russlands gegen Europa, und es sei auch nicht China oder irgendeine äußere Macht, die ihn mit Sorge erfülle. Vielmehr sorge ihn eine innere Bedrohung – der Rückzug Europas von einigen seiner grundlegendsten Werte, die der Kontinent mit den Vereinigten Staaten von Amerika teile: Freiheit und demokratische Werte.

In Gefahr sieht Vance diese auch durch eine ungesteuerte „Massenmigration“ sowie schließlich auch dadurch, dass die etablierten politischen Kräfte ein Gespräch mit populistischen Parteien – sowohl von links als auch von rechts – nicht suchen würden. Es gebe eine Pflicht zum Dialog. In den Ohren vieler Zuhörer kam das vor allem als Kritik am Umgang mit der Partei AfD in Deutschland an. Zum Schluss rief der republikanische Politprofi sogar Papst Johannes Paul II. zum Zeugen auf. Das aus Polen stammende vormalige geistliche Oberhaupt der katholischen Kirche habe gesagt: „Fürchtet euch nicht. Wir sollen keine Angst vor unserem Volk haben, selbst, wenn es Ansichten äußert, die der Führung widersprechen.“ Vance endete mit der in den USA gebräuchlichen Formel „God bless you all“ (Gotte segne Sie alle).

Europäer kalt erwischt

Tatsächlich lassen sich einige Passagen der Rede aus europäischer Sicht kritisieren. Doch die Aufforderung an die Europäer, mehr für die eigene Verteidigung zu tun, war dann doch sehr berechtigt. Auch die positive Vision für das Sicherheitsbündnis, keine Angst vor dem Gewissen und den Meinungen der eigenen Leute zu haben, überzeugte.

Insofern ließ es sich nicht ganz verstehen, dass sowohl Kanzler Olaf Scholz wie Verteidigungsminister Boris Pistorius auf den Weckruf aus Washington wie zu Tode Erschrockene reagierten. Immerhin gestand Pistorius ein, dass Deutschland in den zurückliegenden Jahren viel zu wenig für die militärische Verteidigung ausgegeben habe.

Scholz präzisierte das in seiner Rede am folgenden Tag dann: Die Ausgaben im Verteidigungshaushalt müssten nach dem Maßstab der Bedrohung durch Russland steigen. Mit der Feststellung einer Notlage könnten zusätzlich 30 Milliarden Euro bis 2028 eingesetzt werden. Jedes weitere Prozent bedeute noch einmal 43 Milliarden Euro pro Jahr. Scholz bekannte sich im großen Konferenzsaal des „Bayerischen Hofs“ zudem zu einer starken Rüstungsindustrie. In einer anschließenden Fragerunde gab er jedoch auf die Frage, ob er selbst genug getan habe, allerdings keine Antwort. Dafür hob er eine starke wirtschaftliche Rolle der Ukraine nach einem Friedensschluss hervor. Realistischer klang da schon Oppositionsführer Friedrich Merz, der vor einem Bruch der transatlantischen Beziehungen warnte.

Hochamt der Sicherheitspolitik

Zum weltweit wichtigsten Expertentreffen in Sachen Sicherheitspolitik waren über 50 Staats- und Regierungschefs und mehr als 150 Minister aus aller Welt nach München gereist. Die Leitung lag zum letzten Mal beim erfahrenen deutschen Diplomaten Christoph Heusgen, der zuvor sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel und davor Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York war. Heusgen wird für den norwegischen Politiker Jens Stoltenberg Platz machen, der bis 2024 NATO-Generalsekretär war und aktuell noch Finanzminister seines Landes ist.

Weit wichtiger für den Verlauf der Konferenz als die Politiker sind die vielen verteidigungspolitischen Experten aus der EU, aus den arabischen Staaten, dem globalen Süden und aus Asien sowie nicht zuletzt die Militärs aus vielen Armeen der Welt. In den zahllosen „Panels“ bringen diese Vertreter ihre Kenntnis von den zahlreichen Krisenherden der Welt ein. So schildert ein Beitrag zum Problem afghanischer Flüchtlinge, dass im Nachbarland Pakistan mindestens 2,4 Millionen geflohene Afghanen gezählt wurden. Dass in Deutschland nicht einmal eine halbe Million afghanische Flüchtlinge leben, lässt erahnen, welche Dimension das Problem für Pakistan hat.

Die Themenbreite der Münchner Konferenz ist enorm. Die einzelnen Veranstaltungen sind mit „Die EU in der Welt“, „The U.S. in the World“, „Deutschland in der Welt“ oder „Frieden durch Stärke – ein Plan für die Ukraine“, „Globale demokratische Trends“, „NATO, die U.S. und die transatlantische Sicherheit“ überschrieben. Um die zahllosen Vorträge und Diskussionen überhaupt unterbringen zu können, werden das Hotel „Bayerischer Hof“ und einige Nachbargebäude vor der MSC fast völlig um- und ausgeräumt. Eine vorbildliche logistische Leistung.

Die Gewähr der Sicherheit für die Teilnehmenden ist eine ebenso beeindruckende Leistung: Polizeikräfte aus mehreren Bundesländern und von der Bundespolizei helfen der Polizei des Freistaates Bayern, den Tagungsort weiträumig abzusichern. Ihre Zahl wurde diesjährig nochmals aufgestockt und betrug mehr als 5000. Fast permanent sichern Hubschrauber das Tagungszentrum aus der Luft. Für alle Besucher, auch die Journalisten, bedeutet dies wiederholende Kontrollen an Checkpoints und Einlass-Schleusen. Im Hotel selbst ist es nur wenigen Besucherkategorien erlaubt, sich frei zu bewegen. Deshalb werden die Journalisten „gepoolt“ und gemeinsam an den Veranstaltungsort gebracht.

Scholz’ Antwort auf Vance

In seiner Rede „Germany in the World“ rückte Bundeskanzler Olaf Scholz die Sorgen der deutschen Regierung in den Mittelpunkt. Der Noch-Kanzler begann mit einem Dank an Vizepräsident Vance, dass dieser mit ihm am Vortag das etwa 20 Kilometer entfernte ehemalige nationalsozialistische Konzentrationslager Dachau besucht habe. Der Appell „Nie wieder!“, so Scholz, entspreche der historischen Verpflichtung Deutschlands. Die – von Vance zuvor in einem Interview positiv genannte – AfD hingegen spreche von einem „Vogelschiss“ in der Geschichte. Der Eingriff dieser Partei in die Demokratie sei erheblich. Deshalb sei es nicht zu akzeptieren, wenn „Außenstehende“ – Scholz meinte die Trump-Administration – „in unsere Wahlen und die demokratische Meinungsbildung eingreifen. Das gehört sich nicht, erst recht nicht unter Freunden und Verbündeten. Das weisen wir entschieden zurück. Wie es mit der Demokratie weitergeht, das entscheiden wir selbst. Nie wieder Faschismus, nie wieder Rassismus, nie wieder Angriffskrieg“, so Scholz wörtlich.

Ob der Kanzler gegenüber den USA, die doch einen wesentlichen Beitrag im Kampf gegen den historischen Nationalsozialismus geleistet haben, nicht allzu hyperempfindlich reagierte, ließe sich durchaus hinterfragen. Immerhin schloss Scholz einlenkend an, die transatlantische Gemeinschaft sei es, die Freiheit und Demokratie gegen ihre Feinde verteidige. Im Blick auf die USA sei er sich sicher, dass es dieses gemeinsame Ziel gebe.

In Bezug auf den Ukrainekrieg erklärte Scholz, dass Deutschland fest an der Seite der Ukrainer stehe. Über einen Frieden dürfe nicht ohne deren Zustimmung entschieden werden, so der Kanzler. Zudem sei es richtig, wenn die Ukraine am Ende jeder Verhandlungslösung über Streitkräfte verfüge, mit denen sie jeden etwaigen russischen Angriff abwehren könne. Dies verband Scholz mit der Forderung einer Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie und ihrer transatlantischen Verschränkung. Wobei deren Begrenzung in Deutschland in der Vergangenheit stets von Sozialdemokraten gefordert und robust durchgesetzt wurde.

Die Zukunft der Ukraine

Die in diesem Jahr besonders beachtete Sicherheitskonferenz bot nicht zuletzt dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj wie schon im Vorjahr eine Bühne. Kern seiner Botschaft war: Europa braucht eigene Streitkräfte. Diese müssten insbesondere stark gegenüber Russland sein. Allerdings könne eine solche Armee die NATO nicht ersetzen. Er plädierte weiter für eine ukrainische NATO-Mitgliedschaft. Außerdem werde sein Land nie ein bilaterales russisch-amerikanisches Friedensabkommen akzeptieren, wenn dieses über ukrainische Köpfe hinweg verhandelt werde: „Keine Entscheidung über die Ukraine ohne die Ukraine. Keine Entscheidung über Europa ohne Europa“, so Selenskyj.

In diesen kämpferischen Worten klangen Zweifel an, ob die USA auch weiterhin Bündnispartner von Europa sein werden. Selenskyj machte keinen Hehl aus seiner Feindschaft zum russischen Präsidenten: „Putin kann keinen Frieden anbieten, weil er ein Lügner ist.“ Der Ukrainer zählte aber trotz seiner Skepsis gegenüber Amerika zu den Unterstützern Trumps. Mit ihm und seinem Team müsse man sprechen – eine wichtige diplomatische Investition nannte er das in einer anschließenden Befragung. Am Schluss wurde der Präsident des im Krieg stehenden Landes mit langem Beifall verabschiedet. Über weitere Zusagen der westlichen Partner oder gar die Ausgestaltung eines Friedensabkommens wurde im Laufe des internationalen Treffens nichts bekannt.

Während der Konferenz gab es auch vertrauliche Runden. „Unter drei“ werden sie im Journalistensprech genannt. Schreiben lässt sich dazu soviel: Es gibt in der deutschen Politik durchaus Zweifel, ob die NATO einen europäischen Frieden auch in Zukunft sichern kann. In jedem Fall braucht es fünf bis sieben Jahre, um die militärischen Fähigkeiten weiter auszubauen. Auch personell. Falls ein Abzug amerikanischer Truppen früher erfolgen würde, oder die USA ihre Präsenz reduzieren würden, entstünde ein ernst zu nehmendes Problem. Andererseits hat US-Verteidigungsminister Pete Hegseth nicht damit gedroht, dass die USA ihre Truppen aus Teilen Europas abziehen würden.

> Und so gibt es eine vage Vermutung zur Taktik der neuen US-Regierung: nämlich, dass sie lediglich ein wenig Chaos erzeugen wolle, um die europäischen Verbündeten zur Aufrüstung und zur vollen Übernahme ihrer Verteidigungsverantwortung zu zwingen

Und so gibt es eine vage Vermutung zur Taktik der neuen US-Regierung: nämlich, dass sie lediglich ein wenig Chaos erzeugen wolle, um die europäischen Verbündeten zur Aufrüstung und zur vollen Übernahme ihrer Verteidigungsverantwortung zu zwingen. Dann wären die gegenwärtigen Störungen rein atmosphärischer Art.

Bemerkenswert ist nicht zuletzt auch folgender Satz von Vance: „Es ist die Aufgabe der Demokratie, diese großen Fragen an der Wahlurne zu klären.“

● **Dr. Roger Töpelmann** ist freier Journalist. Zuvor war der studierte Theologe unter anderem Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragter in der Evangelischen Militärseelsorge und Lehrbeauftragter an der Universität Frankfurt.
www.rogertoepelmann.de

MELDUNGEN

AfD zweifelt an Auslandsärzten

Berlin – Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag strebt eine bessere und bundeseinheitliche Prüfung der beruflichen und sprachlichen Eignung ausländischer Ärzte aus Drittstaaten an, deren Ergebnis in einem Register erfasst werden sollte. In der bisherigen Praxis sind Landesbehörden für die Überprüfung der Kenntnisse und Landesärztekammern für die Erteilung einer Approbation (Berufserlaubnis) für Ärzte aus dem Ausland zuständig. Der Schwerpunkt der Prüfung liegt dabei auf den Fächern Innere Medizin und Chirurgie. Da der Deutsche Ärztetag bereits 2018 festgestellt hatte, dass bei in Deutschland aus anderen Staaten einreisenden Ärzten die tatsächlichen Kenntnisse nicht selten im Gegensatz zur behaupteten Qualifikation stehen, Zeugnisse und Urkunden oft gefälscht wurden, fordert die AfD, die Approbation grundsätzlich erst nach einer dem deutschen Staatsexamen des Medizinstudiums entsprechenden Prüfung zu erteilen. *MRK*

Bank kündigt Radio-Konto

Pirna – Die Volksbank Pirna hat das bei ihr geführte Konto des Internet-Radiosenders Kontrafunk mit Sitz im schweizerischen Steckborn ohne Begründung zum 31. März gekündigt. Nach Angaben des Kontrafunk-Chefs Burkhard Müller-Ullrich war das Konto stets im Plus, und es gab keine Unregelmäßigkeiten. Er ist überzeugt davon, dass die Entscheidung nicht in der Volksbank-Filiale in Pirna fiel, sondern in der Zentrale des Geldinstitutes in Frankfurt am Main. Auf Rückfragen von Medien berief sich die Bank auf das Bankgeheimnis, äußerte darüber hinaus aber: „Respekt, Demokratie und Vielfalt sind entscheidend für eine Gesellschaft, in der wir leben wollen.“ Die Volksbank Pirna hatte unlängst bereits das Konto des kritischen Online-Magazins „Apolut“ gekündigt. Dem vorausgegangen war eine Kampagne des von der Bundesregierung mitfinanzierten Medienunternehmens Correctiv. *W.K.*

EU sponsert getarnt Medien

Brüssel – Wie die italienische Tageszeitung „Il Fatto Quotidiano“ jetzt enthüllte, zahlten die EU-Kommission und das Europäische Parlament im Vorfeld der letzten EU-Wahlen knapp 133 Millionen Euro an nicht näher benannte Medienunternehmen in der EU. Die Mittelvergabe wurde von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Parlamentspräsidentin Roberta Metsola organisiert und vom Europäischen Rat, der Europäischen Investitionsbank sowie dem EU-Wirtschafts- und Sozialausschuss unterstützt. Das Geld floss getarnt, also ohne jegliche öffentliche Kontrolle, über die Werbeagentur Havas Media France. In der Vergangenheit hatte „Il Fatto Quotidiano“ bereits aufgedeckt, dass große italienische Medienhäuser wie Radiotelevisione Italiana, Mediaset, Sky Italia, „Corriere della Sera“ und „La Repubblica“ Zahlungen aus EU-Mitteln erhielten. Einige davon schlossen sogar Partnerschaftsverträge mit Brüssel. *W.K.*

BILD: PICTURE ALLIANCE/KEYSTONE/MICHAEL BUHOLZER; PICTURE ALLIANCE/DPA/ROBERT SCHLESINGER

Homo-Paare bei Konservativen: Daniel Funke (l.) und Jens Spahn (CDU, r.) sowie Sarah Bossard (l.) und Alice Weidel (AfD, r.)

QUEERE KONSERVATIVE

„Homonationalismus“

Neue Kampagne: Wenn plötzlich Homosexuelle zum Problem erklärt werden

VON HAGEN RITTER

Bei einer Wahlumfrage der vor allem von schwulen und bisexuellen Männern genutzten Dating-Plattform Romeo hat die AfD die höchste Zustimmung erhalten. Das Portal hatte zwischen dem 24. Januar und 2. Februar über 60.000 Nutzer nach ihrer Wahlpräferenz für die Bundestagswahl gefragt. 27,9 Prozent der Befragten nannten die AfD. Mit deutlichem Abstand folgten die Grünen (19,9 Prozent), die CDU (17,6 Prozent) und die SPD (12,5 Prozent). Der Ausgang der Umfrage hat inzwischen für Verwunderung gesorgt. Die „Frankfurter Rundschau“ erklärte etwa, dass die „in Teilen rechtsextreme Partei immer wieder auch durch Queer- und Homofeindlichkeit“ auffalle und stellte die Frage: „Warum wählen queere Menschen die AfD trotzdem?“

Bereits im vergangenen Herbst hatte die Datingplattform für die AfD einen Zustimmungswert von 22,3 Prozent ermittelt. Dicht darauf folgten CDU/CSU mit 20,6 Prozent. Sowohl die Zustimmung zur AfD als auch für die Unionsparteien sind nur auf den ersten Blick erstaunlich. Die Gründe liegen bei genauerem Hinsehen auf der Hand:

Keine falschen Akzente

In ihrem Grundsatzprogramm bekennt sich die CDU klar für die Rechte von homo- und bisexuellen Menschen. Die AfD betont einerseits regelmäßig die Bedeutung der Institution Familie, erkennt aber andererseits eine Vielfalt von Lebensentwürfen an. Weder bei der Union noch bei der AfD spielt allerdings eine explizite Politik für Schwule und Lesben eine solche Rolle wie etwa die „Queer“-Politik für die Grünen oder die Linkspartei. Für einen Teil der Wähler mag es wichtig sein, dass Politiker demonstrativ am Christopher-Street-Day teilnehmen oder Parteien LGBT-Themen zu Politikschwerpunkten erklären. Allerdings gibt es offenbar auch eine beachtliche Zahl von Schwulen und Lesben, denen andere Politikschwerpunkte sehr viel wichtiger sind als eine Spezialisierung auf ihre persönlichen sexuellen Präferenzen.

Auch Politiker wie Jens Spahn (CDU) oder Alice Weidel (AfD) sehen ihre sexuelle Orientierung als reine Privatangelegenheit und nicht als Bestandteil des Politikgeschehens. Jens Spahn hat 2012 zum letzten Mal ein Interview gegeben, in dem es um seine Homosexualität ging. Mit Alice Weidel steht nun erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sogar eine Kanzlerkandidatin zur Wahl, die in einer Beziehung mit einer Frau zusammenlebt. Auch dies spielt in der Berichterstattung der Medien kaum eine Rolle. Schwer vorstellbar ist, dass ein Politiker der Union oder der AfD versuchen würde, wie Klaus Wowereit mit dem Satz „Ich bin schwul und das ist gut so“, auf einem Parteitag zu punkten. Vielmehr ist dies heutzutage eine Selbstverständlichkeit einer freiheitlichen Nation wie Deutschland.

Eine starke Rolle bei der wachsenden Zustimmung von Schwulen und Lesben für nicht-linke Parteien dürfte auch das Thema Zuwanderung und die Zunahme homophober Gewalt spielen. Der SPD-Politiker Kevin Kühnert sah sich vergangenes Jahr mit Rassismusvorwürfen konfrontiert, als er in einem Interview über schwulenfeindlichen Anfeindungen durch Muslime in seinem Berliner Wahlkreis berichtete. Auch Güner Balci, Integrationsbeauftragte von Berlin-Neukölln, wies darauf hin: „In Berlin hat die homophobe, antisemitische und frauenverachtende Gewalt zugenommen in muslimischen Nachbarschaften.“

Gewalt durch Muslime

In Berlins „Regenbogen-Kiez“, dem Areal rund um den Nollendorfplatz mit zahlreichen Lokalen und Bars für Schwule, ist die Angst vor homophoben Überfällen Alltag. „Täter sind oft Migranten“, berichtete der „Berliner Tagesspiegel“ bereits im Jahr 2009. Unverändert gültig sein dürfte auch die Diagnose, dass Gewalt und Pöbeleien gegen Homosexuelle im „Regenborgen-Kiez“ von „Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ ausgehen, die ein „anderes Weltbild“ hätten. Dass die Opfer solcher homophoben Gewalt die Befürworter einer unkontrollierten Massenzuwanderung kritisch sehen, liegt nahe.

Aufmerksamen Beobachtern innerhalb der homosexuellen Community sind auch problematische Entwicklungen innerhalb der Genderforschung und der LGBT-Bewegung nicht entgangen. Etwa die Lobhudeleien feministischer Geschlechterforscherinnen für die Terrororganisationen Hisbollah und Hamas. Als schwulenfeindlich kann die Theorie des sogenannten Homonationalismus der Genderforscherin Jasbir Puar interpretiert werden. Sie erhebt den Vorwurf, LGBT-Rechte würden zu nationalistischen Zwecken missbraucht. Stoßrichtung von Puar sind dabei vor allem Homosexuelle weißer Hautfarbe.

Ihnen wird unterstellt, sie würden für sich eine Opferrolle beanspruchen und damit von echten Opfern ablenken. Dazu passen Vorwürfe, die ein AfD-Kandidat für den Bundestagswahlkreis 61 immer wieder zu hören bekommen hat, seit er 2013 der AfD beigetreten ist. Im sogenannten Potsdamer „Kaiserwahlkreis“ tritt gegen die Politikprominenten Olaf Scholz (SPD), Annalena Baerbock (Grüne) und Linda Teuteberg (FDP) der studierte Historiker Alex Tassis für die AfD an. Er ist der Sohn eines Griechen und einer deutschen Mutter und wurde 1970 in Athen geboren. Als Homosexueller mit Migrationshintergrund sah er sich bereits dem Vorwurf ausgesetzt, Akteure wie er würden „mit ständiger Betonung ihrer eigenen Zugehörigkeit zu einer Minderheit“ „Rassismus und Homophobie, denen Betroffene ausgesetzt sind, verdunkeln“.

LAUFENDES VERFAHREN

NSU-Ermittlungen trotz Unklarheiten vor dem Aus

Ungeklärte Umstände, mysteriöse Indizien und zweifelhafte Beschuldigungen erzeugen große Skepsis

Der Bundestag will ein Ende der Ermittlungen zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU). Dies geht aus dem nun vorliegenden Entwurf des Gesetzes für eine Stiftung zum NSU-Komplex hervor, der von der SPD und den Grünen unter Federführung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) eingebracht wurde und auf keine entschiedene Kritik seitens der anderen Parteien stieß, obwohl es darin explizit heißt: „Viele Fragen bezüglich des Tatmotivs, der Opferauswahl, der Täterstruktur sowie zur Rolle von Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutzämtern bleiben ... weiterhin ungeklärt.“ Und das entspricht auch durchaus den Tatsachen.

So ist der Prozess gegen Susann Eminger, die engste Freundin von Beate Zschäpe, wegen angeblicher Unterstützung des NSU-Trios Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos nach wie vor nicht abgeschlossen. Vielmehr schmort der Fall seit Monaten beim Bundesgerichtshof.

Des Weiteren führt die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe immer noch zwei Ermittlungsverfahren gegen Hermann S. und Pierre J., die beschuldigt werden, den drei NSU-Mitgliedern bei der Waffenbeschaffung geholfen zu haben.

Zum Dritten warf die letzte Anhörung von Zschäpe durch den bayerischen NSU-Untersuchungsausschuss viele neue Fragen auf. Danach stand Zschäpe übrigens auch noch dem Bundeskriminalamt für fünf weitere Vernehmungen zur Verfügung, deren Protokolle als geheim eingestuft wurden. Wieso geschah dies, wo die Öffentlichkeit doch angeblich alle wichtigen Infos über den NSU erhalten soll?

Ebenso ist der Nachweis der DNA von Uwe Böhnhardt an der Fundstelle der Knochen der ermordeten Peggy Knobloch weiterhin höchst mysteriös, zumal dort auch nur Skelettteile vom Oberkörper des Mädchens lagen.

Und dann wäre da noch der Mord an der Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter auf der Heilbronner Theresienwiese, welcher überhaupt nicht in das Schema des NSU passt, aber den toten NSU-Männern Mundlos und Böhnhardt angelastet wird. Dabei existieren zahlreiche Hinweise darauf, dass sich auch andere Personen am Tatort aufgehalten hatten, was aber zu keinen weitergehenden Ermittlungen führte. Dieses schwere Versäumnis nährt nach wie vor Gerüchte, dass Kollegen von Kiesewetter in den Mord verwickelt gewesen sein könnten.

In dem Gesetzentwurf wird etwas ganz anderes bemängelt: „Bis heute gibt es bundesweit keinen Erinnerungs- oder Lernort, der sich explizit mit der Geschichte des NSU sowie der Geschichte des Rechtsterrorismus nach 1945 auseinandersetzt.“ Und: Obwohl die Sicherheitsbehörden mindestens 40 V-Leute im NSU und dessen Umfeld platziert hatten und somit durchaus auch eine Mitverantwortung des übergeordneten Bundesinnenministeriums im Bereich des Möglichen liegt, soll das BMI die Rechtsaufsicht über die Stiftung ausüben und den Vorsitz im Stiftungsrat beziehungsweise -vorstand innehaben. Da das Gesetz in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr zur Abstimmung kam, wird es nun wohl der nächste Bundestag verabschieden.

Wolfgang Kaufmann

ENERGIE

Habecks LNG-Debakel auf Rügen

Betreiberfirma legt schwimmendes Terminal still – Kritiker sehen sich vollständig bestätigt

VON HERMANN MÜLLER

Mit hohen Zuschüssen und einem Beschleunigungsgesetz hat sich die Ampel-Bundesregierung für den Bau von Terminals zur Entladung von Flüssiggas (LNG) an Nord- und Ostsee engagiert. Im Fall des LNG-Terminals in Mukran auf der Insel Rügen haben Bürgerinitiativen, eine ganze Phalanx von Umweltverbänden, die Landesregierung in Schwerin, Abgeordnete und Kommunalpolitiker bereits beim Start des Projekts Zweifel angemeldet, ob die Anlage auf Deutschlands größter Insel überhaupt notwendig sei. Vergeblich. Auch gegen den Widerstand auf der Insel hatte sich Bundesminister Robert Habeck (Grüne) stark für den Bau der Anlage eingesetzt.

Wie berechtigt die Frage nach dem Nutzen des Terminals auf der Urlauberinsel noch immer ist, zeigt die aktuelle Entwicklung: Anfang Februar hat der Betreiber des LNG-Terminals auf Rügen, die Deutsche ReGas, den Chartervertrag für ein Spezialschiff gekündigt. Bei dem Schiff handelt es sich um die „Energos Power“, die seit Juli 2024 im Hafen von Mukran liegt. Aufgabe des Schiffs ist es, das per Tanker angelieferte Flüssiggas wieder in den gasförmigen Zustand zu bringen.

Am Ende sollten sie recht behalten: Kundgebung von Gegnern des Mukraner LNG-Terminals *Bild: ullstein bild*

Ungleicher Wettbewerb

Bemerkenswert ist die Begründung des Terminalbetreibers Deutsche ReGas für die Kündigung. Das private Unternehmen wirft nämlich dem Konkurrenten Deutsche Energy Terminal (DET) eine „ruinöse“ Preispolitik vor. Das Pikante dabei: Das Unternehmen DET, Betreiber der LNG-Terminals in Wilhelmshaven, Brunsbüttel und Stade, ist ein bundeseigenes Unternehmen. Laut ReGas-Geschäftsführer Ingo Wagner steht sein Unternehmen bereits seit Weihnachten 2024 in einem ungleichen Wettbewerb mit den staatlich betriebenen Terminals an der Nordseeküste.

ReGas beklagt sogar, dass es sich die bundeseigene DET bei den Terminalentgelten leisten könne, unter den Preis zu gehen, der bei einem privaten Betreiber als Minimum zur Kostendeckung gilt. Betroffen vom demnach ungleichen Konkurrenzkampf sind gleich zwei Terminals der Deutschen ReGas. Das Unternehmen betreibt in Vorpommern noch ein weiteres LNG-Terminal am Greifswalder Bodden. Das Bundeswirtschaftsministerium reagierte auf den Vorwurf der unfairen Konkurrenz durch ein staatlich subventioniertes Unternehmen mit dem Hinweis, die DET habe sämtliche Kapazitäten für 2025 zu „im europäischen Vergleich marktüblichen Preisen“ vermarktet. Von einem ruinösen Wettbewerb „kann daher keine Rede sein“. Das Grün-geführte Ministerium erklärte zudem: Als die Deutsche ReGas im Jahr 2023 die „Energos Power“ für zehn Jahre gechartert habe, hätte sie gewusst, dass die DET die Terminals des Bundes an der Nordsee betreiben würde.

Was mit der „Energos Power“ nach der Kündigung des Chartervertrags geschieht, hängt laut ReGas von Gesprächen mit dem Bundeswirtschaftsministerium ab. Ein zweites Schiff zur Regasifizierung wird offenbar weiterhin in Mukran zur Verfügung stehen.

Bestätigt fühlen können sich von dieser Entwicklung Kritiker des Projekts wie der parteilose Bürgermeister der Rügener Gemeinde Binz: „Das ganze Unterfangen hat sich nun endgültig als überflüssig herausgestellt.“ Die Gemeinde Binz hatte versucht, mit einer Klage den Bau des Terminals zu verhindern.

Deutsche Anlagen besonders teuer

Damit nicht genug: Das gesamte, von der Bundesregierung mit viel Elan angeschobene Vorhaben zum Bau von mehreren LNG-Terminals an den deutschen Küsten könnte sich als teurer Flop entpuppen. Die Gesamtkosten für den Bau der Flüssiggas-Terminals in Brunsbüttel, Stade und in Wilhelmshaven beziffert das Bundeswirtschaftsministerium mit rund fünf Milliarden Euro. Für den Betrieb der vier schwimmenden LNG-Terminals der bundeseigenen DET hat die EU-Kommission erst im Dezember 2024 zusätzlich noch mehr als vier Milliarden Euro an staatlichen Beihilfen durchgewinkt. Maximal darf der Bund sogar fünf Milliarden zuschießen, um Verluste der Anlagen auszugleichen.

Den Beitrag, den die Anlagen zur Versorgungssicherheit liefern, ist dagegen bislang sehr überschaubar. Der Anteil des Flüssigerdgases an den gesamten Gas-Importen lag 2024 bei lediglich acht Prozent. Der Großteil des deutschen Gasbedarfs wird durch Pipelinegas aus Norwegen, den Niederlanden und Belgien gedeckt.

Manko der Flüssiggasterminals an Nord- und Ostsee sind die hohen Kosten. Wie die „Financial Times“ berichtet, ist die Belieferung der deutschen Terminals teurer als die von Anlagen im restlichen Nordwesteuropa. Ein Faktor dabei: Bei den Deutschen erfolgt die Regasifizierung des Flüssiggases nicht in landgestützten Anlagen, sondern mit Hilfe von Spezialschiffen wie der „Energos Power“.

INNERE SICHERHEIT

Hamas attackiert deutsch-arabische Schule

„Verräter und Spion vor die Kanone stellen“: Hetzschmierereien mit Morddrohung gegen Schulleiter

Unbekannte haben die Fassade der säkularen Sprachschule Ibn Khaldun in Berlin-Neukölln mit einer Morddrohung und Hamas-Symbolik beschmiert. Auf Facebook-Darstellungen der Schule sind Mädchen ohne Kopftuch zu sehen, was den Zorn der Extremisten anheizen könnte. Hudhaifa Al-Mashhadani, Generalsekretär des Deutsch-Arabischen Rates und Leiter der Ibn-Khaldun-Schulen, erhielt zudem mehrere bedrohliche WhatsApp-Nachricht. Darin wurden arabischstämmige Bewohner Berlins mit einem Zitat aus dem Koran davor gewarnt, mit dem Schulleiter in Kontakt zu treten.

Die Nachricht, unterzeichnet von einem angeblichen „Obersten Rat für Dialog und Wandel“, enthielt schwere Vorwürfe gegen Al-Mashhadani: Er stifte deutsche Behörden an, gegen Palästinenser vorzugehen: „Wir behalten uns das Recht vor, alle rechtlichen und medialen Schritte zu unternehmen, um die Interessen der arabischen Gemeinde in Berlin zu schützen.“ An der Schule wurden Parolen wie „Wir müssen den Verräter und Spion vor die Kanone stellen“ und „Ruhm dem Widerstand“ angebracht. Der Verdacht, dass diese Aktionen aus dem Umfeld der Hamas in Szene gesetzt wurden, drängt sich auf.

Die Berliner Polizei hat bestätigt, dass mehrere Strafanzeigen wegen des Verdachts der Bedrohung und der Sachbeschädigung vorliegen. Die Schmierereien enthielten „verfassungsfeindliche Parolen“, und „eine Bedrohung“ sei festgestellt worden. Martin Hikel (SPD), Bezirksbürgermeister von Neukölln, und der Falko Liecke (CDU), Staatssekretär für Jugend in Berlin, haben ihre Solidarität mit der Schule bekundet und die Angriffe verurteilt. Nach dem Massaker vom 7. Oktober 2023 hatte Al-Mashhadani gemeinsam mit 13 weiteren Vertretern arabischer Gemeinden in Berlin die Gewalt der Hamas öffentlich verurteilt. Er warnte vor den Auswirkungen dieser Ideologie auf das Zusammenleben in Deutschland.

Ein „Oberster Rat für Dialog und Wandel“ ist den Behörden bisher nicht bekannt. Eine Homepage der Gruppierung im Internet gibt es nicht, was nicht weiter verwunderlich ist. Die Veranstalter der zahlreich pro-palästinensischen Hochschulbesetzungen und Aufmärsche sind es ebenfalls nicht. Auch die Integrationsbeauftragte des Bezirksamts Berlin-Neukölln, Güner Balci, hat zu der Gruppe keine Informationen vorliegen.

Ob aber tatsächlich die Mehrheit der arabischstämmigen Bürger solche Taten ablehnt, wie Al-Mashhadani behauptet, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Ibn-Khaldun-Sprachschulen gibt es in Berlin, Chemnitz und Köln. Nach eigenem Bekunden setzen sie sich für den interkulturellen Austausch ein.

Vor einigen Monaten wurde Hebräisch als Unterrichtsfach eingeführt, um den Dialog zwischen muslimischen und jüdischen Jugendlichen zu fördern. Der Schulleiter verspricht: „Wir lassen uns von Extremisten nicht einschüchtern. Unsere Schule bleibt ein Ort der Toleranz und des Austausches.“ Staatssekretär Liecke hat mit der Schule ein Gespräch über die Förderung von Projekten zur Bekämpfung von Extremismus und Antisemitismus in Berlin geführt. *Frank Bücker*

KOLUMNE

Die Angst einer Linken

VON THEO MAASS

Das Gorki-Theater im Osten Berlins wird großzügig subventioniert. Die Intendantin Shermin Langhoff stammt aus der Türkei. Ihren Eltern bot Deutschland als Gastarbeiter eine neue Heimat. Aber offenbar hat sie mit ihrer Heimat und der Demokratie ein oder mehrere Probleme.

In einem Newsletter, den sie in ihrer Eigenschaft als Intendantin verschickt hat, schreibt Langhoff mit Blick auf die Bundestagswahl: „Liebes Publikum, natürlich wissen wir nicht, wie sie ausgehen wird. Aber die Aussichten sind beängstigend.“ Gorki-Newsletter: „Deutschland soll wieder deutscher werden. Das ist unser Unglück.“ Die nächste Bundesregierung werde „mit Lust“ Ausländer abschieben. Derartige Ansichten im zeitlichen Zusammenhang mit den Anschlägen von Magdeburg bis München zu publizieren, zeugt von einer inländerfeindlichen Kaltschnäuzigkeit.

Gut, mag man sich denken, das gibt es von der Linkspartei über die Grünen bis zur SPD schon. Was aber nicht geht, ist, dass Frau Langhoff ihre Position als steueralimentierte Theaterintendantin dazu missbraucht, um ihre politischen Ansichten zu verbreiten. Da gibt es im öffentlichen Bereich viel auszumisten. Indes: Vom Regierenden Bürgermeister Kai Wegner ist da wohl nichts zu erwarten.

Doch unverkennbar ist die Welt von einem politischen Wendeprozess erfasst. Insoweit ist die Einschätzung aus Sicht einer bekennenden Linksauslegerin, die Entwicklung sei beängstigend, durchaus verständlich. Aber nicht für die Migranten in ihrer Gesamtheit, sondern für ein abgehobenes linkes Milieu, das seine Machtposition gefährdet sieht von einem historischen Epochenwechsel, der weit über eine deutsche Parlamentswahl hinausweist.

MELDUNG

Halbe Million für Schatten

Berlin – Trotz Sparzwangs im Berliner Landeshaushalt hat die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt Mittel in Höhe von 539.000 Euro bewilligt, mit denen Kinderspielplätze im Bezirk Lichtenberg mit Beschattungselementen ausgestattet werden sollen. Mit Beschattungselementen aufrüsten will der Bezirk noch in diesem Jahr insgesamt neun Spielplätze. Das Vorhaben geht auf einen Antrag der CDU-Fraktion Lichtenberg zurück. Nach Angaben der Fraktion sollen die Elemente dazu beitragen, „die Aufenthaltsqualität für Kinder und Eltern in den heißen Sommermonaten deutlich zu verbessern“. Berlins schwarz-rote Koalition hatte vergangenes Jahr für den Landeshaushaushalt 2025 Einsparungen von drei Milliarden Euro beschlossen. Erst im Dezember kündigte Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) auch für die folgenden Jahre weitere finanzielle Kürzungen an. *H.M.*

MELDUNGEN

Niederlande droht Neuwahl

Den Haag – Die niederländische Regierung kommt nicht einmal nach einem Jahr Amtszeit zur Ruhe. Geert Wilders, Chef der rechten Freiheitspartei, drohte nun mit dem Ausstieg aus der Koalition. Wilders verfügt über die meisten Sitze im Parlament und könnte mit einem Rückzug aus der Koalition eine Neuwahl erzwingen. Nach zähen Koalitionsverhandlungen musste er dem parteilosen Dick Schoof den Vortritt als Ministerpräsident lassen. Hintergrund der Spannungen ist die Debatte um eine Verschärfung des Asylrechts. Schoof hatte die Zustimmung zu dem Gesetz von einer Einschätzung des niederländischen Staatsrats, dem höchsten Beratungsgremium der Regierung, abhängig gemacht. Der hatte rechtliche Bedenken. Wilders wies die Meinung „nicht gewählter Bürokraten“ als unwichtig zurück. Es dürfe keine weiteren Veränderungen an dem Entwurf geben, andernfalls würden „die Wähler das Wort haben“, drohte Wilders. *P.E.*

KI gefährdet Trinkwasser

London – In Großbritannien sorgt eine Erklärung der Regierung von Ministerpräsident Keir Starmer für Aufmerksamkeit, wonach die Absicht besteht, das Vereinigte Königreich zu einem Welt-Champion für Künstliche Intelligenz (KI) zu machen. Man erhofft sich davon einen wirtschaftlichen Aufschwung. In einer Stellungnahme räumte das Ministerium für Wissenschaft, Innovation und Technologie ein, dass die im Land geplanten KI-Server eine Herausforderung für die Versorgungskapazitäten bedeuten. Wie die BBC aus Kreisen der Industrie erfuhr, könnte eine Verknappung des Trinkwassers drohen, da die gigantischen Datenspeicher große Mengen an Wasser zur Kühlung der Anlagen benötigen. Man wisse aber nicht wie viel genau, sodass es schwierig sei, geeignete Standorte zu finden. Sorgen löste auch eine Erklärung des Ministers aus, dass die „notorisch energiehungrigen Datenspeicher“ im Falle von Stromengpässen priorisiert werden müssten. *D.J.*

Syrer sprechen mit Russland

Damaskus – Sah es im Januar noch so aus, als hätte Russland seine Stützpunkte in Syrien verloren, so scheint sich nun das Blatt zu wenden. In einem Interview mit der „Washington Post“ sagte der neue syrische Verteidigungsminister Murhat Abu Qasra, es bestehe die Möglichkeit, dass Russland den Marinestützpunkt in Tartus und den Luftwaffenstützpunkt Hmeimim am Mittelmeer behalten könne. Grund: Moskaus Haltung gegenüber der neuen syrischen Regierung habe sich deutlich verbessert. „In der Politik gibt es keine dauerhaften Feinde“, erklärte Abu Qasra. Aber Syrien erwarte Gegenleistungen und dass die Stützpunkte dem Land Vorteile bringen müssen. Von russischer Seite hieß es, dass über den 2017 mit Assad geschlossenen Pachtvertrag über 49 Jahre zusätzliche Verhandlungen geführt werden müssten. *MRK*

NEUES KONZEPT

Sicherheit und Frieden durch Stärke

Mit viel KI und etwas Mensch hat sich der US-Geheimdienst CIA unter Präsident Trump neu aufgestellt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Während seiner ersten Amtszeit von 2017 bis 2021 zeigte sich Donald Trump nicht gerade als besonderer Freund des US-Auslandsgeheimdienstes CIA. Böse Stimmen sprachen sogar von einer „toxischen Beziehung“, weil der Präsident die CIA als Teil des „Deep State“ betrachte, der ihn angeblich bekämpfen wolle. Das scheint jetzt aber anders zu sein.

Der Grund hierfür liegt augenscheinlich in dem neuen, nunmehr deutlich aggressiveren außenpolitischen Konzept Trumps. Dessen Umsetzung erfordert auch eine Optimierung der United States Intelligence Community, der immerhin 18 voneinander unabhängige Nachrichtendienste der Vereinigten Staaten angehören. Die Frage ist allerdings, welche Strategie Trump hier wählen wird. Denkbar wäre eine Zentralisierung, um ein einziges übergeordnetes Entscheidungs- und Koordinationsorgan zu schaffen.

Ansonsten wird es höchstwahrscheinlich eine wesentlich engere Kooperation zwischen dem privaten IT-Sektor und der CIA sowie den anderen Geheimdiensten geben. Schließlich sammeln und verarbeiten die Dienste allesamt Unmengen von Informationen, weshalb eine Automatisierung und Beschleunigung der Abläufe durch Künstliche Intelligenz (KI) das Gebot der Stunde ist.

Dabei besteht wohl auch die Gefahr der Einführung von technischen Lösungen, die nicht nur die Auslandsspionage revolutionieren, sondern gleichermaßen zur Bevölkerungskontrolle im Inland taugen. Hier könnte es perspektivisch zu einer unheilvollen Allianz von Hochtechnologie-Unternehmern, Geheimdienstlern und radikal veranlagten politischen Kräften kommen.

Dass der derzeitige Präsident die CIA personell umkrempeln beziehungsweise entschlacken will, verrät nicht zuletzt sein Angebot vom 5. Februar an alle Mitarbeiter der Agency, gegen eine Abfindung von acht Monatsgehältern zu kündigen. Andererseits wird der Faktor Mensch in der CIA aber weiterhin von eminenter Bedeutung sein.

Hierfür steht nicht zuletzt die Person des neuen CIA-Direktors John Ratcliffe. Der hatte von Mai 2020 bis Januar 2021 bereits als Director of National Intelligence fungiert und soll nun „ein Höchstmaß an nationaler Sicherheit und Frieden durch Stärke gewährleisten“. Ratcliffe zufolge müsse die CIA wieder zu ihren Wurzeln zurückkehren: „Wir werden Informationen sammeln, insbesondere durch menschliche Quellen, in jedem Winkel der Welt, egal wie dunkel oder schwierig.“

„Wir werden Dinge tun, die sonst niemand tun kann!“

John Ratcliffe
neuer CIA-Direktor

Damit signalisierte er eine Abkehr von der in letzter Zeit ständig bedeutsamer gewordenen Open-Source-Intelligence, welche auf die Analyse von öffentlich zugänglichen Informationen hinausläuft. Hier dürfte zukünftig die KI den Löwenanteil der Arbeit übernehmen, während die verbliebenen CIA-Leute wieder an die hochkarätigen Geheimnisse des Gegners zu gelangen versuchen.

Gleichzeitig kündigte Ratcliffe aber auch an: „Wir werden verdeckte Operationen auf Anweisung des Präsidenten durchführen, wir werden an Orte gehen, an die niemand sonst gehen kann, und wir werden Dinge tun, die niemand sonst tun kann.“ Damit spielte er auf die sogenannte „Dritte Option“ des Mannes im Weißen Haus neben der Diplomatie und dem Krieg an. Wenn die Erste nicht zielführend ist und die Zweite zu unpopulär erscheint, kann der Präsident der ihm direkt unterstellten CIA die Weisung geben, amerikanische Interessen mithilfe konspirativer Aktionen durchzusetzen. Verantwortlich hierfür sind dann die Angehörigen des Special Activities Center (SAC), das wiederum zwei Abteilungen besitzt: Die SOG (Special Operations Group) für geheime paramilitärische Operationen und die PAG (Political Action Group) für verdeckte Aktionen.

In seiner ersten Amtszeit autorisierte Trump nur relativ wenige SAC-Einsätze wie die Tötung des iranischen Generals Qasem Soleimani. Künftig könnte die „Dritte Option“ aber die Regel statt Ausnahme werden, so beispielsweise im Ringen mit dem erklärten Hauptgegner China oder dem iranischen Mullah-Regime. Letzteres hatte ja immerhin die Ermordung Trumps in Auftrag gegeben, weswegen eine Revanche hier mehr als nahe liegt. Ebenso auf der „Abschussliste“ steht der venezolanische Präsident beziehungsweise Diktator Nicolás Maduro, welcher im „Hinterhof“ der USA Unruhe stiftet. Außerdem ließ Trump durchblicken, dass er den Kampf gegen die mexikanischen Drogenkartelle intensivieren will. Dieser könnte künftig nicht mehr nur durch die Drogenbekämpfungsbehörde DEA, sondern auch durch SAC-Einheiten der CIA geführt werden.

Somit dürften also schwierige Zeiten für manche Feinde der USA anbrechen.

BILD: PHOTO ILLUSTRATION: KELLI R. GRANT/YAHOO NEWS; PHOTOS: AP(3)

US-Präsident Trump und der Geheimdienst CIA planen eine enge Zusammenarbeit: Feinde der USA sollten sich in Acht nehmen

BELGIEN

Blutiger Krieg der Drogenbanden in Brüssel

92 Schießereien, neun Todesopfer – aber die Polizei hat keinen Plan, um für Sicherheit zu sorgen

Eine Schießerei jagt die nächste in Brüssel. Gerade erst am 6. Februar wurde ein Mann in Peterbos, einem Rotlichtviertel in der Gemeinde Anderlecht, mit einer automatischen Waffe erschossen. Der Mord steht wohl im Zusammenhang mit dem Krieg zwischen den Drogenbanden in der belgischen Hauptstadt, wo die Behörden verzweifelt versuchen, die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen.

Es ist die vierte Schießerei, die dieser Tage in Brüssel registriert wurde. Wer waren die Täter, welche die Metrostation Clemenceau in ein Schlachtfeld verwandelten? Die Polizei hatte ohnehin alle Hände voll zu tun mit den weiteren wilden Feuergefechten: eines in der Nähe derselben Station mit einem Verletzten und andere in der Nähe des Brüsseler Stadtzentrums. Der Kugelhagel von Peterbos lässt den Beginn eines neuen Zyklus der Gewalt befürchten.

Tagelang liefen Bilder der Schießerei in der Station Clemenceau auf allen Nachrichtenseiten in Endlosschleife. Dabei hatte die Videoüberwachung zwei maskierte Männer festgehalten, die durch Gänge und über Rolltreppen liefen und dabei wild um sich schossen. Routine und eine völlige Gefühlskälte machte deutlich, dass es sich um Aktionen von skrupellosen Drogenbanden handelte.

Ein Verdächtiger wurde später festgenommen, ohne dass die Staatsanwaltschaft weitere Angaben machte. Bei Hausdurchsuchungen in Molenbeek-Saint-Jean wurden schwere Waffen beschlagnahmt. Insgesamt sollen fünf Täter an der Operation beteiligt gewesen sein. Ein neues Video, das von den Angreifern selbst gefilmt wurde, zeigt, wie ein weiteres mit Pistolen bewaffnetes Duo aus einem Auto steigt und dann einige Dealer auf der Flucht angreift. Danach schnappen sich die Angreifer die Päckchen mit dem kostbaren weißen Pulver. Die drei Schießereien stehen wohl wieder einmal im Zusammenhang mit dem Drogenhandel und blutigen Revierkämpfen.

Am ´7. Februar schrieb die flämische Tageszeitung „Het Laatste Nieuws“: „Es ist die albanische Mafia, die die Drogenproduktion in Brüssel-Midi betreibt –also die Plantagen und die Lieferungen –, aber sie ist nicht diejenige, die Viertel wie Clemenceau beherrscht und dort Drogen verkauft. Und sie ist es auch nicht, die Schießereien wie diese organisiert.“

Die Metrostation Clemenceau soll in Wirklichkeit unter der Herrschaft eines brutalen marokkanischen Clans stehen, der den Ort seit Jahren kontrolliert. Diese Bande soll ihre kriminellen Geschäfte bis in die Gefängnisse hinein über Mobiltelefone und verschlüsselte Messenger abwickeln. Selbst wenn die führenden Köpfe hinter Gittern sitzen.

Was die Zunahme der Schießereien betrifft, so geht es dabei um rentable Gebietskämpfe, aber ebenso um Vergeltungsmaßnahmen gegen rivalisierende Clans. Für 1500 Euro schießen Minderjährige mit Automatikwaffen auf Menschen, um Angst und Schrecken zu verbreiten. „Het Laatste Nieuws“ stellt fest: „2024 gab es in Brüssel 92 Schießereien, davon 60 in Brüssel-Midi, mit neun Todesopfern.“ Umso erstaunlicher ist das Fehlen einer wirksamen Reaktion der Polizei und der Behörden. *Bodo Bost*

VON PETER ENTINGER

BILD: PIXABAY.COM/STEVEDIMATTEO, IFO INSTITUT

Keine Aufträge, mieses Wirtschaftsklima, Bürokratie, keine Kredite, Unsicherheiten: Das ist die aktuelle Situation bei Selbstständigen

LÄNGSTE WIRTSCHAFTSFLAUTE

Selbstständige schlagen Alarm: „Das Haus steht in Flammen“

89 Prozent aller Unternehmen in Deutschland sind Solo-Selbstständige oder Freiberufler – Mehr als eine halbe Million haben bereits aufgegeben

Die Überschriften verheißen nichts Gutes, wenn man auf die Internetseite des Wirtschaftsforschungsinstitut Ifo schaut. „Selbstständige gehen mutlos ins neue Jahr“ und „Düstere Aussichten für Selbstständige“ lauteten die Schlagzeilen des „Jimdo-Ifo-Geschäftsklimaindex“. Um die Sichtbarkeit von Soloselbstständigen und Kleinstunternehmen zu erhöhen, veröffentlicht das Ifo-Institut seit Dezember 2021 die neue Forschungsreihe: Die jüngste Erhebung heißt: „Jedem zweiten Selbstständigen fehlen Aufträge.“

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland ist düster. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) rechnet für das laufende Jahr mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,1 Prozent. Bestätigen sich die düsteren Prognosen, wäre dies die längste Flaute seit Bestehen der Bundesrepublik. Das macht natürlich auch vor den Selbstständigen nicht halt. Fast genau jeder zweite befragte Selbstständige klagte im Januar über zu wenig Aufträge. Damit ist der Anteil deutlich über dem in der Gesamtwirtschaft, der bei gut 40 Prozent lag. „Der Auftragsmangel bleibt ein zentrales Problem“, sagte Ifo-Expertin Katrin Demmelhuber. Das Geschäftsklima für die Selbstständigen und Kleinstunternehmen hatte nach der Auswertung des Instituts bereits zu Jahresbeginn einen neuen Tiefstand erreicht. Der Index sank um mehr als sechs Punkte auf -24,9 Punkte. „Der wirtschaftliche Sinkflug setzt sich fort“, erklärt Demmelhuber. Der Index setzt sich aus der Bewertung der Geschäftslage und der Erwartungen für die Zukunft zusammen. Lediglich die Erwartungen fielen nicht ganz so pessimistisch aus wie zuletzt, sie sind aber, vorsichtig formuliert, immer noch bescheiden.

Der Vorstandsvorsitzende des Hamburger Internetdienstleisters Jimdo, der die Forschungsreihe des Instituts finanziert, Matthias Henze, formuliert es drastisch: „Die neuen Daten zeigen, wie dramatisch die Lage der Selbstständigen ist. Ähnlich wie in der Corona-Krise sind sie überproportional betroffen – nur dass es diesmal kaum jemand wahrnimmt. Während Corona haben wir 430.000 Selbstständige verloren. In der aktuellen Wirtschaftskrise dürfte die Zahl noch höher liegen. Das ist kein Weckruf mehr. Das Haus steht bereits in Flammen.“

Der Auftragsmangel ist aktuell die größte Herausforderung für Kleinstunternehmen: 50,5 Prozent der Selbstständigen berichten im ersten Quartal von fehlenden Aufträgen – so viele wie noch nie seit Beginn der Erhebungen. Auch Finanzierungsengpässe treten häufiger auf als im Vorquartal, während angebotsseitige Hindernisse wie Arbeitskräftemangel oder fehlende Kapazitäten zurückgehen.

Selbstständige als wichtige Säule

Auch im Dienstleistungssektor erreichte der Klimaindikator einen Tiefpunkt. Die Geschäftslage verschlechterte sich spürbar mit rückläufigen Umsätzen und schrumpfenden Auftragsbeständen. Positive Entwicklungen gab es bei IT-Dienstleistern, im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie in der Reisebranche, während sich das Klima im Einzelhandel deutlich eintrübte. Andreas Lutz, Vorstand des Verbands der Gründer und Selbstständigen Deutschland (VGSD), forderte im Hinblick auf die anstehenden Bundestagswahlen einen massiven Kurswechsel: „Die Zahlen zeigen, wie wichtig eine Wende in der Wirtschaftspolitik ist – besonders für Solo- und Kleinstunternehmen. Wir hoffen, dass von dem Wahlergebnis ein Aufbruchssignal für die gesamte Wirtschaft ausgeht.“ Nach dem Ende der Ampel-Koalition zog er ein bitteres Fazit: „Die Ampel hat viel versprochen, aber nichts geliefert. Wir sind die Vergessenen.“

Selbstständige werden gerne als die Unterschätzten der deutschen Wirtschaft bezeichnet. Kleinunternehmen, Solo-Selbstständige und Freiberufler machen 89 Prozent aller Unternehmen in Deutschland aus – mit insgesamt acht Millionen Beschäftigten. Das sind zehnmal so viele wie in der Automobilindustrie. Zahlen der Industrie- und Handelskammer zeigten zuletzt aber einen besorgniserregenden Trend. Im vergangenen Jahr erreichte das Gründungsinteresse einen historischen Tiefstand. Führte sie 2013 noch mehr als 300.000 Gespräche mit potentiellen Einsteigern, waren es im abgelaufenen Jahr nur noch 150.000. „Hohe Rechtsunsicherheit, Bürokratie und ein weit verbreitetes negatives Narrativ über uns machen die Selbstständigkeit in Deutschland unattraktiv“, sagt Lutz. Mit Rechtsunsicherheit spielte er auf die sogenannte Scheinselbstständigen-Problematik an. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtete kürzlich, dass tausende Selbstständige in Wahrheit abhängig beschäftigt seien, ohne es zu wissen. Auftraggebern drohen horrende Nachzahlungen an die Sozialversicherung. Für Unternehmen sei es mittlerweile ein unkalkulierbares Risiko, Freiberufler zu engagieren. Auch das dürfte die Lust auf eine selbstständige Berufsausübung nicht unbedingt erhöhen.

WIRTSCHAFTSKLIMA

Exportmarkt Polen überholt überraschend China

Ost-Ausschuss warnt vor zu strengen Grenzkontrollen, um Warenabfertigungen noch zu behindern

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft zeigt für Unternehmen Verständnis, die nach Polen abwandern. Cathrina Claas-Mühlhäuser, die Vorsitzende des Ost-Ausschusses, erklärte auf der Jahresauftakt-Pressekonferenz des Verbandes: „Ich kann niemandem verdenken, wenn er wegen niedrigerer Energiepreise seine Produktion nach Polen verlagert.“

Claas-Mühlhäuser weiter: Viele Unternehmen versuchten eben, das beste Produkt für ihre Kunden zu den besten Konditionen herzustellen. Die deutschen Exporte nach Polen wuchsen vergangenes Jahr um mehr als drei Milliarden auf 93,8 Milliarden Euro. Damit ist das Nachbarland für die deutschen Wirtschaft inzwischen weltweit der viertwichtigste Absatzmarkt. Als Exportmarkt ist Polen für Deutschland mittlerweile sogar wichtiger geworden als die Volksrepublik China. Innerhalb der EU ist Polen zudem eines der wenigen Ländern, die ein signifikantes Wachstum verzeichnen könne. Angesichts dieser Entwicklung erwartet der Ost-Ausschuss von der nächsten Bundesregierung einen stärkeren Einsatz für die wirtschaftliche Kooperation mit Polen: „Die Zusammenarbeit zwischen Berlin und dem mit Abstand wichtigsten östlichen Handelspartner Polen muss eine neue Qualität erreichen.“ Der Ost-Ausschuss regt an, dass eine neue Bundesregierung die jährlichen deutsch-polnischen Regierungskonsultationen um Wirtschaftsgespräche erweitert.

Ein besonders heikler Punkt ist aus Sicht des Außenhandelsverbandes der reibungslose Warenverkehr in Richtung des östlichen Nachbarn. Zum Thema Grenzkontrollen sagte die Chefin des Ost-Ausschusses: „Ein nicht unerheblicher Teil der Güter im Wert von mehr als einer halben Billion Euro, die wir mit Mittel- und Osteuropa handeln, wird über unsere Grenzen mit Polen und Tschechien transportiert, teils als Just-in-time-Lieferung. Das bricht uns zusammen, wenn die Warenabfertigung an den Grenzen stockt.“ Vor diesem Hintergrund fordert der Ost-Ausschuss von der nächsten Bundesregierung, dass im Zug der Debatten um Grenzschließungen die Freizügigkeit des Warenverkehrs gewährleistet bleibt.

Zentralasien künftig im Fokus

Zukunftspotential sieht der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft auch auf den Märkten Zentralasiens. Der Verband erwartet von der neuen Bundesregierung zudem Bemühungen, damit das EU-Programm „Global Gateway“ zügig die Handels- und Verkehrsverbindungen mit Zentralasien und den Ländern des Südlichen Kaukasus verbessert. Die Öffnung nach Zentralasien müsse vorangetrieben werden, so der Ost-Ausschuss. Eine dritte große Forderung des Ausschusses ist die Forcierung des EU-Beitritts der sechs Staaten des Westbalkans. Dabei solle Montenegro der erste Kandidat sein, der in die EU aufgenommen wird.

Mit Blick auf die Ukraine erklärte der Ost-Ausschuss, deutsche Firmen seien zu Investitionen bereit. Von der neuen Bundesregierung erwartet der Verband jedoch auch, dass Finanzhilfen für den Wiederaufbau der Ukraine stärker an die Beteiligung deutscher und europäischer Unternehmen geknüpft werden. *H.M.*

MELDUNGEN

Verbrenner sind weiter angesagt

München/Wolfsburg – BMW will auch in Zukunft in die Entwicklung von Autos mit Verbrennungsmotor investieren. BMW-Vorstandsmitglied Jochen Goller erklärte im Interview mit der „Financial Times“, „es wäre naiv zu glauben, dass der Übergang zur Elektrifizierung eine Einbahnstraße ist“. Auch die VW-Tochter Porsche kündigte Anfang Februar an, wieder verstärkt in Verbrenner- und Hybridmodelle investieren zu wollen. Auch bei der Volkswagen-Tochter Audi und der Kernmarke VW gibt es laut einem Bericht des „Handelsblatts“ Überlegungen, einzelne Modelle mit Verbrennungsmotor in Europa länger laufen zu lassen. Demnach könnten VW-Modelle, für die es eine gute Nachfrage gibt, noch einmal in den 2030er Jahren überarbeitet und weiter mit Verbrennungsmotor angeboten werden. Dies könnte bei Volkswagen für Modelle wie den Golf, T-Roc oder Tiguan gelten, bei Audi für das Kompaktmodell A3. *H.M.*

Thyssenkrupp bricht ein

Essen – Der Hersteller von Elektrolyseanlagen ThyssenKrupp Nucera verzeichnete in den vergangenen beiden Geschäftsjahren operative Verluste. Nach nur eineinhalb Jahren sank der Börsenwert um 60 Prozent, davon 20 Prozent in diesem Jahr. Die Aktie war zu 20 Euro ausgegeben worden und gewann zunächst zügig an Wert. Das Unternehmen ist unter anderem mit einem Auftrag für Saudi-Arabiens Mega-Wüstenstadt Neom im Geschäft. Von anhaltendem Kursverfall betroffen sind auch die Aktien des norwegischen Spezialisten für Wasserstofftechnologien NEL ASA. Ebenfalls auf Börsentalfahrt ist das US-Unternehmen Plug Power, das schwerpunktmäßig Wasserstoff-Brennstoffzellen-Lösungen anbietet. Der Sektor ist kapitalintensiv, daher gelten die hohen Finanzierungskosten als Hürde für Investitionen. Bisher verpflichten sich nicht genügend Industrieunternehmen zur Abnahme großer Mengen von „grünem“ Wasserstoff. *D.J.*

Russen-Gas soll helfen

Leuna – Der Geschäftsführer des Chemieparks Leuna, Christof Günther, fordert die Wiederaufnahme des Imports von russischem Pipelinegas. Zur „Mitteldeutschen Zeitung“ sagte Günther, nach drei Jahren Krieg in der Ukraine sei es an der „Zeit, die Strategie zu überdenken“. Weiter erklärte der Geschäftsführer der InfraLeuna GmbH, die Energiepreise in Deutschland seien nicht wettbewerbsfähig. Zurückzuführen sind die hohen Preise aus seiner Sicht auf eine Verknappung des Angebots in den vergangenen Jahren durch die Abschaltung von Kraftwerken und die Reduzierung russischer Gaslieferungen. „Das Energieangebot muss ausgebaut werden, damit die Preise sinken“, so Günther. Deutschland importiert russisches Flüssiggas, aber die Pipelines für Gas sind abgestellt. Zur schnelle Entlastungen der Wirtschaft forderte er auch die Absenkung des Strompreises für energieintensive Betriebe. *H.M.*

ANALYSE

Rüstungsprojekte, die aus der Zeit fallen

HERMANN MÜLLER

Angesprochen auf die Effektivität der militärischen Hilfe der USA und der EU-Länder für die Ukraine zog der frühere Oberst der US-Armee Douglas McGregor unlängst ein vernichtendes Urteil: „Viel von der gelieferten Ausrüstung hat die Erwartungen nicht erfüllt, die in sie gesetzt wurde“, so McGregor in einem Interview mit dem Journalisten David Lin. Kritisch stellte der deutschsprechende McGregor auch fest, dass die Streitkräfte der USA aufgrund der weltweiten Weiterentwicklung der Waffentechnik nicht mehr die Abschreckungskraft haben, die sie noch vor 50 Jahren hatten: „Kommen Flugzeugträger oder Überwasserschiffe in die Reichweite von solchen Hyperschallraketen, die Russland in der Ukraine einsetzt, werden sie uns versenken.“

Auf die Frage, ob die USA das ohnehin weltweit höchste Verteidigungsbudget weiter aufstocken müssten, wartete der Ex-Oberst mit einer verblüffenden Antwort auf: „Der Verteidigungshaushalt muss gesenkt werden. Zu viel Geld wird für überteuerte Waffensysteme gezahlt oder durch eine Beschaffungsbürokratie ineffizient ausgegeben, die nach jahrzehntealten Grundsätzen arbeitet.“

Auch in den europäischen Mitgliedsländern der NATO besteht die Gefahr, dass in den nächsten Jahren mit der drastischen Anhebung der Verteidigungsausgaben hohe Milliardenbeträge für nicht mehr zeitgemäße Waffensysteme ausgegeben oder durch Pannenprojekte, Korruption und politische Fehlentscheidungen verschwendet werden.

Wenn Neues Jahrzehnte dauert

Bei der Bundeswehr bleibt trotz des 100-Milliarden-Sondervermögens der Finanzbedarf hoch. Von der Öffentlichkeit eher wenig beachtet, soll die Armee neben Heer, Marine und Luftwaffe in den nächsten Jahren eine vierte Teilstreitkraft für den Cyber- und Informationsraum bekommen. Nach den Erfahrungen des Ukrainekrieges wird die Bundeswehr auch sehr viel mehr Geld in die elektronische Kriegsführung und die Luftverteidigung investieren müssen.

Allein der Aufbau einer gefechtsbereiten deutschen Brigade in Litauen wird nach Planungen des Verteidigungsministeriums Rüstungsinvestitionen in Höhe von sechs bis neun Milliarden Euro nötig machen. Um die Litauen-Brigade aufzustellen, wird laut Heeresinspekteur Alfons Mais die Bundeswehr in den nächsten drei bis fünf Jahren „das nötige Personal und Material aus den Strukturen des Heeres quasi ausschwitzen müssen“. Zudem hat Deutschland nach Angaben der Bundesregierung an die Ukraine mittlerweile auch Material mit einem geschätzten Beschaffungswert von über fünf Milliarden Euro abgegeben. Auch dieses Material muss wieder ersetzt werden.

Gerade das Beschaffungswesen ist seit Jahrzehnten ein Sorgenkind. Die Prozesse sind langwierig, Großprojekte werden oft von drastischen Kostensteigerungen begleitet. Der neue Schützenpanzer Puma gilt beispielsweise technisch als hochmodern. Ob dies auch noch so ist, wenn er endlich voll einsatzfähig ist, bleibt abzuwarten.

Bereits im Jahr 2009 hatte der Bund 405 Puma-Schützenpanzer zu einem Gesamtpreis von 3,1 Milliarden Euro bestellt. Erste Serienmodelle die 2015 ausgeliefert wurden, wiesen aber viele technische Mängel und Nachrüstungsbedarf auf. Mittlerweile wird erst für das Jahr 2030 mit der vollen Einsatzfähigkeit des Puma gerechnet. Dafür hat sich der Preis pro Fahrzeug seit dem Start verdoppelt. Als Konsequenz der Querelen hat das Bundesverteidigungsministerium die Bestellung inzwischen auf 350 Stück reduziert. Auch das Rüstungsprojekt des Airbus-Militärtransporters A400M war von technischen Problemen, Kostensteigerungen und gerissenen Zeitplänen begleitet.

Ein Blick auf den Ukrainekrieg lässt bezweifeln, ob Deutschland mit den alten Strukturen und Beschaffungsvorgängen tatsächlich verteidigungsfähig gemacht werden kann. Während des Ukrainekrieges haben die ukrainische Armee und russische Streitkräfte gezeigt, dass sie in der Waffentechnik, etwa bei der Entwicklung neuer Drohnengenerationen, extrem schnell reagieren können. Der Militärhistoriker Sönke Neitzel sprach gegenüber dem Sender „Phoenix“ sogar von Innovationszyklen, die nur noch Wochen dauern.

BILD: IMAGO / DTS NACHRICHTENAGENTUR

Lässt die europäischen Verbündeten auflaufen: Der US-Sonderbeauftragte für die Ukraine, Keith Kellogg

LEITARTIKEL

Lehrstunden in Realpolitik

RENÉ NEHRING

Welche Rolle spielt Europa für die Zukunft der Ukraine? Drei Jahre nach Ausbruch des Krieges um das nach Russland flächenmäßig größte Land Europas müssen die Spitzen der EU und der großen Mitgliedsstaaten zur Kenntnis nehmen, dass die neue US-Administration an ihnen vorbei eine Übereinkunft mit Russland sucht.

Zwar war die Absage aus Washington an die Verbündeten diesseits des Atlantiks wohl nicht so schroff, wie es erste Meldungen, nach denen der vom US-Präsidenten Donald Trump berufene Ukraine-Sonderbeauftragte Keith Kellogg ihnen mitgeteilt haben soll, dass sie bei den Friedensverhandlungen nicht mit am Tisch sitzen würden, vermuten ließen. Doch machte die Aufforderung von Kellogg, die Europäer mögen doch bitte erst einmal melden, was sie zu einer Sicherung des Waffenstillstandes zwischen Ukrainern und Russen beitragen könnten, bevor sie mitreden dürften, einmal mehr deutlich, wie sehr sich die weltpolitische Lage verändert hat.

Die europäischen Mitglieder der NATO reagierten auf die neuen Töne aus Washington mit einem eilig zusammengetrommelten Gipfeltreffen in Paris, auf dem sie ihre künftige Linie in der Ukrainefrage abstimmen wollten. Doch was eine neue Entschlossenheit demonstrieren soll, offenbart zunächst einmal alte Versäumnisse. Denn da sich Kellogg ganz auf der Linie seines Präsidenten bewegt, stellt sich unweigerlich die Frage, warum die Europäer erst jetzt anfangen, darüber nachzudenken, welche Rolle sie bei der künftigen Gestaltung ihres eigenen Kontinents einnehmen wollen. Nichts von dem, was derzeit die internationale Sicherheitspolitik bewegt, war unabsehbar.

> Hätte von der Leyen Orbán gewähren lassen, wären die Europäer heute eine gestaltende Kraft

Zur Wahrheit gehört auch, dass die Eliten in Brüssel, Paris, Berlin und anderen EU-Hauptstädten nicht nur nichts unternommen haben, sondern dass sie noch vor wenigen Monaten über den Ungarn Viktor Orbán – damals immerhin EU-Ratspräsident – hergefallen sind, weil dieser es gewagt hatte, in Kiew, Moskau, Peking und Washington Möglichkeiten für einen Frieden zu sondieren. Hätte die Brüsseler Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die selbst kein einziges Mal die Initiative zur Lösung des Konfliktes ergriff, Orbán gewähren gelassen oder sich seiner Initiative angeschlossen, wären die Europäer heute eine gestaltende Kraft – und keineswegs davon abhängig, welche Rolle ihnen andere zuweisen.

So lernen die Europäer nun auf die harte Tour, worauf es – ob es ihnen passt oder nicht – in der Welt noch immer ankommt: Letztendlich bestimmt nicht derjenige, der am lautesten über diffuse Werte redet, wo es langgeht, sondern derjenige, der die größten finanziellen und militärischen Kräfte ins Feld führt.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto:
Commerzbank AG,
IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01,
BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

NACHRUF

Trauer um Elimar Schubbe

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* trauert um ihren ehemaligen Chefredakteur Elimar Schubbe. Der Deutschbalte wurde am 7. April 1934 in Reval geboren. Die im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes erfolgte Umsiedlung seiner Familie führte ihn zunächst in den Warthegau und weiter über Lodsch nach Minsk. Nach dem Zweiten Weltkrieg landete Schubbe mit seiner Familie in Brandenburg, zog jedoch wenige Jahre später weiter Richtung Westen. Dort fing er früh an, sich in der Jungen Gemeinde und in der Christlichen Pfadfinderschaft Deutschlands gesellschaftlich zu engagieren.

Nach dem Studium der Geschichte, der Politischen Wissenschaft und der Evangelischen Theologie gehörte Schubbe zu denjenigen Stimmen in der deutschen Presselandschaft, die versuchten, die im Zuge des Kalten Krieges entstandenen Grenzen zu überwinden. So übersetzte er für den renommierten Hanser Verlag zeitgenössische russische Literatur ins Deutsche und schrieb darüber auch für die Wochenzeitung „Die Zeit“.

Von 1970 bis 1978 war Schubbe Ressortleiter bei der katholischen Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“. Anschließend war er bis 1983 Chefredakteur des konservativen „Deutschland-Magazins“ und wechselte später von dort als Medienreferent zum Deutschen Bauernverband. Mit dem Aufkommen des privaten Rundfunks in Deutschland in den 1980er Jahren gründete Schubbe einen eigenen Mediendienst und war zudem Aufsichtsratsmitglied im Privatfernsehen. Aktiv engagiert war er auch in der Christlichen Gewerkschaft Medien.

BILD: CDU KREISVERBAND BONN

Versuchte zeitlebens, mit den Mitteln der Publizistik Grenzen zu überwinden: Elimar Schubbe

1997 übernahm der Deuschbalte dann die Leitung des *Ostpreußenblatts* und setzte bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand den bereits unter seinen Vorgängern eingeschlagenen Weg des Erschließens neuer Lesergruppen fort.

Gesellschaftlich aktiv blieb Schubbe bis ins hohe Alter. Er war Mitglied der CDU und dort im Evangelischen Arbeitskreis sowie in der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) engagiert. Zudem diente er im Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen Kreisgruppe Bonn.

Elimar Schubbe verstarb am 9. Februar 2025 in Bonn. *René Nehring*

Adam und Eva im surrealen Paradies

Salvador Dalí als Schöpfer religiöser Bildwelten – Kunsthaus Apolda präsentiert die „Biblia Sacra“ des spanischen Surrealisten

VON MARTIN STOLZENAU

Den im Juni anstehenden 30. Geburtstag des Kunsthauses Apolda Avantgarde will man mit drei besonderen Projekten feiern. Im Jubiläumsjahr gibt es Ausstellungen über Salvador Dalí, Pablo Picasso und Jean Cocteau sowie Paris als Metropole der Unterhaltung und der Plakatkunst. Den Anfang macht die Dalí-Schau „Biblia Sacra“. Sie zeigt den spanischen Surrealisten Salvador Dalí als ganz speziellen Bibelinterpreten.

„Dalí war weit mehr als nur Provokation und Inszenierung“, heißt es seitens der Kuratoren. Er habe sich in seinen Werken das Wesen der Zeit erschlossen. Dabei verband er in seiner Kunst das Interesse an Wissenschaft mit tiefgründiger Philosophie und erreichte mit seiner religiösen Auseinandersetzung mit dem christlichen Glauben einen offenkundigen Schaffenshöhepunkt. Kunsthistorisch gelten seine 105 Bilder der „Biblia Sacra“, die eine exakte Kenntnis der Evangelien beim Künstler verraten, als ein Höhepunkt in der christlich-religiösen Kunst des 20. Jahrhunderts.

In den Werken des 1904 in Figueras in Katalonien geborenen Künstlers lassen sich Einflüsse der italienischen Futuristen, der Metaphysischen Malerei des italienischen Künstlers Giorgio de Chiricos und des Kubismus erkennen. Auf späteren Italienreisen übernahm er zudem Anregungen der Renaissance und des Barock. Daraus resultierte in der Spätphase eine altmeisterliche Malmethode mit realistischen Elementen und Traumphantasien. Sein umfangreiches Schaffen umfasst Buchillustrationen, Schmuckgestaltungen, Porträts, Ballettszenarien, religiöse Bilder und theoretische Publikationen, in denen er seine „Methode zur Eroberung des Irrationalen“ erläutert.

Die aktuelle Dalí-Schau im Kunsthaus Apolda wagt keinen Spagat über die ganze Schaffensbreite. Sie beschränkt sich auf die Bibelinterpretation, die er ab 1963 in anderthalb Jahren mit 105 Gouachen vollbrachte. Die als Lithographien erschienenen Werke gewinnen dabei dem Bibeltext neue Aspekte ab. Auf der bildnerischen Suche nach dem Sinn des Lebens geriet er kurz danach allerdings in eine Lebenskrise. Der Künstler, der mit Gala, der Liebe seines Lebens, verheiratet war, musste nach zahlreichen Affären seiner Frau deren ruinöse Spielsucht und die Affäre mit einem 20-jährigen Amerikaner hinnehmen. Das zerrte an den Nerven des Exzentrikers. Die vorherige Beschäftigung mit der Bibel gab ihm wohl Halt.

BILDER (2): 1963-1965/SALVADOR DALÍ, FUNDACIÓ GALA- SALVADOR DALÍ/VG BILD-KUNST, BONN 2024

Höhepunkt von Dalís religiösem Schaffen: Die blau umhüllte „Maria mit dem Jesuskind“

Jetzt können Kunstfreunde im Kunsthaus die bildhafte Dalí-Verarbeitung der Bibeltexte auf sich wirken lassen. Da möchte im Erdgeschoss Moses Gott gern ins Angesicht sehen. Doch die Theologie reagiert darauf ungehalten. Dalís Erkenntnis: „Der Mensch kann Gott an sich nicht erkennen, nur hinterher sehen.“

Mit dem „Leuchtenden Antlitz des Mose“ will Dalí sagen: „Wenn Gottes Liebe verkündet wird, gibt das den Menschen Kraft und Freiheit.“ Kritisch merkt er an: „Wenn aber das Leben der Menschen überwacht wird, werden die guten Gebote Gottes pervertiert.“ Es folgen mit „Ruth“ Doppel- und Dreifachbilder, die das Schicksal gezeichneter Frauen verdeutlichen. Im „Sündenfall“ verstecken sich Adam und Eva im Garten, und der „Turmbau zu Babel“ wartet mit einer Botschaft auf. Der verlassene Turm mit bröckelndem Putz verkörpert die Vergangenheit. Der Brückenbau rechts unten im Bild deutet auf die Aufgaben der Gegenwart.

Die Bildreihe im nächsten Ausstellungsraum reicht vom Bild „Ester und Artaxerxes“, wobei sich die flatternden Haare der Frau mit den Barthaaren des Großkönigs vermischen, über das Bildnis „Lass dich nicht verführen“ mit nackten Mädchen und schwarzen Strichmännchen, die eine Erektion haben. Es folgt eine Darstellung von „David und Goliath“ mit dem blutenden Riesen. Die Bildfolge an den Wänden wird in einer Vitrine ergänzt durch einen übergroßen Original-Bibelband des Mailänder Verlages Rizzoli von 1967, der parallel zu den Bibeltexten Dalís Lithografien enthält.

Die Räume in der nächsten Ausstellungsebene beherbergen weitere Bibelinterpretationen. Zu sehen sind etwa die „Bergpredigt“ oder das Bildnis „Jesus und die Ehebrecherin“ mit der bekannten Aufforderung: „Wer unter euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein.“ In „Maria mit dem Jesuskind“, einem Hauptwerk von Dalí, blickt Maria in einem warm-blauen Mantel mit dem sprichwörtlichen Lächeln der Mona Lisa auf ihr Jesuskind, das im Stil der Renaissance gemalt ist und mit seinen kleinen Händen nach oben und unten zeigt. Das hat Symbolkraft und soll Himmel und Erde verbinden. Im Hintergrund ist Bethlehem zu sehen.

Alle Bilder sind mit der Symbolhaftigkeit Dalís behaftet. Im Bild „Die Heiligen drei Könige“ begleiten riesige Elefanten auf überlangen Stelzen den Zug. Einen letzten Höhepunkt bilden in der Schau die „Offenbarung des Johannes“ mit „Maria Magdalena unter dem Kreuz“ und ein „Blick ins Grab“.

Die Ausstellung wird durch ein Begleitprogramm mit Vorträgen und öffentlichen Führungen ergänzt. Am 11. Mai heißt es dann „Feliz cumpleaños, Salvador!“: Am 121. Geburtstag des Künstlers feiert man das Ausstellungsende.

Bröckelnde Fassade: „Turmbau zu Babel“

● Kunsthaus Apolda, Bahnhofstraße 42, 99510 Apolda, geöffnet: täglich außer montags von 10 bis 17 Uhr, Eintritt: 8 Euro. Der Ausstellungskatalog (156 Seiten) kostet 20 Euro **www.kunsthausapolda.de**

STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Zwei überfällige Sanierungsfälle

Teileröffnung des derzeit geschlossenen Pergamonmuseums schon 2027 – Preußenstiftung wird reformiert

Bei den unter dem Dach der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) vereinigten Berliner Museen gilt das Pergamonmuseum auf der Berliner Museumsinsel als das bedeutendste. Der darin präsentierte Pergamonaltar, das babylonische Ischtar-Tor, das Markttor von Milet und die Mschatta-Fassade sind Besuchermagnete, die durch den Ticketverkauf zu einem ganz wesentlichen Anteil zu den Gesamteinnahmen der SPK beitrugen.

So war es bis Oktober 2023. Denn seitdem ist das Museum komplett geschlossen. Im Rahmen einer umfangreichen Sanierung ist das Haus bereits seit 2013 von Handwerkern in Beschlag genommen, einige Teilbereiche blieben aber für die Öffentlichkeit geöffnet – und sollten es auch bleiben. Als dann Statiker den schwammigen märkischen Untergrund genauer in Augenschein nahmen, der zu einer Instabilität der über 100 Jahre alten Stützpfeiler führte, entschied man sich für eine Grundsanierung. Das Ergebnis war eine Kostensteigerung in Milliardenhöhe und eine geplante Wiedereröffnung des Museums frühestens im Jahr 2037.

Um das Publikum nicht bis dahin hinzuhalten, gab die SPK jetzt bekannt, im Frühjahr 2027 weite Teile des Pergamonmuseums wiederzueröffnen. Antikensammlung und Museum für Islamische Kunst werden sich mit ihren Vorzeige-Objekten im Nordflügel und Mittelbau präsentieren. Während in einigen ihrer Räume noch die Bauarbeiten im Gang sind, findet in anderen bereits die Einrichtung mit den antiken Objekten statt. Währenddessen werden bis 2037 der Südflügel instandgesetzt, ein neuer vierter Flügel gebaut und die Fußgängerbrücke über den Kupfergraben sowie die Außenanlagen hergerichtet.

Der Zugang zum teileröffneten Pergamonmuseum wird über den nördlichen, spreeseitigen Abschnitt der Kolonnaden auf der Museumsinsel erfolgen, da der Ehrenhof noch bis Abschluss der gesamten Bauarbeiten als Baueinrichtungsfläche benötigt wird. Der interimistische Eingang zum Haus wird dementsprechend auf dessen Ostseite liegen.

Im Altarsaal und dem Saal der Hellenistischen Architektur sind bereits zahlreiche Objekte der Antikensammlung restauriert und an ihren Plätzen. Der Pergamonaltar ist gerüstfrei, aktuell werden die Stufen der großen Freitreppe restauriert. Die Fläche vor dem Altar wird derzeit als Zwischenlager für die Fassadenelemente der Mschatta-Fassade genutzt.

„Preußen“ bleibt erhalten

Ab Ende 2025 kann dann die Einrichtung des Altarsaales fortgesetzt werden. Fünf weibliche Gewandstatuen von der Altarterrasse, die Dachaufsatzfiguren des Pergamonaltars und die Platten des Telephosfrieses werden in den Folgemonaten dort aufgestellt. Noch bis 31. August sind sie am Kupfergraben im Ausstellungsprojekt „Pergamonmuseum. Das Panorama“ zu sehen, das am 1. September für die Umzugsmaßnahmen kurzzeitig schließt.

Auch aktuell finden im Altarsaal Aufbauarbeiten statt. Im Telephos-Saal wird derzeit das Hephaistion-Mosaik verlegt. Damit kehrt dieses Mosaik aus den Königspalästen von Pergamon an den Ort zurück, an dem es bereits 1930 gezeigt wurde. Von 1959 bis 2012 war es im Saal der Hellenistischen Architektur zu sehen. Dieser wird durch die Umgestaltung wieder in seiner ursprünglichen Anmutung einer weiten Platzanlage erlebbar. Einen Höhepunkt des Raumes bildet die Statue der Athena Parthenos aus der Bibliothek von Pergamon.

Die Ankündigung einer Teileröffnung des Pergamonmuseums kommt zu einem Zeitpunkt, da der Deutsche Bundestag kurz vor der Bundestagswahl ein neues Gesetz über die Stiftung Preußischer Kulturbesitz beschlossen hat. Die von Monika Grütters (CDU) als damalige Kulturstaatsministerin angeregte und deren grüner Nachfolgerin Claudia Roth durchgesetzte SPK-Reform sieht vor, die viel bürokratisches Fett angesetzte Preußenstiftung zu verschlanken und den einzelnen Institutionen mehr Eigenständigkeit zuzubilligen. Der von Roth geforderten Maßnahme, den Namen „Preußen“ aus der SPK zu streichen, kamen die Bundestagsvertreter nicht nach. Wenn das Pergamonmuseum 2027 teileröffnet wird, ist es weiterhin ein Teil preußischer Museumstradition in Berlin. *Harald Tews/SPK*

● MELDUNG

Der Ostpreuße Walter Mamat

Lüneburg – Das Ostpreußische Landesmuseum in der Heiligengeiststraße 38, Lüneburg, präsentiert vom 21. Februar bis 24. August die Kabinettausstellung „Auferstanden aus Ruinen – Walter Mamat (1912–1976). Von Memel nach Wittenberg“. Die Motive der Kurischen Nehrung bildeten die Grundlage des künstlerischen Schaffens des in Memel geborenen Künstlers. Vor allem in seinem frühen Werk steht die Landschaft im Mittelpunkt. Vor seiner Flucht aus Ostpreußen hielt er noch das zerstörte Memel im Bild fest. Mamat wurde anschließend, im Gegensatz zur Mehrheit ostpreußischer Künstler, im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands tätig. Nach seinem Studium an der Kunsthochschule in Weimar konnte er sich als Maler in Wittenberg etablieren. Neben den typisch sozialistischen Bildmotiven der arbeitenden Bevölkerung widmete er sich der Landschaftsmalerei. Aber auch Stillleben, Porträts, Stadtansichten und Genreszenen gehörten zu seinem Repertoire (www.ol-lg.de). *tws*

FC BAYERN MÜNCHEN

Der gefühlte ewige Deutsche Meister

Früher war die Fußballbundesliga irgendwie spannender. Da wechselten die Deutschen Meister. Inzwischen lautet die Frage ja nur noch, ob Bayern München schon wieder Meister wird. Die „Roten“ spielen in einer anderen Liga – diese Metapher sei hier erlaubt. Seit 125 Jahren gibt es nun diesen mit 382.000 Sportskameraden (Stand 2024) mitgliederstärksten Sportverein der Welt.

Die Gründungsgeschichte lässt sich bis weit ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen und begann mit der Gründung eines anderen Traditionsvereins. Im Revolutionsjahr 1848 wurde im Saal der Buttleschen Brauerei zum Bayerischen Löwen der Münchner Turnverein gegründet. Allerdings wurde er bereits im darauffolgenden Jahr schon wieder wegen „republikanischer Umtriebe“ verboten. Elf Jahre darauf erfolgte seine Neugründung. Dem wurde 1889 durch eine Umbenennung in „Turnverein München von 1860“ Rechnung getragen. 1899 wurde dann die Fußballabteilung des heutigen Turn- und Sportvereins München von 1860 gegründet, also fast im selben Jahr wie der Fußball-Club Bayern München.

Da waren die Historie der Löwen und die Gründungsgeschichte des FC Bayern bereits seit zwei Jahrzehnten getrennt. Im Jahre 1879 gründeten vier Turner, die aus dem TSV 1860 München stammten, aber diesem den Rücken gekehrt hatten, den Männer-Turn-Verein München von 1879. Im Laufe der Jahre kamen zu dem seit den Zeiten des Turnvaters Jahn in Deutschland die Körperertüchtigung dominierenden Turnen weitere Sportarten hinzu. So gab es ab 1880 Abteilungen für Fechten und Singen sowie ab 1897 auch eine für Fußball.

Diese Fußballabteilung tagte am 27. Februar 1900 im Gasthaus Bäckerhöfl. Dabei kam es zu einem Streit über die weitere Entwicklung der Abteilung, nachdem kurz zuvor die Generalversammlung des Gesamtvereins den Beitritt zum Verband Süddeutscher Fußball-Vereine abgelehnt hatte.

Gegen 21.30 Uhr verließen Arthur Ringler, Otto Ludwig Naegele, Albert Zoepfel, Josef Pollack, Fritz Wamsler, Carl Wamsler, Georg Schmid, Paul Francke, Kuno Friederich, Wilhelm Focke und Franz John das Lokal. Sie kehrten im Weinhaus Gisela an der Jäger- und Fürstenstraße, heute Kardinal-Döpfner-Straße, in der Maxvorstadt ein, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Noch am selben Abend gründeten sie den Fußball-Club Bayern München.

Zwei Jahre später fand das erste Lokalderby zwischen dem TSV und dem FC statt. Schon damals siegten Letztere klar. Inzwischen spielen die Kicker der beiden Vereine buchstäblich in unterschiedlichen Ligen. *Manuel Ruoff*

BILD: FC BAYERN MÜNCHEN

Logo des FC Bayern München

Von seinen Entführern aufgenommenes Polaroid-Foto: Peter Lorenz in Geiselhaft *Bilder (2): ullstein bild*

TERRORISMUS

Als der Staat sich erpressbar machte

Vor 50 Jahren wurde der CDU-Politiker Peter Lorenz entführt, um verurteilte Terroristen freizupressen

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Nach dem gewaltsamen Tod des Studenten Benno Ohnesorg während einer Demonstration gegen den Staatsbesuch des persischen Schahs Mohammad Reza Pahlavi am 2. Juni 1967 in West-Berlin hatten die linksextremistischen Kräfte eine neue terroristische Dynamik entwickelt – die Rote Armee Fraktion (RAF) sorgte ab 1972 für blutige Anschläge. Teilweise personelle Überschneidungen gab es mit der an Ohnesorgs Todestag erinnernden „Bewegung 2. Juni“, die vor 50 Jahren, am 27. Februar 1975, nur drei Tage vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, den CDU-Spitzenkandidaten Peter Lorenz (1922–1987) entführte.

Die terroristisch agierende Berliner Gruppe hatte sich 1972 gegründet, nachdem der sozialistisch organisierte Student Georg von Rauch, der bereits seit fünf Monaten zur Fahndung ausgeschrieben war, bei dem Versuch der Festnahme in Berlin-Schöneberg erschossen worden war. In jenem Jahr verübte die Gruppe unter anderem einen Sprengstoffanschlag auf den britischen Yachtclub in Berlin-Kladow und einen weiteren auf das Landeskriminalamt Berlin. Sie beging Bank- und Raubüberfälle und mietete anschließend ein Ladenlokal in der Schenkendorfstraße 7 in Berlin-Kreuzberg an. Dort baute sie einen Kellerraum für die geplante Geiselnahme aus. Den Raum nannten sie „Volksgefängnis“.

Nach der Entführung von Lorenz fertigte die Gruppe dort mit einer Sofortbildkamera von Polaroid ein Foto ihres Opfers an. Die Aufnahme ließ sie der Deutschen Presse-Agentur (dpa) mit der Mitteilung zukommen, dass sie die Freilassung mehrerer verurteilter Terroristen, darunter auch der später als Rechtsextremist aktive Rechtsanwalt Horst Mahler, fordere.

Erste Geiselnahme dieser Art

Lorenz gilt als der erste Politiker der Bundesrepublik, der als Geisel genommen wurde. In Berlin und Bonn wurden mehrere Krisenstäbe eingerichtet, ein großer Krisenstab stand unter dem Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt (SPD). Zum Stab gehörten auch Vertreter der Opposition, darunter Schmidts späterer Nachfolger im Kanzleramt, der damalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl. Während in Berlin die Polizei erfolglos nach Lorenz suchte, diskutierte der Krisenstab, ob der Staat sich derart erpressen lassen dürfe. Letztlich war es der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, der als Lorenz’ Gegner im Wahlkampf die Richtung vorgab. Lorenz müsse unversehrt bleiben, alles andere sei erst einmal nachrangig, so Schütz, dem auch Kohl zustimmte. Mahler lehnte seine Freilassung ab und las stattdessen in seiner Zelle Hegel, bis 1980 sein damaliger Anwalt Gerhard Schröder, der spätere Bundeskanzler, die vorzeitige Haftentlassung auf Bewährung erreichte.

Am 3. März übertrug das Fernsehen live, wie die fünf entlassenen Häftlinge in Begleitung des vormaligen Regierenden Bürgermeisters Heinrich Albertz eine Lufthansa-Maschine bestiegen, die nach zehn Stunden im jemenitischen Aden landete. Albertz sollte als Geisel die Sicherheit der Terroristen gewährleisten. Der Sozialdemokrat hatte sich nach der Erschießung Benno Ohnesorgs konsequent hinter die Polizei gestellt und die Demonstranten Rowdies genannt, die als Minderheit „die Freiheit missbraucht, um zu ihrem Endziel der Auflösung einer demokratischen Grundordnung zu gelangen“.

In Aden verließen die Freigelassenen Verena Becker, Gabriele Kröcher-Tiedemann, Ingrid Siepmann, Rolf Heißler und Rolf Pohle das Flugzeug. Albertz musste eine vorgefertigte Erklärung verlesen, bevor Lorenz mit verbundenen Augen in einem Park in Berlin-Wilmersdorf freigelassen wurde. Lorenz gab später an, „korrekt“ behandelt worden zu sein.

15 Beteiligte der „Bewegung 2. Juni“ wurden im Laufe der Zeit verhaftet. Fünf von ihnen 1980 zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Einmal gab der Staat nach

Lorenz’ CDU wurde bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus stärkste Partei, den nächsten Senat indes bildeten SPD und FDP. Angesichts des wachsenden Terrorismus wurde Lorenz aus den Reihen der CDU vorgeschlagen, sich für die Wiedereinführung der Todesstrafe einzusetzen. Er wies das aber strikt zurück und betonte, er wolle auch künftig derartige Bestrebungen bekämpfen. Lorenz äußerte sich nur einmal öffentlich zu den sechs Tagen im Keller der Berliner Terrorgruppe: „Ich hatte Gottvertrauen, aber natürlich auch Angst.“

Der Fall Lorenz blieb die einzige Entführung, bei der den Forderungen der Terroristen nachgegeben wurde. Es war ein Signal an Terroristen, dass dieses Mittel im Kampf funktioniert. „Der Staat war erpressbar geworden“, wertete Kohl die Folgen in seinen Erinnerungen. Die Regierung Helmut Schmidt gab ab da nicht mehr nach. Mit Folgen.

Schon zwei Monate später folgte der Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm. Andreas Baader, und Ulrike Meinhof sowie 24 weitere Terroristen sollten freigepresst werden. Da die Regierung nicht darauf einging, wurden zwei Diplomaten erschossen – wie auch 1977 der entführte Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer im „Deutschen Herbst“.

Für diese harte Haltung des Staates sprach nicht nur die Botschaft für potentielle Nachahmertäter, dass dieser nicht mehr erpressbar sei und sich von daher weitere Entführungen nicht lohnten, sondern auch, dass sich die freigepressten Terroristen in den Folgejahren wieder an ihr blutiges Werk machten. Becker war später als RAF-Terroristin unter anderem in die Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback im April 1977 verwickelt. Kröcher-Tiedemann galt als Haupttäterin bei der Ermordung zweier Personen bei der OPEC-Geiselnahme 1975, wurde aber 1990 aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Sie sagte sich später von der RAF los. Siepmann blieb im Nahen Osten, lebte eine Weile in einem Ausbildungscamp einer palästinensischen Terrorgruppe und kam mutmaßlich 1982 im Libanonkrieg ums Leben. Zu dem Zeitpunkt war sie die meistgesuchte Terroristin der Bundesrepublik. Kröcher-Tiedemann war 1977 in die Entführung des österreichischen Industriellen Walter Michael Palmers verwickelt. Auch sie hat sich in den 90er Jahren vom Terrorismus losgesagt. Heißler erschoss 1978 zwei niederländische Zollbeamte und soll von sich behauptet haben, auch Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer persönlich erschossen zu haben. Er blieb bis zu seinem Tod 2023 bei seinem Bekenntnis zum bewaffneten Terror. Pohle reiste nach Griechenland, wo er 1976 verhaftet wurde. Nach Verurteilung und sechsjähriger Haft ließ er sich erneut in Griechenland nieder, wo er 2004 einer Krebserkrankung erlag.

Spurensicherung am Dienstwagen von Entführungsopfer Peter Lorenz nach dem Auffinden des Autos in einer Tiefgarage in der neuen Kantstrasse

Labours noch lebende Premiers: Keir Starmer, Tony Blair und Gordon Brown (von links) *Bild: Splash by Shutterstock*

LABOUR PARTY

Triumph und Tragödie der britischen Linken

Einmal Verstaatlichung und zurück: Die 125-jährige Geschichte der aktuellen Regierungspartei des Vereinigten Königreiches ist reich an Windungen

VON CLAUDIA HANSEN

An den nass-kalten Februartagen des Jahres 1900 versammelte sich in der Congregational Memorial Hall in der Londoner Farringdon Road, wo einst das berüchtigte Fleet-Gefängnis gestanden hatte, eine Gruppe von Gewerkschaftern, Sozialisten und anderen linken politischen Aktivisten. Ihr Ziel war es, ihre Kräfte zu bündeln und eine neue Partei aus der Taufe zu heben. Massiv gefördert wurde dies vom Gewerkschaftsbund Trade Union Congress (TUC). Am 27. Februar 1900 gründeten sie das Labour Representation Committee, das ein paar Jahre später in Labour Party umbenannt wurde. Angeführt wurde die Partei von Keir Hardie, erster Parteisekretär wurde Ramsay MacDonald.

So begann die Geschichte der neben den Konservativen einflussreichsten Partei des Vereinigten Königreichs, die zeitweilig auf ganz Europa ausstrahlte. Die Labour Party betrat die politische Bühne später als die deutschen Sozialdemokraten, wurde aber ebenso wirkmächtig. Obwohl ihre bis heute sieben Premierminister im 20. und 21. Jahrhundert Großbritannien weit weniger Jahre als die Tory-Premiers regierten, hat die Partei das Land tief geprägt – stets hin- und hergerissen zwischen sozialistischen und gemäßigt-sozialdemokratischen Flügeln.

In den Anfangsjahren stand Labour im Schatten der Liberal Party, der sozialreformerischen Kraft der Zeit. Doch seit dem Ersten Weltkrieg baute sie rasch eine Massenbasis auf und konnte dank ausgeweitetem Wahlrecht mehr und mehr Parlamentssitze erringen. 1918 nahm Labour die „Clause IV“ in ihr Grundsatzprogramm auf. Diese Klausel unterstrich die Forderung nach breiter Verstaatlichung der Produktionsmittel, sprich der wirtschaftlichen Basis des Landes. Auch wenn das Wort „Sozialismus“ vermieden wurde, war es effektiv ein sozialistisches Programm.

Als erster Labour-Premierminister kam der Schotte MacDonald 1924 mit einer von den Liberalen unterstützten Minderheitsregierung in die Downing Street No. 10. Innenpolitisch startete er ein staatliches Häuserbauprogramm. Sehr umstritten war seine außenpolitische Entscheidung, die Sowjetunion anzuerkennen. Schon nach zehn Monaten stürzte die Regierung. 1929 kehrte MacDonald zurück an die Macht. In der Weltwirtschaftskrise 1931 ging er eine Koalition mit den Konservativen ein und wurde deshalb aus seiner Partei ausgeschlossen. Während des Zweiten Weltkriegs war Labour Juniorpartner in Churchills Koalitionsregierungen.

Atlee und der Nachkriegskonsens

Der große Moment, das Land in ihrem Sinne umzugestalten, kam direkt nach dem Ende des Weltkriegs. Labours Anführer Clement Attlee besiegte Winston Churchill in einem Erdrutschsieg im Juli 1945 und begann mit der Verwirklichung des sozialistischen Wahlprogramms: Ein Großteil der Schwerindustrie, vom Kohlebergbau bis zu den Stahlwerken, die Eisenbahnen, der Straßenfernverkehr, die Strom- und Gaswerke sowie die Bank of England wurden verstaatlicht. Die Gewerkschaften bekamen sehr viel mehr Macht, der Staat begann stärker als je zuvor die Wirtschaft zu steuern. 1948 gründete der Labour-Politiker Aneurin Bevan (siehe *PAZ* vom 11. November 2022) den staatlichen, steuerfinanzierten Gesundheitsdienst National Health Service (NHS). Labours Ziel war die Schaffung eines Wohlfahrtsstaats, der die Bürger „von der Wiege bis zur Bahre“ versorgen sollte. Damit legte Labour das Fundament eines Nachkriegskonsenses. Bei Churchills Rückkehr an die Regierung 1951 wagten die Tories keine grundsätzliche wirtschaftspolitische Wende.

Fast drei Jahrzehnte hielt der Nachkriegskonsens, die Betonung von Wohlfahrtsstaat, Gewerkschaftsmacht, keynesianischer schuldenfinanzierter Finanzpolitik – das war der Triumph der Labour-Zeit, die aber in einer Tragödie endete. In den sechziger Jahren konnte Labour-Premier Harold Wilson eine Zeit des Wohlstands verwalten, jedoch kam in den späten siebziger Jahren, als James Callaghan übernahm, das keynesianisch-wohlfahrtsstaatliche Modell immer mehr in Bedrängnis: Die britische Industrie, mit den sehr starken Gewerkschaften im Nacken, verlor an Wettbewerbsfähigkeit, das Wachstum wurde immer schwächer, hohe staatliche Defizite und steigende Inflation beunruhigten die Bürger. Schließlich brachten radikale Gewerkschaften im Winter 1978/79 das Land mit einer Streikwelle zum Stillstand.

Das war der Krisenpunkt, in dem die radikale konservative Reformerin Margaret Thatcher mit ihrem Erdrutschsieg in der Parlamentswahl Labour zerschmetterte. Thatcher brach den sozialistisch-wohlfahrtsstaatlichen Konsens, drängte die Gewerkschaftsmacht zurück und setzte auf Privatisierung und Deregulierung. 18 Jahre musste Labour nun auf den Oppositionsbänken ausharren, wobei innerparteiliche Konflikte zwischen radikalen Linken und gemäßigten Linken tobten. Letztlich siegten die Modernisierer um Tony Blair. 1997 brachte er Labour mit der größten parlamentarischen Mehrheit der Geschichte zurück an die Macht.

Tony Blair und New Labour

Blair war beeinflusst von der Idee eines „Dritten Weges“ des Soziologen Anthony Giddens, tatsächlich hat er einen Großteil des marktwirtschaftlichen Kurses der „Eisernen Lady“ fortgeführt. Auf die Frage, was ihre größte Leistung gewesen sei, antwortete die Ex-Premierministerin ganz trocken: Blair und New Labour. Die Labour Party verabschiedete sich von der „Clause IV“, der Forderung nach Verstaatlichungen. Blair verfolgte eine linksliberale Modernisierungsagenda. Sein Bild als Premier wird allerdings auf immer durch die höchst zweifelhafte Entscheidung 2003 zur Teilnahme am Irakkrieg überschattet bleiben. Linke Gruppen organisierten Massendemos gegen ihn.

Seit Tony Blair und Gordon Brown, der nach dem Finanzcrash ein Krisenpremier wurde, war die Partei eine andere. Zwar gab es sozialistische Rückfälle unter dem erfolglosen linksradikalen Parteiführer Jeremy Corbyn, der gegen Brexit-Premier Boris Johnson verlor. Doch der heutige Labour-Premier Keir Starmer rückte die Partei wieder in die linke Mitte.

Labour ist heute, 125 Jahre nach der Gründung, in Europa eine der wenigen verbliebenen Regierungsparteien der linken Mitte. Besonders gut läuft es indes nicht. Das versprochene Wirtschaftswachstum will nicht kommen, die Probleme des ineffizienten Gesundheitsdienstes NHS kriegt die Starmer-Regierung nicht in den Griff. Viele Briten sind unzufrieden. Nach aktuellen Umfragen ist Labour mit weniger als 25 Prozent Zustimmung hinter die rechtspopulistische Reform UK, die ehemalige Brexit Party, zurückgefallen. Man kann die Nervosität in der Partei mit Händen greifen. Wie die Konservativen, die bei der Parlamentswahl 2024 auf das schlechteste Ergebnis ihrer 190-jährigen Geschichte fielen, bezeugen können, garantiert eine große Vergangenheit nicht unbedingt eine große Zukunft.

Labours verstorbene Nachkriegspremiers

FOTO: WIKIMEDIA

Clement Attlee führte Labour von 1935 bis 1955 und war von 1945 bis 1951 Premier. Er starb 1967 mit 84 Jahren im Westminster Hospital in London.

FOTO: WIKIMEDIA

Harold Wilson führte Labour von 1963 bis 1976 und war von 1964 bis 1970 und von 1974 bis 1976 Premier. Er starb 1995 mit 79 Jahren in London an Darmkrebs.

FOTO: WIKIMEDIA

James Callaghan führte Labour von 1976 bis 1980 und war von 1976 bis 1980 Premier. Wilsons Nachfolger in Partei und Regierung starb 2005 mit 92 Jahren.

KLAVIERE UND FLÜGEL

Gründer des europäischen Marktführers

Mit jährlich rund 3700 verkauften Instrumenten ist die C. Bechstein Pianoforte GmbH Europas größter Klavier- und Flügelhersteller. Gegründet wurde das deutsche Unternehmen von dem vor 125 Jahren verstorbenen Klavierbauer Carl Bechstein.

Der am 1. Juni 1826 in Gotha geborene Mitteldeutsche war der Stiefsohn eines Lehrers, Kantors und Pflanzenzüchters sowie der Schwager eines Klavierbauers. Seit dem 15. Lebensjahr lernte er selbst in Erfurt bei Johann Gleitz den Klavierbau. Der Ausbildung folgten diverse Tätigkeiten in diesem Handwerk, darunter auch in den Hauptstädten Sachsens und Preußens. Beim Berliner Klavierbauer Gottfried Perau stieg er bis zum Werkstattleiter auf. Es folgten Auslandsaufenthalte in London und Paris. Dort erlernte er bei dem erfolgreichen elsässischen Unternehmer Jean Georges Kriegelstein das Kaufmännische. So gewappnet ging er 1852 zu Perau zurück – nun aber als Geschäftsführer.

Im ersten Stock eines Gebäudes, das Perau als Magazin diente, gründete Bechstein 1853 eine eigene Werkstatt. Der Ein-Mann-Betrieb baute innerhalb eines Dreivierteljahres seine zwei ersten eigenen Instrumente. In der ersten sechs Jahren lieferte Bechstein 176 Klaviere und Flügel aus. Der Durchbruch gelang ihm, als 1857 in einem öffentlichen Konzert der aufstrebende aus Dresden stammende Pianist Hans von Bülow die Klaviersonate h-Moll von Franz Liszt auf einem Bechstein-Flügel spielte. Die Nachfrage stieg, und bis zum Ende des Jahres 1860 hatte Bechstein 300 Flügel gebaut.

Befördert wurde der Verkauf durch Bechsteins einnehmendes Wesen. Mit vielen bedeutenden Pianisten seiner Zeit stand er in Verbindung, und sie

Carl Bechstein *Foto: Wikimedia*

schätzten seine Arbeit. Außer Bülow und Liszt spielten auch Karl Klindworth, Carl Tausig und Richard Wagner auf Instrumenten aus seiner Werkstatt. Letzterer erhielt seinen Bechstein-Kompositionsflügel von seinem Gönner König Ludwig II. von Bayern geschenkt.

Ab 1870 erhöhte sich die Jahresproduktion auf rund 500 Exemplare. Im Jahr 1882 und 1897 wurden in Berlin zwei weitere Produktionsstätten eröffnet. In London gab es seit 1885 eine Dependance. Der auch in anderer Weise schon zu Lebzeiten, aber auch heute noch vielfältig geehrte Träger der Goldmedaille der Berliner Gewerbeausstellung von 1896 starb am 6. März 1900 in Berlin. *Manuel Ruoff*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Unsichere Zahlen: ARD-Wahlexperte Jörg Schönenborn bei einer Wahlanalyse 2022 *Bild: picture alliance/Geisler-Fotopress/Robert Schmiegelt/Geisler-Fotopr*

DEMOSKOPIE I

Wie Wahlumfragen das Verhalten der Wähler beeinflussen können

Gerade kurz vor wichtigen Urnengängen blickt die Öffentlichkeit gebannt auf die Zahlen der Demoskopen. Doch die Daten haben politische Wirkungen, die mancher Wissenschaftler äußerst kritisch sieht

Wahlumfragen können Wahlen beeinflussen – und zwar in ganz erheblichem Maße. Sozialwissenschaftler schätzen, dass etwa jede vierte Wahlentscheidung mit Blick auf die Umfrageergebnisse getroffen wird. Eine typische Folge von publizierten Umfragen ist dabei das taktische Wählen. Wenn die Meinungsforscher vermelden, eine Partei bleibe wohl unter der Fünf-Prozent-Hürde, macht so mancher Wähler sein Kreuz sicherheitshalber bei der Konkurrenz. Andere wiederum stimmen für den potentiellen Koalitionspartner ihrer Wunschpartei, damit auch der ins Parlament einziehen kann.

Darüber hinaus gibt es noch weitere Effekte: Wähler, die eher zum Mitläufertum neigen, wollen unbedingt auf der Seite der mutmaßlichen Gewinnerpartei stehen und handeln dann in der Kabine dementsprechend. Nonkonformisten votieren dahingegen oft für eine Partei, die von der Masse unterschätzt oder geschmäht wird.

Bekannt ist zudem, dass von den Meinungsforschungsinstituten prophezeite Kopf-an-Kopf-Rennen die Wahlbeteiligung erhöhen – der Fachausdruck hierfür lautet Mobilisierungseffekt. Andererseits bewirken Nachrichten über einen bereits feststehenden Wahlausgang bei den Anhängern des mutmaßlichen Verlierers das Gegenteil, dann spricht man vom Defätismuseffekt. Bleiben indes die Wähler des prognostizierten Gewinners zu Hause, weil sie die Wahl für entschieden halten, ist das die Folge des Lethargieeffekts. Und zu guter Letzt beeinflussen Wahlumfragen auch diejenigen, welche gewählt werden wollen. Nicht selten resultieren daraus sogar deutliche programmatische Veränderungen.

„Schnell und dreckig“

Aufgrund ihrer erheblichen politischen Relevanz sollten Wahlumfragen möglichst professionell und objektiv durchgeführt werden. Aber dies ist vielfach nicht der Fall, was auch und gerade für die Bundesrepublik gilt. Oft sind die Befragten nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung, vor allem bei den immer beliebter werdenden Online-Umfragen. Ältere Menschen ohne Internetzugang bleiben komplett ausgeschlossen, und etliche weitere potentielle Wähler haben kein Interesse an einer Teilnahme, wenn sie sich bei ihren Internet-Aktivitäten durch die plötzlich auftauchenden Fragen der Meinungsforscher gestört fühlen. Außerdem können Online-Erhebungen leicht manipuliert werden – beispielsweise durch die organisierte massenhafte Stimmabgabe von Mitgliedern gesellschaftlicher Randgruppen.

Dennoch stürzen sich die Medien auch auf Umfrageergebnisse, die unter methodisch so bedenklichen Umständen zustande kommen, dass Kritiker wie der Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft an der Universität Hohenheim, Frank Brettschneider, abschätzig von „Schnell-und-dreckig-Umfragen“ sprechen.

Eine weitere Fehlerquelle sind suggestive und nicht neutral formulierte Fragen. Diese resultieren entweder aus der Inkompetenz der Meinungsforscher oder aus dem Umstand, dass ihre Institute bewusst oder unbewusst selbst Politik machen wollen, weil sie bestimmten Parteien oder Ideologien nahestehen. Detaillierte Untersuchungen zu diesem brisanten Thema führten die beiden Mathematiker und Wirtschaftswissenschaftler Walter Mohr und Frank Püschel von der Universität Flensburg sowie der Datenexperte David Kriesel vom US-Konzern Procter & Gamble durch.

Dabei erbrachte der Vergleich der Parteimittelwerte der jeweiligen Institute mit dem Gesamtmittelwert aller Prognosen folgende Ergebnisse: Das Institut für Demoskopie Allensbach, welches vorrangig den Christdemokraten verbunden ist, tendiert traditionell zu überdurchschnittlich guten Umfragewerten für die CDU/CSU und neuerdings auch für die SPD und das BSW. Dahingegen kommt die AfD in den Prognosen des „Orakels vom Bodensee“ regelmäßig schlecht weg.

Unterschiede machen stutzig

Anders verhält es sich bei INSA-Consulere, einem Unternehmen, dem Sympathien für die AfD nachgesagt werden. Nach Recherchen verschiedener Medien soll der INSA-Gründer und -Geschäftsführer Hermann Binkert der AfD Geld gespendet und als Berater gedient haben. Das erklärt dann möglicherweise die vergleichsweise hohen Zustimmungswerte für diese Partei in den INSA-Umfragen und das auffallend schwache Abschneiden der Grünen parallel hierzu. Außerdem wäre da noch das neue Institut Wahlkreisprognose unter der Leitung der beiden SPD-Mitglieder Valentin Blumert und Lukas Hornung. Das Institut ermittelt – ebenfalls wenig überraschend – regelmäßig gute Zahlen für die Sozialdemokraten, aber unerfreuliche für die Union.

Ins Auge stechende Tendenzen zeigen jedoch auch die Wahlumfragen der anscheinend unparteiischen Häuser: Infratest präsentiert oft niedrige Werte für die drei linken Parteien und die FDP, während die CDU/CSU positiv hervorsticht. Bei Forsa wiederum kommt vor allem die AfD schlechter weg. Und die Forschungsgruppe Wahlen neigt zu einer markanten Überbewertung der Grünen und zu negativen Prognosen für die FDP und das BSW.

Für die AfD relativ erfreuliche Zahlen legen hingegen auch Prognos und YouGov vor, wobei das letztere Unternehmen die Linke ebenfalls regelmäßig überschätzt. Keine nennenswerten Auffälligkeiten zugunsten oder zulasten bestimmter Parteien gibt es letztlich nur bei der Berliner Civey GmbH, obwohl diese stark unter Kritik steht, weil sie ausschließlich auf Online-Umfragen setzt.

Unabhängig von der jeweiligen Ausrichtung der Meinungsforschungsinstitute werden deutsche Wahlumfragen neuerdings aber auch noch durch weitere gesellschaftliche Trends beeinflusst. Infolge der wachsenden Vielfältigkeit des Parteienspektrums steigt die Zahl der Wechselwähler und die Quote derjenigen, die sich erst im letzten Moment entscheiden. Dazu kommt, dass offenbar immer mehr Umfrageteilnehmer lügen beziehungsweise nur Antworten geben, die sie für sozial erwünscht halten. Schuld hieran ist das öffentliche Klima, in dem die Anhänger bestimmter Parteien ihre Präferenzen lieber verschweigen. Aus all diesen Gründen fordern manche Sozialwissenschaftler und Politikexperten ein Verbot von Wahlumfragen, weil der dadurch verursachte Schaden inzwischen größer als der Nutzen sei.

DEMOSKOPIE II

Sollten die Erhebungen besser verboten werden?

Das Problem ist die bewusste oder unbewusste Manipulation des Wählerwillens – Doch ein Verbot wäre leicht zu umgehen

Weil Wahlumfragen methodisch problematisch und manipulationsanfällig sind, lagen sie auch schon oft drastisch daneben. Ein typisches Beispiel hierfür ist das größte Desaster in der Geschichte der bundesdeutschen Wahlforschung, nämlich die Prognosen für die Wahl zur DDR-Volkskammer im März 1990. Hier wurde die SPD unisono als der große Gewinner gehandelt und kam bloß auf knapp 22 Prozent. Die vielen Fehlleistungen der Meinungsforschungsinstitute bei Wahlumfragen führten bereits mehrfach zur Forderung nach einem Verbot der Erhebungen.

Dabei werden meist Argumente vorgebracht, wie sie auch der renommierte Statistik-Professor Gerd Bosbach geäußert hat. Umfragen vor Wahlen „stillen nur die Neugier und nützen finanziell den Meinungsforschungsinstituten“. Außerdem seien sie der Grund für das weitverbreitete taktische Wählen, welches der Demokratie schade, da der Wähler hier seine Überzeugungen verrate. Ebenso kritisierte Bosbach den „Fetisch der scheinbar objektiven ... Zahlen“, der nicht halte, was er verspreche.

Demgegenüber votieren andere Experten wie der Hohenheimer Kommunikationswissenschaftler Frank Brettschneider und das Vorstandsmitglied der Forschungsgruppe Wahlen, Matthias Jung, gegen ein Verbot. So könne man davon ausgehen, dass die Mehrheit der Wähler sich letztlich doch nicht von Umfragen beeinflussen lasse. Zudem wäre das Verbot ein Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit. Auch zeige das Beispiel Frankreich, wo Umfragen ab 48 Stunden vor der Wahl untersagt seien, wie leicht sich das Ganze umgehen lasse: Die Ergebnisse würden einfach in Belgien veröffentlicht und anschließend von den Medien in Frankreich zitiert.

Und schließlich müsste man dann konsequenterweise auch alle wahlbezogenen Wortmeldungen in den sozialen Medien untersagen, weil diese ebenfalls statistisch auswertbare Stimmungsbilder lieferten. Das stelle ein Ding der Unmöglichkeit dar.

Aussagekraft wird übertrieben

Brettschneider vertrat aber auch den Standpunkt, dass wenn man den Bürgern vor der Wahl Informationen über das mutmaßliche Abstimmungsverhalten ihrer Landsleute liefere, diese „zutreffend und hochwertig“ sein sollten: „Statt einer Verbotsdiskussion brauchen wir eine Qualitätsdiskussion.“ Darüber hinaus müssten die mit hinreichender fachlicher Expertise gewonnenen Daten auch professionell präsentiert werden.

Doch genau daran mangelt es hierzulande, wofür in erster Linie die Medien verantwortlich sind. So haben etliche Journalisten keine Ahnung von statistischen Phänomenen. Wenn beispielsweise aus einer Stichprobe von rund eintausend Personen 16 Prozent angeben, die Grünen wählen zu wollen, und 17 Prozent für die SPD votieren, dann posaunen die Medien meist heraus, dass die Sozialdemokraten vorn lägen. Dabei beträgt die maximale Fehlertoleranz hier plus/minus 2,5 Prozentpunkte, womit letztlich ebenso 18,5 Prozent für die Grünen und 14,5 Prozent für die SPD möglich wären. Das sollte man wissen und auch dem Wähler vermitteln. *W.K.*

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung | Gegründet 1950 | Nr. 8 · 21. Februar 2025

ALLENSTEIN

„Marsch der Erinnerung“

Allensteiner Studenten setzen sich für das Gedenken an die ermordeten Patienten von Kortau ein

VON UWE HAHNKAMP

Ein Thema, dessen in diesem Jahr gedacht wird, ist das Endes des Zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren. Für Ostpreußen sind das die Tage um den 20. Januar, an denen die Rote Armee einmarschierte Es sind auch die Tage der Evakuierung, der Flucht und der Gräueltaten. Für die Opfer der nationalsozialistischen Konzentrationslager die Tage der Befreiung der Lager, an die am 27. Januar erinnert wurde. Am 26. Januar fand auf dem Campus der Ermländisch-Masurischen Universität (UWM) in Allenstein ein Marsch der Erinnerung statt, der beide Themen für das frühere Landeskrankenhaus Kortau verknüpfte.

Die Initiatoren des friedlichen Marsches von der Gruppe „Gedenken für Kortau“ sind seit einigen Jahren aktiv, um die Leitung und die Studenten der UWM auf die Geschichte des Ortes aufmerksam zu machen, an dem sie sich befinden. Der Campus der UWM liegt nämlich zu einem großen Teil auf dem Gelände der früheren Provinzial-Heil- und Pflege-Anstalt Kortau, wie die offizielle Bezeichnung lautete. Diese Anstalt, in der Alltagssprache das psychiatrische Krankenhaus, war früher selbstständig und lag vor den Toren Allensteins, das heutige Kortowo gehört zum Stadtgebiet.

Beim diesjährigen „Marsch der Erinnerung“: Teilnehmer tragen die Fahne des Roten Kreuzes voran *Bild: U.H.*

Aktion T-4, Flucht und Massaker

Nicht wenige Studenten absolvieren die UWM, ohne etwas darüber erfahren zu haben. Dem wirkt die Gruppe „Gedenken für Kortau“ entgegen. Die mit der Kulturgemeinschaft „Borussia“ in Allenstein gemeinsam organisierte Veranstaltung am 26. Januar reiht sich ein in ihre Bemühungen zur Aufklärung. Bereits zu Anfang der Veranstaltung vor dem Beginn des Marsches wurde daran erinnert, wem das Gedenken gelten sollte. „Wir erinnern an die Toten der Aktion T-4, die Opfer der unkoordinierten Flucht beim Einmarsch der Roten Armee und des Massakers der Sowjetsoldaten an den letzten Insassen und dem Personal bei der Liquidierung des Krankenhauses“, fasste Michał Woźnica von der Gruppe „Gedenken für Kortau“ für die Organisatoren zusammen.

„Aktion T-4“ bezeichnet die systematische Ermordung von Menschen mit körperlicher, geistiger und seelischer Behinderung durch die Nationalsozialisten in den Jahren 1939 bis 1941. Ab Oktober 1939 waren psychiatrische Krankenhäuser angewiesen, Angaben zu Patienten auf Meldebögen an die Zentrale der Aktion in der Tiergartenstraße 4 in Berlin (daher T-4) zu melden. Die Leitung der Kortauer Anstalt beteiligte sich daran, es wurden Patienten ins Lager in Soldau abtransportiert, wo sie getötet wurden.

Verlesen der Namen der Opfer und Appell für das Gedenken

Ob es Tötungen auch in Kortau selbst gab, ist laut Historikern noch nicht abschließend geklärt. „Bei manchen Patienten ist als Todesursache ‚Herzschlag‘ angegeben, das ist ein wenig verdächtig“, fasst Woźnica seine Zweifel in Worte. Diese sind angebracht, da manche Einträge nachträglich gemacht zu sein scheinen. Wichtiger ist ihm jedoch vor allem eine namentliche Erinnerung: „In der Sammlung R179 im Staatsarchiv in Berlin haben wir die Namen von 559 Opfern verschiedener Nationalität und Bekenntnisse gefunden.“ Wichtig war den Organisatoren daher am 26. Januar auch ein Nationen und Konfessionen übergreifendes Gedenken, in Stille, ohne Transparente, ohne Fahnen, nur unter dem Zeichen des Roten Kreuzes, das die Sowjetsoldaten im Januar 1945 bei ihrer Attacke auf das Kortauer Krankenhaus missachtet haben, bei dem mehrere Hundert Personen massakriert wurden.

Die Namen der Opfer von Emma Albrecht bis Paul Zweifer wurden auf dem gemeinsamen Marsch laut verlesen. Am 1997 entstandenen Lapidarium aus Grabsteinen des Friedhofs von Kortau wurde in einer ökumenischen Andacht aller Opfer gedacht. Der Fußmarsch, vorbei an der Tafel für die Opfer des Massakers am 21. Januar, endete an der bis heute erhaltenen Villa des Direktors des Krankenhauses Kortau, der an der Aktion T-4 beteiligt und am Ende des Krieges selber Opfer war. Dort verlasen die Organisatoren ihr Manifest, ihren Appell an die Leitung der UWM zur namentlichen Erinnerung der erwähnten Toten und zu einer Mitwirkung der Universität an der Beschäftigung mit der Geschichte ihres Standorts. Erstaunlich, dass zwar einige Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung den Weg nach Kortau gefunden haben, nicht aber ein Repräsentant der Universität.

CRANZ

Ausstellung für Luise

Bücher und eine Tafel aus Ellingen in der Bibliothek

Seit Jahren organisieren Mitarbeiter der Abteilung für Lokalgeschichte der Stadtbibliothek Cranz [Selenogradsk], deren Leiterin Natalja Schumilowa ist, Ausstellungen und Theaterfeste, die Königin Luise gewidmet sind. Die Aufführungen beginnen in der Regel im Stadtzentrum, auf dem Königin-Luise-Platz in der Nähe des Bibliotheksgebäudes, an dessen Fassade sich ein Basrelief der Königin befindet.

Für die nächste Ausstellung, die am Vorabend von Königin Luises Geburtstag am 10. März eröffnet wird, erhielt die Bibliothek ein schönes Geschenk: 150 Exemplare der zweisprachigen Broschüre „Zwischen Zar und Imperator“ sowie eine Tafel mit dem Titel „Deutsch-russische dynastische Verbindungen“. Die Broschüre hat das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen herausgegeben, das auch die Tafel für die Einwohner von Cranz erstellt hat.

Die Benefizveranstaltung wurde von Horst Dietrich vom Verein „Freunde von Cranz/Selenogradsk e.V.“ organisiert und von Evgeny Dvoretski, einem in Hamburg lebenden Journalisten, der viele Jahre für die Cranzer Zeitung „Volna“ gearbeitet und auch *PAZ*-Lesern bekannt ist, aus der Bundesrepublik nach Cranz gebracht. Im Foyer der Bibliothek bleiben die Besucher vor den Königin Luise gewidmeten Vitrinen stehen. Es gibt Bücher in drei Sprachen, auch auf Litauisch, Ausstellungsstücke, die Luise darstellen – Büsten, Souvenirs, ein Porträt auf einem Stein, Gemälde sowie Geschirr aus Ostpreußen. Ein besonders auffälliges Stück ist ein einzelner schwarzer Dachziegel, der sich einst auf dem Dach der Königin-Luise-Gedächtnis-Kirche Hufen in Königsberg befand. In der restaurierten Kirche ist heute das Königsberger Puppentheater untergebracht.

Touristen und Gäste der Bibliothek erhalten eine Führung, bei der ein dreisprachiger Film über die Königin gezeigt wird. Eine Kopie des Films, der auch für Gäste aus der Bundesrepublik interessant und verständlich ist, wurde dem Tilsiter Friedensmuseum in Tilsit [Sowjetsk] geschenkt. *Grigorij Ruzewizki*

BILD: E.D.

Natalja Schumilowa und Evgeny Dvoretski halten die Tafel für die Bibliothek

ALLENSTEIN

Eine Grippewelle auf dem Vormarsch

Besorgniserregende Zunahme bei Kindern – Experten raten zur Vorsicht

In den letzten Wochen hat die Republik Polen mit einem starken Anstieg an Grippefällen zu kämpfen, was medizinische Einrichtungen dazu veranlasst hat, Besuchsbeschränkungen für Patienten einzuführen. Diese Situation betrifft vor allem Kinderkrankenhäuser, in denen die Zahl der kleinen Patienten mit schweren Grippesymptomen deutlich gestiegen ist. In einigen Einrichtungen, wie dem Universitäts-Kinderkrankenhaus in Lublin und dem Woiwodschaftskinderkrankenhaus in Allenstein darf bei einem kranken Kind jetzt nur ein gesunder Erziehungsberechtigter anwesend sein.

In Allenstein ist die Situation besonders besorgniserregend. Im dem bereits erwähnten Kinderkrankenhaus ist die Zahl der Grippepatienten so hoch, dass zusätzliche Betten auf den Stationen bereitgestellt werden mussten. Eingewiesen werden sowohl Kinder mit hohem Fieber, das mehrere Tage anhält und mit den verfügbaren Medikamenten nicht gesenkt werden kann, als auch solche mit einer Lungenentzündung.

Auch andere Gesundheitseinrichtungen in der Stadt ergreifen Maßnahmen zum Schutz der Patienten. Die Allensteiner Poliklinik schränkte zum Beispiel grundsätzlich die Besuche ein, und auf der Abteilung für Innere Medizin, Gastroenterologie und Onkologische Kardiologie wurde ein vollständiges Besuchsverbot eingeführt. Diese Entscheidungen zielen darauf ab, das Infektionsrisiko unter den Patienten zu minimieren.

Im städtischen Woiwodschaftskrankenhaus wurden Infektionsherde auf verschiedenen Abteilungen festgestellt. Obwohl dort kein Besuchsverbot eingeführt wurde, appelliert das medizinische Personal an die Besucher, Vorsicht walten zu lassen. Die Statistiken bestätigen die Schwere der Situation. Im Januar diagnostizierten Ärzte im ganzen Land wöchentlich etwa 50.000 Grippefälle, was einen fünffachen Anstieg im Vergleich zum November darstellt. Der dominierende Erreger ist das Influenza-A-Virus, hauptsächlich der Subtyp H1N1.

Grippewelle: Dem Woiwodschaftskrankenhaus droht der Kollaps *Bild: D.K.*

Ärzte weisen auf den ungewöhnlichen Verlauf der Krankheit in dieser Saison hin. Es werden Fälle mit neurologischen Symptomen beobachtet, wie Krampfanfälle, Lähmungen des Gesichtsnervs oder Bewusstseinsverlust, selbst ohne die klassischen Grippesymptome. Der Hauptsanitätsinspektor, Paweł Grzesiowski, appelliert an Eltern, besonders vorsichtig zu sein und bei Auftreten solcher untypischen Beschwerden bei Kindern sofort einen Arzt aufzusuchen.

Angesichts der steigenden Zahl der Erkrankungen raten Experten dazu, regelmäßig die Hände zu waschen, den Kontakt mit Kranken zu vermeiden und zu jährlichen Grippeschutzimpfungen, um die Verbreitung des Virus zu verhindern. Impfungen werden besonders für Risikogruppen empfohlen, darunter Kinder, Senioren und Menschen mit chronischen Erkrankungen. Nach dem Anstieg des Interesses an Grippeschutzimpfungen während der Corona-Pandemie wurde in den folgenden Jahren ein Rückgang der Zahl der geimpften Personen verzeichnet, die sich wieder auf dem Niveau vor der Pandemie bewegt, das bei 4,5 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes liegt.

Epidemiologen warnen, dass der Höhepunkt der Grippewelle noch bevorstehe und appellieren an alle, die Hygieneregeln wie das Tragen von Masken einzuhalten. *Dawid Kazański*

Wir gratulieren …

ZUM 101. GEBURTSTAG

Kowalski, **Martha**, geb. **Bury**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Lubitzki, **Horst**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 25. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Idel, **Renate**, geb. **Deirowski**, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 23. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Ciesla, **Heinrich**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 24. Februar
Mihatsch, **Ingrid**, geb. **Wiesner**, aus Ortelsburg, am 22. Februar
Termer, **Anni**, geb. **Prowda**, aus Kretzschau, Kreis Fischhausen, am 26. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Heibutzki, **Walter**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 22. Februar
Kannenberg, **Burkhard**, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 24. Februar
Kreiner, **Elfriede**, geb. **Trosien**, aus Drenken, Kreis Mohrungen, am 21. Februar
Putzar, **Doreliese**, geb. **Fugh**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 22. Februar
Rompel, **Horst**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 24. Februar
Sadlowski, **Franziska**, geb. **Pickert**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 21. Februar
Tima, Ruth, geb. Maser, aus Lyck, General-Busse-Straße 22, am 27. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Behme, **Elfriede**, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar
Derlath, **Helmut**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 24. Februar
Ehlert, **Günther**, aus Wilkendorf, Kreis Rastenburg, am 21. Februar
Eichhorn, **Siegfried**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 24. Februar
Koch, **Elisabeth**, geb. **Karpinski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 27. Februar
Koch, **Ewald**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 24. Februar
Lockowandt, **Reinhold**, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 23. Februar
Noster, **Traute**, geb. **Luzius**, aus Dosnitten, Kreis Mohrungen, am 21. Februar
Sellmann, **Frida**, geb. **Böttcher**, aus Gillgehnen, Kreis Mohrungen, am 24. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Endert, **Ingfriede**, geb. **Philippzik**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 65, am 23. Februar
Fuchs, **Herta**, geb. **Kuhrau**, aus Trenk, Kreis Fischhausen, am 21. Februar
Heinrich, **Lotte**, geb. **Kabisch**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 21. Februar
Jensen, **Helga**, geb. **Maslo**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 26. Februar
Lettau, **Artur**, aus Mohrungen, am 25. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Krüger, **Irene**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 21. Februar
Reichelt, **Brigitte**, aus Lyck, Memeler Weg 8, am 25. Februar
Schmieder, **Gertrud**, geb. **Steffens**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 25. Februar
Uzgidis, **Ruth**, geb. **Kupzyk**, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 26. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brodowsky, **Horst**, aus Treuburg, am 24. Februar
Hagemann, **Lisbeth**, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 26. Februar
Monecke, **Paul**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 23. Februar
Severin, **Inge**, geb. **Krause**, aus Lyck, Lycker Garten 41, am 25. Februar
Woyciniuk, **Günther**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 21. Februar

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dause, **Erika**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 21. Februar
Dieck, **Ernst**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 27. Februar
Gallasch, **Ruth**, geb. **Dorhs**, aus **Kleschen**, Kreis Treuburg, am 27. Februar
Gross, **Erika**, geb. **Bondzio**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 26. Februar
Kunze, **Hildegard**, geb. **Burkatzki**, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 22. Februar
Lipczynska, **Greta**, aus Robitten, Kreis Preußisch Eylau, am 22. Februar
Makoschey, **Herbert**, aus Lyck, am 22. Februar
Reiß, **Wally**, geb. **Scheffler**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 22. Februar
Sahr, **Anneliese**, geb. **Milewski**, aus Lyck, am 26. Februar
Schmidt, **Traute**, geb. **Krause**, aus Drenken, Kreis Mohrungen, am 25. Februar
Willutzki, **Christel**, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bonkowski, **Erwin**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Bubber, **Gerhard**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 21. Februar
Dahl, **Günther**, aus Lyck, am 23. Februar
Gawrosch, **Harald**, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 24. Februar
Gruber, **Helga**, geb. **Schmuhl**, aus Bardau, Kreis Fischhausen, am 21. Februar
Okun, **Fritz**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, und aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 23. Februar
Palmer, **Gerda**, geb. **Joswig**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 21. Februar
Rautenberg, **Hubertus**, aus Klein Medenau, Kreis Fischhausen, am 26. Februar
Ruoff, **Gundel**, geb. **Arlinck**, aus Lyck, am 25. Februar
Stöltzing, **Christian**, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 23. Februar
Zapka, **Erich**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bahlo, **Gisela**, geb. **Boelter**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 24. Februar
Bode, **Friedrich**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 26. Februar
Borchmann, **Karl-Heinz**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 24. Februar
Czub, **Heinz Dieter**, aus Lyck, am 21. Februar
Hahn, **Arnold**, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 25. Februar
Herrmann, **Anton**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar
Jessat-Speith, Ingelore, geb. **Speith**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 24. Februar
Kaun, **Martin**, aus Insterburg, am 23. Februar
Matray, **Karin**, geb. **Neumann**, aus Gortzen, Kreis Lyck, am 22. Februar
Muhl, **Irmgard**, geb. **Sawitzki**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 23. Februar
Stappenbeck, **Ursula**, geb. **Smoydzin**, aus Lyck, am 27. Februar

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

ZUM 80. GEBURTSTAG

Gellner, **Edith**, geb. **Bruderek**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 22. Februar
Krätzsch, **Gerda**, geb. **Schmidt**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 26. Februar
Westphal, **Ursula**, geb. **Lamowski**, aus Seeheim, Kreis Lyck, am 24. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Hauck, **Ingrid**, geb. **Kuntoff**, aus Rossitten, Kreis Fischhausen, am 21. Februar
Mahnkopf, **Hadmut**, geb. **Steinmaß**, aus Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 26. Februar
Pogorzelski, **Werner**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 26. Februar

PAZ wirkt!

ANZEIGE

PARTNER-REISEN
Grund-Touristik GmbH & Co. KG

19.05.–27.05.2025
Flug- und Schiffsreise nach Ostpreußen
Danzig – Masuren – Memelland
Reiseleitung: Dieter Wenskat

16.07.–23.07.2025
Sommerreise nach Ostpreußen
Danzig – Marienburg – Goldap – Thorn
Reise in Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Goldap

28.08.–02.09.2025
Reise in das Schlesische Elysium – Tal der Schlösser und Gärten
Ostpreußen fahren in den Süden Preußens!
Reiseleitung Hubert Geiger und Dirk Bloch (Blochplan Berlin)

Ausführliche Reiseprogramm anfordern bei Partner-Reisen!

Everner Str. 41, 31275 Lehrte, Tel. 05132/588940, Fax 05132/825585, E-Mail: Info@Partner-Reisen.com

Ostpreußisches Landesmuseum

OL.

Donnerstag, 27. Februar, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Malerische Winterlandschaften, Kinderclub mit Katja Eichhorn**.

Die kalten und schneereichen Winter in Ostpreußen werden die Kinder an diesem Nachmittag in der Sonderausstellung „‘Nichts blieb als nur weißer Schnee…‘ Winter in Ostpreußen“ in vielen Gemälden bewundern können. Dort erfahren sie, was die Menschen im Winter getan haben und wie vielfältig die Winterlandschaften Ostpreußens waren. Im Atelier können die Kinder dann die eigene ideale Winterlandschaft in der Aquarell- oder Gouache Technik kreativ umsetzen.

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von sechs bis zwölf Jahren statt.

Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-lg.de jederzeit möglich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und Brauereimuseum
Heiligengeiststraße 38
21335 Lüneburg

Heimfahrt von der Jagd im Winter: Dimitrij von Prokofieff malte dieses Bild in den 1930er Jahren *Bild: Ostpreußisches Landesmuseum*

Zusendungen für die Ausgabe 10/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 10/2025 (Erstverkaufstag 7. März) **bis spätestens Dienstag, den 25. Februar**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre **Unterstützung** in Anspruch zu nehmen.
Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

15. bis 16. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

25. bis 27. April: Kulturseminar Helmstedt

26. bis 27. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen,
Buchtstraße 4,
22087 Hamburg,
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de
Internet: www.ostpreussen.de/lo

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Pommern

Hof – Sonnabend, 8. März, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Pommern.

Ostpreußens Küche

Hof – Bereits zur Mittagszeit begrüßte Vorsitzender Christian Joachim im Februar die Mitglieder zur Monatsversammlung mit gemeinsamem Essen. Er freute sich über die voll besetzte Tafel. Nach den Glückwünschen an die Geburtstagskinder der vergangenen Wochen und dem Überreichen der Ehrenurkunden für langjährige Mitglieder servierte Wirtin Sabine Knoll die Königsberger Klopse. Mitglieder und Gäste genossen die heimatliche Speise und tauschten sich über die familieneigenen Rezepte aus, die zum Teil sehr unterschiedlich ausfielen. Anschließend berichtete Joachim von den Ursprüngen des Gerichtes, die sich bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgen lassen. Königsberg war ein wichtiger Handelsplatz und kulturelles Zentrum. Es wird vermutet, dass das Rezept für die Königsberger Klopse von Einwanderern aus Schweden beeinflusst wurde. Traditionell stellte man die Klopse mit Kalbsfleisch her. Die Fleischmasse, heute wird meist Rind- und Schweinefleisch genommen, wird mit eingeweichtem Brötchen, Zwiebel, Ei und Gewürzen vermengt. Eine Sauce aus weißer Mehlschwitze mit Kapern, Zitronensaft und Sahne verleiht dem Gericht seinen unverwechselbaren Geschmack. Oft wurden die Klopse zu besonderen Anlässen serviert. Sie galten als Zeichen der Gastfreundschaft und des Wohlstands. Mit der Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen nach dem Zweiten Weltkrieg verbreitete sich das Rezept in den westlichen Teilen Deutschlands. Nach diesem Exkurs in die Vergangenheit erinnerte Joachim an weitere ostpreußische Gerichte wie Beetenbortsch, Glumstorte, Mohnstrietzel, Gekröse, Spirgels, Klunkermus, Schmandschinken und -hering und leitet damit zu einem lebhaften Austausch über Lieblingsspeisen und Erinnerungen daran über. Am Ende des Nachmittags ließ zweite Vorsitzende die Anwesenden anhand verschiedener Zutatenlisten bekannte Gerichte aus der europäischen Küche erraten und lud zur nächsten Veranstaltung am 8. März zum Thema „Pommern“ ein. *Jutta Starosta*

BILD: JUTTA STAROSTA

Ein Zeichen der Gastfreundschaft: Königsberger Klopse, mit oder ohne Kapern, aus Kalbsfleisch oder gemischtem Hack, sind immer gut

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel,
Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Jahresempfang

Hamburg – Freitag, 21. Februar, 12 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Jahresempfang des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg. Das Haus der Heimat, unweit der Kirchengemeinde St. Michaelis (Michel) gelegen, ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln von den Haltestellen U3 - Baumwall; S1, S3 - Landungsbrücken; Buslinie 16, 17 - Michaeliskirche fußläufig in wenigen Minuten zu erreichen. Gäste sind herzlich willkommen.

Hessen

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Mein Garten

Kassel – Donnerstag, 6. März, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140, Kassel-Wolfsanger: „Mein Garten – Lebensraum vor der Haustür“, Bildvortrag von Thomas Fleck. Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel trifft sich jeden ersten Donnerstag, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140, Kassel-Wolfsanger.

Gerhard Landau

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Landestreffen

Anklam – Sonnabend, 10. Mai, 10 bis 17 Uhr, Volkshaus Anklam, Baustraße 48-49: Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern mit großem Wiedersehen aller Ostpreußen 2025.

Die Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus treffen sich im Volkshaus Anklam in der Stadtmitte. Dort werden 750 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert, denn im Mittelpunkt steht das große Wiedersehen, Suchen, Finden und Gefundenwerden. Eigene Tische gibt es auch für Westpreußen, Pommern, Schlesien und das Sudetenland. Die Themen sind Flucht und Vertreibung aus der Heimat und das Kriegsende vor 80 Jahren. Für die Besucher ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet mit vier Chören aus der Heimat und der Mecklenburg-Pommeraner Folkloregruppe Ribnitz-Damgarten. Das Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern aus Schwerin gibt ein festliches Benefiz-Konzert. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt. Hotelplätze vermittelt die Stadt-Information Anklam, Telefon (03971) 835154. Das Volkshaus ist vom Bahnhof Anklam zu Fuß gut erreichbar.

Manfred Schukat

BILD: ANGELIKA NEUMANN

100 Jahre: Die ehemalige Vorsitzende der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen in Oldenburg Margot Zindler feierte ihren Ehrentag

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer** und **Schatzmeister**: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg**: Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems**: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Kulturelle Leistungen

Oldenburg – Mittwoch, 12. März, 15 Uhr, Stadthotel: Vortrag „Die kulturelle Leistung ostdeutscher Frauen“. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen.

Bericht

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen begann das Jahr mit dem Film „Bilder aus Ostpommern, Stadt und Kreis Bütow“ aus dem Jahr 1928. Der Schwarz-Weiß-Film zeigt ein lebendiges Bild eines ländlich geprägten Landkreises im Osten Hinterpommerns, der durch die Grenze des Versailler Vertrages Grenzgebiet zu Polen geworden war. Für die Zuschauer war es eine Rückblende in die Vergangenheit.

Geburtstagskind

Oldenburg – Die ehemalige Vorsitzende (von 1974 bis 2004) Margot Zindler wurde vor Kurzem 100 Jahre alt und feierte diesen im Kreise ihrer Familie.

Sie wurde als Margot Grommek am 29. Januar 1925 in Mohrungen in Ostpreußen geboren. Nach ihrer Vertreibung fand sie 1946 in Oldenburg ihre zweite Heimat und lernte ihren Ehemann Rudolf beim

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-C

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Finanzamt Oldenburg kennen. 1948 heirateten sie und bekamen drei Töchter.

Margots Devise ist: „Ostpreußen bleibt unsere Heimat, aber nun sind wir hier zu Hause “.

In Oldenburg leitete sie später 30 Jahre die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen. Auch in Vereinen wie Bürgerverein und Donnerschweer Turnverein (DTV) war sie aktiv, jetzt Ehrenmitglied.

Reisen, auch mehrtägige Rad- und Wandertouren, das morgendliche Schwimmen und der Garten zählten zu ihren größten Hobbys und hielten sie fit.

Fast 50 Jahre wohnte Zindler mit ihrem Ehemann, der 2012 verstarb, im Bürgereschviertel. Neben drei Enkelkindern freut sie sich über drei Urenkel.

Heute lebt sie in einem Seniorenheim in Oldenburg.

Angelika Neumann

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

Lübeck –Sonntag, 27. April, 11 Uhr Einlass, 11.30 Uhr Beginn, Vereinsheim TSV Kücknitz von 1911 e.V., Taverne Kücknitzer Sportsbar, Tannenbergstraße 4, 23569 Lübeck: Regionaltreffen Nord. Die Veranstaltung findet in neuen Räumlichkeiten statt. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Bei Fragen: Heidi Mader, per E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder Telefon (0421) 67329026.

Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de **Geschäftsstelle:** Hans-Joachim Scheer, Wrister Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192)4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Dreikreise-Treffen

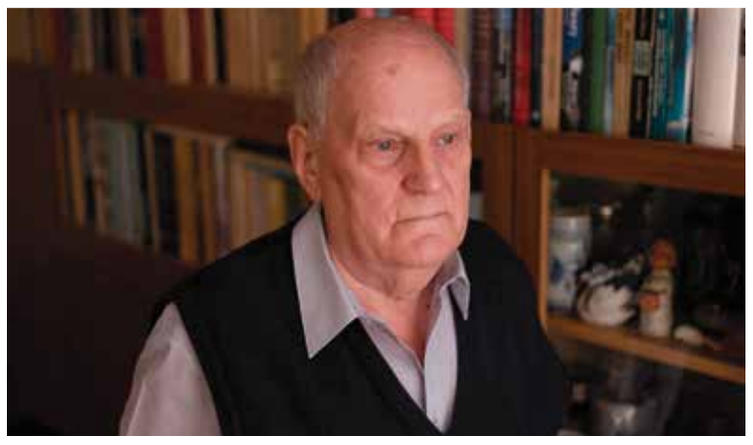
Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 Uhr (Einlass 8.30 Uhr) bis 16 Uhr, Kulturzentrum ‚mon ami‘, Goetheplatz 1: Dreikreise-Treffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung unter der Federführung der Stadtgemeinschaft Tilsit. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten.

Es ist ein abwechslungsreiches Programm vorgesehen bei einer Mittagspause von 11.30 bis 13 Uhr. Zum Mittagessen werden drei Gerichte angeboten, am Nachmittag Kaffee und Kuchen (kostenpflichtig). Parkmöglichkeit: Gegenüber dem ‚mon ami‘ befindet sich die Post, dahinter das Parkhaus „An der Hauptpost“, Gerhart-Hauptmann-Straße 3; Unterkunft: zum Beispiel Leonardo Hotel Weimar, Belvedererer Allee 25, Telefon (03643) 7220.

Alfred Czesla zum 80. Geburtstag

Am 23. Februar begeht Dr. Alfred Czesla seinen 80. Geburtstag. Der gebürtige Sensburger verlor gegen Kriegsende Eltern sowie Großmutter und wuchs in mehreren Waisenhäusern im südlichen Ostpreußen auf. Über eine nach Westdeutschland geflüchtete Tante konnte er Kontakt zu seinem in Krefeld lebenden Onkel Fritz aufnehmen und von ihm viele Informationen über seine Familie und ihre deutsch-masurischen und evangelischen Traditionen erhalten.

Nach seinem Studium der Soziologie und der Promotion an der Universität Lodsch arbeitete Czesla als Leiter der Abteilung für Sozialanalyse in der Allensteiner Autoreifenfabrik, weil er in der Nähe seiner Geburtsstadt Sensburg bleiben wollte. Als 1989 der Eiserne Vorhang fiel, wurde er Mitbegründer der Vereine der Deutschen Minderheiten in Sensburg, Allenstein und Osterode sowie des Dachverbands der deutschen Vereine in Ermland und Masuren und der Masurischen Evangelischen Gesellschaft. Zudem war er auch einer der Väter des „Mitteilungsblattes“, einer Monatszeitschrift für Deutsche in Ermland und Masuren, wirkte als langjähriger Publizist für deutsche Minderheitenzeitschriften in der Republik Polen und engagierte sich für den soziokulturellen Austausch zwischen beiden Ländern.



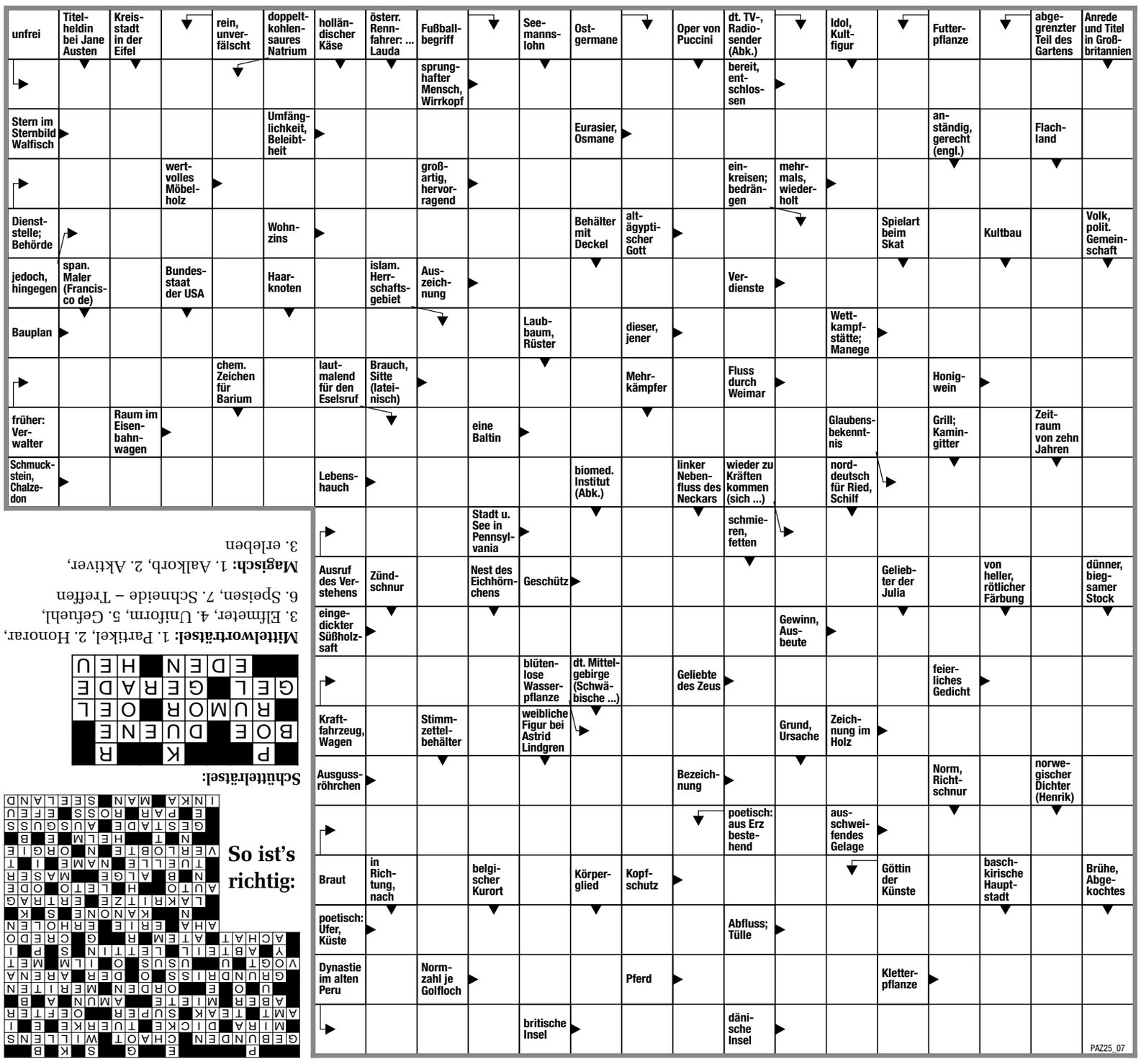
Steht für ein gutes Miteinander: Dr. Alfred Czesa *Bild: A. C.*

Getragen von christlichem Geist war Czesla stets bestrebt, zu einer guten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Religionsgemeinschaften im südlichen Ostpreußen beizutragen. Für seine umfangreichen Verdienste um die deutsch-polnische Verständigung wurde er mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Seinen Ruhestand verbringt der Jubilar unter anderem mit der Lektüre deutschsprachiger Zeitungen. *EB*

Agnes-Miegel-Gesellschaft

Einladung zur **Agnes-Miegel-Tagung „Agnes Miegel und Theodor Fontane. Literarisches und Biografisches von Agnes Miegel“**, Sonnabend, 22. März, ab 9 bis 18 Uhr, Haus Kassel, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf mit folgendem Programm:
9.15 Uhr: Mitgliederversammlung; 10.30 Uhr: Agnes Miegel – Wort und Mythos. Vorstellung des neuen Buches von Dr. Walter T. Rix,; 11.15 Uhr: Christian Salchegger spricht über Filzmoos; 12 Uhr: Mittagspause (in Eigenverantwortung); 13.45 Uhr: Gedenken an Agnes Miegels Grab; 14.30 Uhr: „Weshalb gibt es keinen Fontane für Ostpreußen...“, Theodor Fontanes Einfluss auf Agnes Miegels dichterisches Schaffen, Vortrag von Dr. Marianne Kopp; anschließend Kaffeepause; 16.15 Uhr: Gedichte und Balladen von Agnes Miegel und Theodor Fontane vorgetragen von Annemete v. Vogel, Sabine Crone und Dr. Marianne Kopp. Wir freuen uns auf interessierte Tagungsgäste.
Änderungen vorbehalten, Teilnehmerbeitrag: 10,– Euro pro Person, verbindliche schriftliche Anmeldung bis Mittwoch, 12. März, an Annemete v. Vogel, Mozartstraße 3, 31515 Wunstorf oder per E-Mail: Annemete.v.Vogel@gmx.de unter Angabe von Name, Adresse, E-Mail, Telefon.

Rätsel



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

BEO		EOPR	EELU	DEGO		EKNRU	AHNO	DEEER
			DEENU					ELU
MORRU						ELO		
			ADEE GR					
EGL	DEEN					EHU		

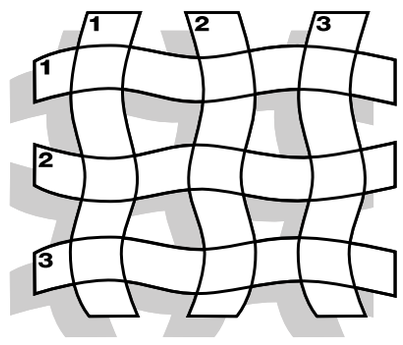
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung die Bezeichnung für ein Rendezvous, Meeting.

1	STAUB	■							■	FILTER
2	ARZT								■	KONSUL
3	HAND							■		PUNKT
4	PARADE	■							■	HOSE
5	WIR	■	■							LOS
6	MEHL	■	■							FOLGE
7	MESSER	■								ZAHN

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 Fischfanggerät
2 Sportler
3 auf sich wirken lassen, erfahren

Magisch: 1. Aalkorb, 2. Aktiver, 3. erleben

Mittelworträtsel: 1. Partikel, 2. Honorar, 3. Elfmeter, 4. Uniform, 5. Gefuehl, 6. Speisen, 7. Schneide – Treffen

Schüttelrätsel:

■	E	D	E	N	■	H	E	U
G	E	L	■	G	E	R	A	D	E
■	R	U	M	O	R	■	O	E	L
B	O	E	■	D	U	E	N	E	■
■	■	P	■	K	■	■	R	■	■

So ist's richtig:

I	N	K	A	■	M	A	N	S	E	E	L	A	N	D
E	■	P	A	R	■	R	O	S	S	■	E	F	E	U
G	E	S	T	A	D	E	■	A	U	S	G	U	S	S
■	■	N	■	T	■	H	E	L	M	■	E	■	B	■
V	E	R	L	O	B	T	E	■	N	O	R	G	I	E
T	U	E	L	L	E	■	N	A	M	E	■	I	■	T
A	U	T	O	■	H	■	L	E	T	O	■	O	D	E
■	N	■	B	A	L	G	E	■	M	A	S	E	R	■
L	A	K	R	I	T	Z	E	■	E	R	T	R	A	G
■	■	N	■	K	A	N	O	N	E	■	S	■	K	■
A	H	A	■	E	R	I	E	■	E	R	H	O	L	E	N
A	C	H	A	T	■	A	T	E	M	■	R	■	G	■	C	R	E	D	O
Y	■	A	B	T	E	I	L	■	L	E	T	T	I	N	■	S	■	P	I
V	O	G	T	■	U	■	U	S	U	S	■	O	■	I	L	M	■	M	E	T
G	R	U	N	D	R	I	S	S	■	O	■	D	E	R	■	A	R	E	N	A
■	■	U	■	O	■	E	■	O	R	D	E	N	■	M	E	R	I	T	E	N
A	B	E	R	■	M	I	E	T	E	■	■	A	M	U	N	■	A	■	B	■
A	M	T	■	T	E	A	K	■	S	U	P	E	R	■	■	O	E	F	T	E	R
M	I	R	A	■	D	I	C	K	E	■	T	U	E	R	K	E	■	E	■	I
G	E	B	U	N	D	E	N	■	C	H	A	O	T	■	W	I	L	L	E	N	S
■	■	B	■	K	■	S	■	■	G	■	■	E	■	■	■	■	■	■	■	■
■	■	■	■	■	■	■	■	P	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■

Ostpreußisch

Kurenwimpel – Zeugnis ostpreußischer Volkskunst

Herstellung eines Kurenwimpels: Aufgenommen um das Jahr 1935 *Foto: Bildarchiv Ostpreußen*

Die lange Winterzeit wurde nicht nur genutzt, um Wäsche herzustellen, sondern auch, um Kurenwimpel zu schnitzen oder zu reparieren.

Nach dem Arbeitsbrief der Landsmannschaft Ostpreußen „Im Land der Elche“:

„daß jeder Berechtigte bei Ausübung der Fischerei ... auf der Spitze des Mastes eine wenigstens zwei Fuß lange und einen Fuß breite Flagge von derjenigen Farbe, welche der Ortschaft, woselbst er seinen Wohnsitz hat, von der Regierung erteilt worden ist, führen soll“. So verordnete es die Regierung in Königsberg im Jahre 1844 für die Fischereifahrzeuge von 136 fischereiberechtigten Ortschaften der beiden preußischen Haffe. Mit dieser behördlichen Maßnahme sollte die Fischereiaufsicht erleichtert werden. Auf sie konnte damals wohl nicht verzichtet werden, weil Fischer immer wieder bei der unberechtigten Ausübung des Fischfanges betroffen wurden. Für derlei Übertretungen hatte der Verordnungsgeber empfindliche Strafen vorgesehen. So wurde etwa derjenige, der ohne Ortsflagge fuhr, mit einer Strafe von einem bis zehn Talern belegt. Wurde ein Fischer angetroffen, der unter falscher Flagge fuhr, so betrug die Strafe bis zu 50 Taler.

Die Aufbauten der Windfahne wurden von den beiden Scheren getragen. Zwischen den Scheren befanden sich die Ortskennzeichen. Für die Orte an der Ostküste des Kurischen Haffes wurde Weiß-Rot, für die an der Südküste Blau-Gelb als Flaggenfarbe bestimmt. Die Ortschaften auf der Kurischen Nehrung führten in ihren Wimpeln die Farben Schwarz-Weiß. Die Ortskennzeichen waren mithin die Grundform des Wimpels, die nun von den einzelnen Fischern individuell ausgestaltet wurde. Phantasievoll waren ihre Ideen, und mit großem Geschick gingen sie an die handwerkliche Ausführung. Jeder von ihnen legte größten Wert auf Formschönheit und gefälliges Aussehen. Manche Fischer betrieben diese Schnitzkunst auch kommerziell. Als Befestigung diente hoch oben auf dem Mast eine aufgesetzte Eisenstange. Es war der „Spieß“, um den sich das ganze Kunstwerk drehte und den häufig ein Adler krönte. Schließlich sei noch die die Scheren verlängernde Stofffahne erwähnt, die lustig im Winde flatterte und knatterte und den Fischern die Windrichtung präziser anzeigte als der sich bedächtiger um seine eigene Achse drehende „Spieß“ mit dem Wimpel. Dem Thema Kurenwimpel galt nach dem Zweiten Weltkrieg eine grundlegende Forschungsarbeit von Hans Woede. Das Ergebnis hat er in seinem ausgezeichneten Buch „Wimpel der Kuhrenkähne – Geschichte, Bedeutung, Brauchtum“ veröffentlicht.

So sind die filigranartig aus Holz geschnitzten oder gesägten und bunt bemalten Schiffswimpel an den Masten der Keitelkähne als ein Zeugnis ostpreußischer Volkskunst anzusehen. Die schweren und wuchtigen Fischer boote mit ihren flachen Böden, ihren rechteckigen Segeln und den hohen Masten, an denen sich die Windfahnen leise knarrend im Winde drehten, waren rund um das Kurische Haff ein vertrauter Anblick. Sie bildeten immer wieder Motive für Maler und Fotografen, sei es, dass sie mit ihren Schleppnetzen in der Abenddämmerung weit auseinandergezogen zum Fischen auf das Kurische Haff hinausglitten oder behäbig schwappend in den Häfen der Fischerdörfer an Trosse und Anker zerrten.

Noch heute sind Kurenwimpel ein beliebtes Touristensouvenir für Besucher und zieren so manchen Raum.

Lovis Corinth im Ostpreußischen Landesmuseum

OL.

Mittwoch, 26. März, 18.30 Uhr, Eintritt 5,- Euro: **Lovis Corinth als Ostpreuße. Vortrag von Dr. Jörn Barfod anlässlich des 100. Todestages des Malers**. Das Lovis-Corinth-Jahr 2025 rückt erneut das Schaffen dieses bedeutenden Malers in den Fokus. Corinths Akte, seine Stillleben und Landschaften markieren einen entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung der deutschen Malerei. Geboren im ostpreußischen Tapiau, im Königsberger Gebiet, absolvierte Corinth seine künstlerische Ausbildung in Königsberg, München, Antwerpen und Paris, bevor er sich schließlich in Berlin niederließ, wo er den Großteil seines Werkes schuf. Seine späten Arbeiten, die in einem eigenwillig lockeren Duktus gehalten sind, wurden zur Zeit des Nationalsozialismus als „entartet“ diffamiert. Der Vortrag wird vor allem auf die frühe Schaffensphase in Ostpreußen eingehen, die oft im Schatten seiner späteren Erfolge steht. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-lg.de erforderlich.

Franz Heinrich Louis Corinth, wuchs in einer besonderen Familienkonstellation auf. Er war das einzige Kind seines Vaters und das sechste seine Mutter, die neben einem Anwesen und einem Betrieb auch fünf Kinder aus ihrer ersten Ehe mitbrachte. Von einer liebevollen Mutter-Sohn-Beziehung kann nicht gesprochen werden. So schrieb Corinth in seiner Autobiographie: „Heute kann ich verstehen, daß dieses furchtsame Gefühl vor Schlägen meiner Mutter sehr geschmerzt haben wird. Uns allen war eine große Sehnsucht nach Liebe im Innersten der Seele geprägt. Diese Liebe aber durfte nie geäußert werden“. Sein Vater, ein Gerbermeister und Landwirt, erkannte das Talent seines Sohnes sehr bald und förderte ihn. Im Alter von acht Jahren schickte er seinen Sohn auf das Kneiphöfische Gymnasium in Königsberg, dort wohnte der Junge bei seiner Tante. Nach der Sekunda bewarb sich der Zeichenbegeisterte mit dem Zeugnis für das Einjährigen-Examen erfolgreich an der Königsberger Kunstakademie. In diesem Jahr, 1873, starb auch seine Mutter, woraufhin sein Vater Heinrich das Anwesen in Tapiau verkaufte. Er zahlte die Kinder seiner Frau aus und kauft in der ostpreußischen Hauptstadt Wohnungen, von denen er eine gemeinsam mit seinem Sohn bezog. Otto Günther nahm Corinth in seiner Gipsklasse auf und empfahl seinen Schüler an die Münchener Kunstakademie, die zu dieser Zeit die einflussreichste in Deutschland gewesen ist. Hier lernte Corinth bei Franz von Defregger sowie Ludwig Loefftz und begegnete Max Liebermann und Fritz von Uhde. Nach drei Monaten in Antwerpen, in denen er sich mit Rubens Werken auseinandersetzte, wurde er an der Académie Julian Schüler von William Adolphe Bouguereau und Tony Robert-Fleury. Corinth schrieb in seiner Autobiographie: „Wie es aber auch kommen möchte, ich hatte mir vorgenommen, drei Jahre zu bleiben, um alles, was in Paris zu lernen war, zu lernen“. Enttäuscht darüber, dass sein Werk nicht im renommierten Pariser Salon ausgezeichnet wurde, kehrte er zu seinem Vater nach Königsberg zurück und nahm im Winter 1887/88 den Künstlernamen Lovis an. Er zog 1891 nach dem Tod seines Vaters im Jahr 1889 nach München. 1901 wurde er nach einem Jahr Pendeln zwischen München und Berlin in Preußen sesshaft, wo er eine Malschule für Frauen eröffnete, in der er seine spätere Frau Charlotte Berend unterrichtete. Am 17. Juli starb er auf einer Studienreise nach Amsterdam an einer Lungenentzündung; er wollte dort gemeinsam mit einem ehemaligen Schüler Rembrandt und Frans Hals studieren. Ein Maler, Zeichner und Graphiker, der sein Leben lang lernte und lehrte, starb, seine Werke bleiben, wenn auch längst nicht alle erhalten geblieben sind. *CRS*

„Kühe im Stall“: Dieses Bild malte Lovis Corinth mit Öl auf Leinwand im Jahr 1879 *Foto: OL*

Lausitzer Dampflok Club e.V.

Unter Volldampf nach West- und Ostpreußen – Vom13. bis zum 18. September fährt der Lausitzer Dampflok Club 1600 Kilometer mit der Schnellzugdampflok 01 0509-8 von Berlin über Küstrin, Schneidemühl, Dirschau bis Braunsberg sowie nach Danzig, zur Halbinsel Hel und nach Thorn.

Vor dem Hintergrund der geplanten Generalsanierung und Elektrifizierung der Ostbahn im Gebiet der Republik Polen, in dem viele historische Deutsche Eisenbahnrelikte entfernt und durch Neubauten ersetzt werden, veranstaltet der Lausitzer Dampflok Club e. V. eine Sonderzugfahrt auf der zum Teil noch sich im Ursprungszustand befindlichen Strecke.

Das Zugpferd, 1943 also vor 90 Jahren, als 01 143 bei Krupp in Essen gebaut und 1963 im Dampflokwerk Meiningen zur 01 509 rekonstruiert, ist heute im Besitz der Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft Pressnitztalbahn mbH.

Detaillierte Informationen sowie Buchungen unter Telefon (0355) 3817645, Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr, oder per E-Mail: mail@LDCeV.de. Verbindliche Bestellungen sind bis zum 28. Februar möglich.

Sollte bis zum 15. März keine Kostendeckung erreicht werden, muss die Veranstaltung leider abgesagt werden.

Veranstalter: Lausitzer Dampflok Club e.V., Bahnhofstraße 40, 03046 Cottbus.
Partner:
Eisenbahn-Bau- u. Betriebsgesellschaft Pressnitztalbahn mbH,

Biuro Podróży LIDO - Travel Agency LIDO, Wroclaw,

Arriva Polska Sp. z o.o.,

Sonderzugveranstaltungen Chemnitz
www.lausitzerdampflokclub.de

ANZEIGE

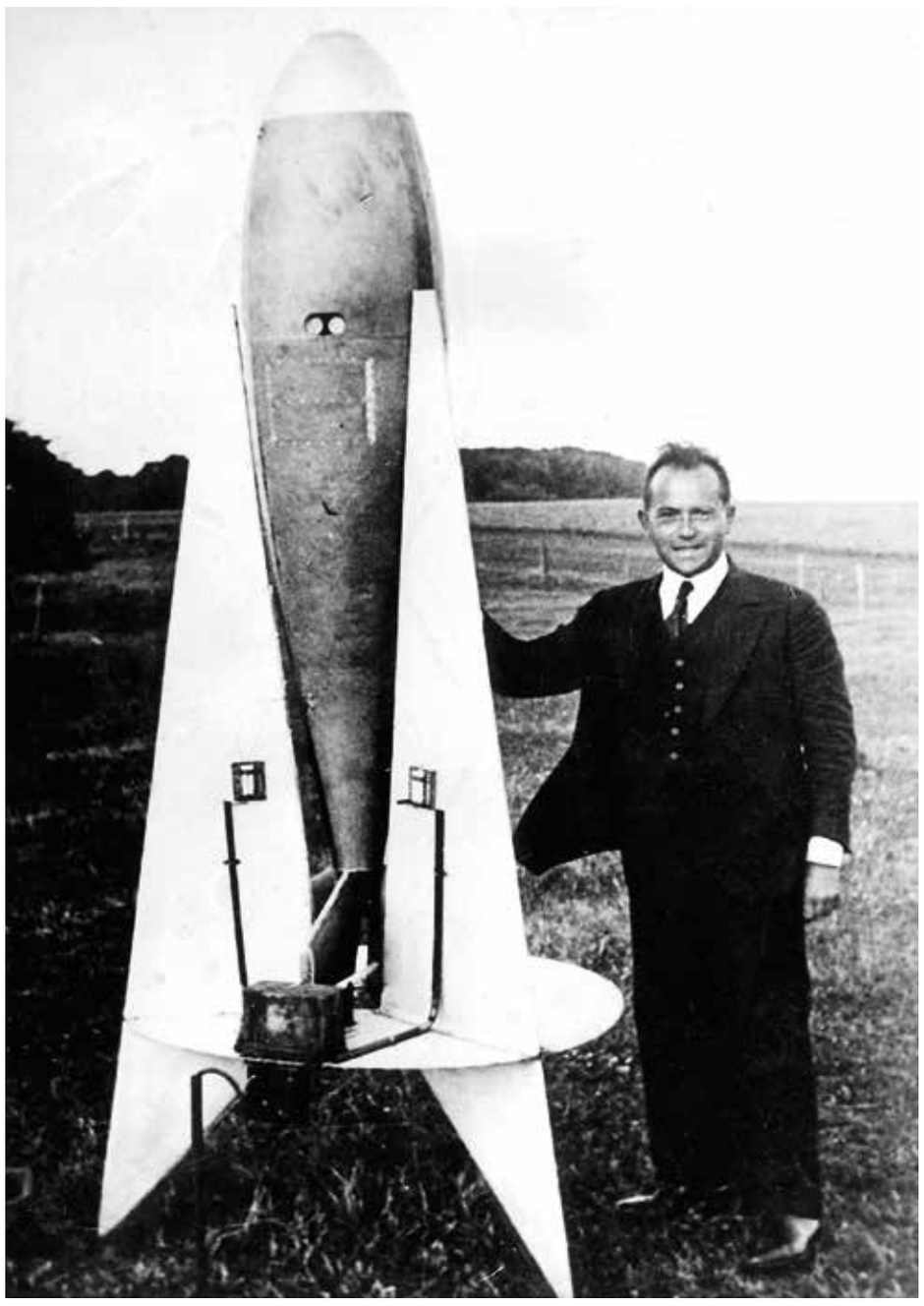
PILLAU

Von Ostpreußen in den Himmel starten

Trotz explosiver Rückschläge war Luftfahrtpionier Johannes Winkler mit einer Methan-Rakete seiner Zeit um 100 Jahre voraus

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 6. Oktober 1932 drängelten sich einige Dutzend Schaulustige am Strand des nördlichsten Teils der Frischen Nehrung unweit der ostpreußischen Ortschaft Pillau. Darunter waren auch Angehörige der Reichswehr wie der Major und Ballistik-Experte Carl Cranz aus Berlin.



Johannes Winkler präsentiert Anfang 1932 stolz seine Erfindung: Den Neubau einer technisch nahezu revolutionären Rakete, die nämlich senkrecht starten sollte und statt mit Fest- nun mit Flüssigtreibstoff betrieben wurde *Bild: ullstein bild*

Aus Spaß wurde gefährlicher Ernst

Die Zuschauer wollten den Start der Rakete HW-2 verfolgen. Diese hatte eine Länge von rund zwei Metern und 32 Kilo flüssigen Sauerstoff sowie vier Kilo Flüssigmethan in ihren Tanks. Damit sollte sie bis zu sieben Kilometer hoch in den Himmel steigen. Vor der Zündung der Triebwerke hielten der Konstrukteur Johannes Winkler und dessen Assistenten Hans Bermüller und Rolf Engel lachend ein Schild mit der Aufschrift „Vorsicht – Explosionsgefahr“ in die Kameras des ebenfalls anwesenden Filmteams. Genau das sollte sich wenige Augenblicke später als fatale Herausforderung des Schicksals erweisen, denn die HW-2 wurde noch vor dem Abheben durch eine heftige Knallgasreaktion der Länge nach aufgerissen und zehn Meter weit brennend durch die Luft geschleudert. Mit dem Unglück, das aus undichten Ventilen in den Treibstoffleitungen resultierte, platzte Winklers Traum von einer Weltraumrakete, den er bereits seit 1920 träumte.

Ein echter Senkrechtstarter

Damals studierte der 1897 im Kreis Oppeln geborene Winkler noch Theologie mit den Nebenfächern Mathematik, Physik und Astronomie. Im Herbst 1929 beendete er dann seine Laufbahn als Finanzverwalter im Oberkirchenkollegium der evangelisch-lutherischen Kirche Preußens, um als Versuchsingenieur für den Flugzeugkonstrukteur Hugo Junkers zu arbeiten. Der Luftfahrtpionier hatte Winkler engagiert, weil dieser seit Juli 1927 nebenher als Vorsitzender des Vereins für Raumschifffahrt und Herausgeber der Zeitschrift „Die Rakete“ fungierte. Junkers beauftragte Winkler deshalb mit der Entwicklung von Starthilfsraketen für seine Wasserflugzeuge. Damit fühlte sich der Raumfahrtenthusiast aber nicht hinreichend ausgelastet, weswegen er in seiner Freizeit und vor allem mit der für das Projekt überlebenswichtigen finanziellen Unterstützung des sudetendeutschen Hutfabrikanten Hugo Augustin Hückel ab Sommer 1930 an einer senkrecht startenden Rakete arbeitete. Das überaus Außergewöhnliche daran war, dass dieser Flugkörper nicht mit Fest-, sondern mit Flüssigtreibstoff betrieben werden sollte.

Wenig Höhe, aber sehr viel Breite

Der erste Start der HW-1 (von Hückel-Winkler) erfolgte am 21. Februar 1931 auf dem Exerzierplatz in Dessau-Großkühnau in Anwesenheit einiger Reichswehroffiziere. Allerdings erhob sich die HW-1 nur ganze drei Meter über den Boden. Dann endlich kam der 14. März 1931, an dem die kleine Rakete immerhin 60 Meter hoch und 200 Meter weit flog, was insgesamt als Erfolg verbucht wurde.

Winkler glaubte damals, dass er die erste funktionsfähige mit Flüssigtreibstoff angetriebene Rakete der Welt erfunden und gebaut habe. Tatsächlich jedoch war ihm der US-Amerikaner Robert Goddard zuvorgekommen. Der Erfinder aus Auburn in Massachusetts schoss bereits am 16. März 1926 eine durch Flüssigsauerstoff und Benzin angetriebene Rakete in den Himmel über seiner Heimatstadt, und im Oktober 1930 zischte das fünfte Versuchsmuster Goddards 800 Stundenkilometer schnell auf mehr als 600 Meter Höhe. Winklers Pionierleistung bestand somit „nur“ darin, erstmals Methan als Brennstoff verwendet zu haben.

Durch seinen Erfolg mit der HW-1 ermutigt, begann Winkler mit der Entwicklung der deutlich größeren HW-2, die er von der Greifswalder Oie unweit der Insel Usedom starten wollte. Jedoch verlangte das Regierungspräsidium in Stralsund eine horrende Genehmigungsgebühr von 2000 Reichsmark sowie den Abschluss einer teuren Haftpflichtversicherung. Daher war Winkler froh, als er das Angebot erhielt, die HW-2 ohne ruinöse Zusatzkosten in Pillau zu testen.

Anschub per Atomenergie

Nach dem Fehlstart auf der Frischen Nehrung arbeitete der Raketenpionier noch bis Ende 1938 bei Junkers. Danach wechselte Winkler zum 1. April 1939 an die Luftfahrtforschungsanstalt Hermann Göring in Braunschweig, bevor er 1941 zum Abteilungsleiter in der Aerodynamischen Versuchsanstalt in Göttingen avancierte.

Diese unterstand ab Mai 1945 der britischen Royal Air Force, welche sich unter anderem auch bemühte, Winklers Wissen über Raketen abzuschöpfen. Der wiederum erwog jetzt die Verwendung von Atomenergie zum Antrieb von Raketen. Allerdings starb Johannes Winkler dann überraschend bereits am 27. Dezember 1947 an einem Schlaganfall.

Wenn Visionen Realität werden

Obwohl der Raketenkonstrukteur durch seinen frühen Tod im Alter von nur 50 Jahren nicht an den großen Raumfahrtprojekten der 1950er und 1960er Jahre beteiligt war, beeinflusste er die moderne Raumfahrt dennoch. Denn er propagierte den „Dritten Weg zur Raumschifffahrt“, der darin bestand, anstatt verschiedener komplizierter Großraketen kleine und zuverlässige Standard-Raketen zu schaffen, die man bündeln oder in mehreren Stufen übereinander anordnen kann – genauso, wie es heute zumeist üblich ist.

Ansonsten war Winkler mit der HW-2, die 1932 in Ostpreußen explodierte und deren Reste im Deutschen Museum in München zu besichtigen sind, seiner Zeit überaus weit voraus. Eine Rakete mit Methanantrieb flog letztlich erst am 12. Juli 2023 ins All. Hierbei handelte es sich um die dreistufige chinesische Zhuque 2 – als ob der visionäre Schlesier es schon knapp einhundert Jahre zuvor gewusst hätte, dass Methan der Treibstoff der Träume sein wird.

AUF HEIMATBESUCH

„Wir wollen im Grunde doch alle nur eins – Frieden!“

Im letzten Teil des Reiseberichts durch Ostpreußen steht noch Preußisch-Eylau auf dem Plan und ein versöhnliches Fazit

Weiter geht es auf der schönen alten Alleestraße Richtung Preußisch-Eylau nach Althof beziehungsweise ins Umland zum sogenannten Abbau des Ortes. Da ich schon zweimal dort war, glaube ich den Weg zu kennen. Aber inzwischen hat es kleine Veränderungen gegeben, sodass der Weg im Ort durch Zäune versperrt ist. Es gibt zum Glück noch eine zweite Strecke, die hinter dem Ort über eine kleine Pasmarbrücke führt. Das Autofahren ist unmöglich und daher beschließe ich, einen Teil des Weges zu Fuß zu gehen.

Die großzügige Weite der Landschaft unter dem herrlichen ostpreußischen Himmel, das Zirbeln, Zwitschern, das Summen und Brummen der Vögel und Insekten berührt mich nicht zum ersten Mal innerlich. Dann sehe ich es: Vom Hof meiner Großeltern Albert und Olga Quandt ist nichts übrig geblieben. Bei meiner ersten Reise 2015 hatte ich noch einen Weidezaunpfahl (vermutlich Eiche) mit Stacheldraht gefunden. Auch hier ist jetzt das Gestrüpp so hoch, dass das Land jenseits des Weges nicht mehr begehbar ist. Ich stehe eine Weile und nehme die Landschaft heilsam in mich auf.

Nun geht es zu unserer letzten Etappe des Tages: nach Preußisch Eylau. Wir haben keine Passierscheine für die Stadt beantragt, obwohl dies aufgrund der Grenzlage mittlerweile vonnöten ist. Aber wir haben unsere Sondergenehmigungen für die Elchniederung dabei. Das sollte helfen, falls wir kontrolliert werden.

Das Städtchen scheint kaum verändert seit meinem letzten Besuch. Bei der Burg machen wir einen kleinen Stopp mit Kaffee und Süßgebäck an einer Kaffeebude mit Außensitzmöglichkeit. Zwei Damen im Imbiss klären uns auf: Die Burg hat einen Investor gefunden und der Fortschritt der Renovierung ist bereits deutlich sichtbar und von außen sogar schon abgeschlossen. Es finden Führungen statt, die eine der beiden Damen durchführt.

Es geht weiter und bei unserem nächsten Halt erkennen wir schon aus der Entfernung in leuchtenden Rosatönen den Bahnhof von Preußisch Eylau. Ein repräsentativ wirkendes und anscheinend intaktes Gebäude. Den Abschluss macht unser Besuch des L’Estocq-Denkmals, welches umgeben von inzwischen hohen Bäumen eine schöne gepflegte Anlage ist. Übrigens, wir wurden heute kein einziges Mal in Preußisch Eylau kontrolliert und haben uns frei in der Stadt bewegt. Gleiches galt auch für Tilsit. Lediglich auf dem Weg zur Sperrzone Elchniederung gab es eine Kontrolle.

Die ehemalige Ordensburg Burg Schoenberg in Deutsch Eylau im Landkreis Rosenberg, Provinz Ostpreußen thront über der Stadt *Bild: Peter Hirth/laif*

Zusammenfassend lässt sich für uns am Ende der Reise sagen: In Königsberg, an der Samlandküste mit seinen historischen Badeorten Palmnicken, Rauschen und Cranz, aber auch entlang der Nehrungsstraße und in Teilen der Elchniederung (Gilge) ist reges Treiben ausgebrochen. Es wird emsig saniert und gebaut. Unübersehbar ist auch hier eine neue Zeit mit Modernisierung und Massentourismus angebrochen. Touristen und Investoren aus Russland erobern das viele Jahre im Dornröschenschlaf gelegene alte Ostpreußen. Darauf muss man sich einstellen. Urlaub in einer gepflegten Hotellerie ist hier inzwischen auf dem gleichen Standard möglich wie an der bundesdeutschen Nord- oder Ostseeküste. Im Inland werden hingegen die Äcker bestellt, wir haben große Flächen mit Getreide sowie mehrere riesige Herden Black-Angus-Rinder bei unseren Rundtouren gesehen.

Die stillen einzigartigen Landschaften weiter im Inland des Samlandes, der Rominter Heide und an der Landseite des Kurischen Haffs, die so typisch sind für das Sehnsuchtsland Ostpreußen, sind noch da. Auch unsere Heimatorte gibt es noch. Aber meist still und verlassen, teils auch verfallender als noch vor Jahren.

Reisende aus westlichen Ländern haben wir nur vereinzelt gesehen. Die ansässige russische Bevölkerung begegnete uns meist freundlich, der Umgang an der Grenze, beim Geldwechsel, Einkauf oder im Restaurant war durchweg höflich und korrekt. Zum Teil wurden wir sogar freundlich und neugierig angesprochen, wenn die Menschen hörten, dass wir Deutsch sprachen. Und natürlich haben wir dabei auch auf die einstige deutsch-russische Freundschaft ein paar Wässerchen getrunken und waren uns im Grunde genommen allesamt einig, dass wir alle doch eigentlich nur eins wollen – Frieden!

Helen Haupt und Ute Poeppel

GESCHICHTE

Der letzte Wolgaster

Nach Philipp Julius von Pommerns Tod vor 400 Jahren wurden die Territorien Pommerns wiedervereint

VON MARTIN STOLZENAU

FOTO: DANKEARTS HISTORIS/WIKIPEDIA

Heute erinnert nur noch der Name Schlossinsel an das bedeutende Gebäude: Das Schloss Wolgast, einst Anziehungspunkt für Gelehrte und Herrscher, Ansicht zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Um 1820 wurden die letzten Reste des Schlosses abgetragen

Philipp Julius von Pommern regierte 22 Jahre und war der letzte Herzog von Pommern-Wolgast. Er war geistig und kulturell interessiert. Schon beim Studium an der Leipziger Universität blitzte sein Genie auf, von seiner Kavalierstour hinterließ er Reisetagebücher, die inzwischen als digitale Edition vorliegen.

Es gibt aber auch ganz konkrete Dinge, die er der Nachwelt hinterlassen hat. So wird seine Stiftung des Rektorenmantels für die Greifswalder Universität bis heute bei feierlichen Anlässen von den Amtsträgern getragen. Außerdem war er an der Schaffung der Pommernkarte durch Eilhardus Lubinus ebenso beteiligt wie bei der Verleihung des Stadtrechtes für Bergen auf Rügen und die Gründung mehrerer Domänen, die bis in die Gegenwart als Orte seinen Namen tragen.

Philipp Julius von Pommern wurde am 27. Dezember 1584 in Wolgast geboren. Seine Eltern waren Sophia Hedwig von Braunschweig-Wolfenbüttel, eine Tochter des Herzogs Julius zu Braunschweig-Lüneburg, und Herzog Ernst Ludwig von Pommern-Wolgast. Der Vater, der an den Universitäten von Greifswald sowie Wittenberg studiert und zeitweilig den Rektorenposten bekleidet hatte, galt als kulturell überaus interessiert und im Vergleich zu anderen Fürsten als einer der Schönsten.

Das weckte das Interesse bei anderen Herrscherhäusern mit heiratsfähigen Töchtern und erleichterte ihm die Heirat mit Prinzessin Sophia Hedwig, deren Vater er am Ende des Zweiten Hugenottenkrieges in Frankreich kennengelernt hatte. Das Herzogspaar residierte im Schloss Wolgast, das sich auf einer Insel im Peenestrom zwischen dem Festland und der Insel Usedom befand, die bis heute als Schlossinsel bezeichnet wird. Sie gehörte einst bis zur Zerstörung um das Jahr 1820 zu den bedeutendsten Renaissancebauten in Norddeutschland.

Wissbegierig und einfallsreich

Sohn Philipp Julius wuchs zunächst hier auf und entwickelte zur Mutter eine besonders enge Beziehung, die nach dem Tod des Vaters 1592 noch enger wurde. Der Thronerbe war beim Tod von Herzog Ernst Ludwig mit acht Jahren noch nicht regierungsfähig. Deshalb übernahm sein Onkel und Vormund Herzog Bogislaw XIII. für ihn einige Jahre die Amtsgeschäfte im Teilherzogtum von Pommern-Wolgast.

Philipp Julius folgte seiner Mutter auf deren Witwensitz in Loitz. Sie selbst ließ das schon zuvor zum Renaissancebau umgebaute Schloss Loitz umfangreich ausgestalten und sorgte für den Ausbau der Marienkirche in Loitz. Zur Ausbildung ihres Sohnes stellte sie ihm als Hofmeister den späteren Greifswalder Professor Friedrich Gerschow zur Seite. Heute wird die couragierte Sophia Hedwig zu den bedeutendsten Herzoginnen in Pommern gezählt. Sie schickte ihren wissbegierigen Sohn 1602 auf die Universität in Leipzig, wo er mit dem Amt des Rektors betraut wurde, und danach auf eine Bildungsreise durch Deutschland sowie Süd- und Westeuropa, deren Stationen und Höhepunkte er tagebuchmäßig festhielt.

Nach seiner Heimkehr übernahm Herzog Philipp Julius Ende 1603 von seinem Onkel die Regierungsgeschäfte über Pommern-Wolgast. Seine Mutter residierte weiter im Witwensitz Loitz, das heute als Landstadt im Kreis Vorpommern-Greifswald Sitz des Amtes Peenetal-Loitz ist.

Tod im Alter von 40 Jahren

Im Juni 1604 heiratete der junge Herzog in Cölln an der Spree Prinzessin Agnes, die Tochter des Kurfürsten Johann Georg von Brandenburg. Noch im gleichen Jahr griff er angesichts von Unruhen in Greifswald ein. Philipp Julius beschränkte die Befugnisse des Stadtrates, indem er seinen Einfluss auf die Stadt vergrößerte und beträchtliche Steuern erhob. Ähnlichen Druck übte er mit weniger Erfolg auch auf Stralsund aus, was den Widerstand der Landstände hervorrief.

Der Herzog war regelmäßig in Geldnot. So trieb er große Summen für die umfangreiche Hofhaltung ein, für zahlreiche Reisen und Bauvorhaben wie den Ausbau des Wolgaster Schlosses, für ein neues Lustschloss, ein neues Schiff und für die Vollendung des Universitätsgebäudes für Greifswald. In diesem Zusammenhang stiftete er bei der Weihe dem neuen Rektor einen spanischen Radmantel, den der Stralsunder Perlensticker Henrick Möller anfertigen musste. Der Mantel fungiert seitdem dauerhaft als Rektorornat.

Bei alledem leistete sich der Herzog einen ungesunden Lebenswandel. Er trank unmäßig viel Wein und erlebte noch den Beginn des ausufernden Dreißigjährigen Krieges, ehe er nach längerer Krankheit mit 40 Jahren am 6. Februar 1625 verstarb. Weil seine Ehe war kinderlos geblieben war, übernahm sein Vetter Bogislaw XIV. von Pommern-Stettin zusätzlich auch die Herrschaft über Pommern-Wolgast. Damit waren die Territorien von Pommern wiedervereint.

Seine Mutter und seine Witwe überlebten ihn um einige Jahre. Der Prunksarkophag von Herzog Philipp Julius wurde kürzlich restauriert und befindet sich in der St.-Petri-Kirche in Wolgast, der Grablege der Pommernherzöge.

Seit einigen Jahren wird daran gearbeitet, das Wolgaster Schloss virtuell wieder auferstehen zu lassen.

STADTGESCHICHTE

Comics gab es schon damals

Das Katharinenkloster in Stralsund gibt mittelalterliche Geheimnisse preis

Die Hansestadt Stralsund ist immer für eine Überraschung gut. Im Katharinenkloster, dem derzeit im Umbau befindlichen Haupthaus des Stralsund Museums, wird im Rahmen umfassender Restaurierungsarbeiten ein über mehrere Wände fortgeführtes mittelalterliches Bildprogramm konserviert. Diese Malereien liegen vielfach unter einem kompakten Paket aus bis zu 20 Farbschichten. An einigen Fragmenten im westlichen Kreuzgang lässt sich die farbenfrohe Gestaltung aus dem beginnenden 16. Jahrhundert gut erahnen.

Bei einem Rundgang fiel angesichts der figürlichen christlichen Motive, ausgehend von einer in dem großen Saal dargestellten Einhornjagd, der Begriff des mittelalterlichen Comics. Einige dieser bau- und kunsthistorisch besonders wertvollen Bereiche werden derzeit aufbereitet und mit Wiedereröffnung des Stralsund Museums im Jahr 2026 für die Besucher erlebbar. Weitere mittelalterliche Malereien finden sich an den Deckengewölben des großen Saales und des ehemaligen Kapitelsaals. Diese werden ebenfalls gesichert und aufbereitet.

FOTO: HANSESTADT STRALSUND

Restauratorin Anne Gebler erläutert: Es müssen teilweise über 20 Farbschichten vorsichtig abgetragen werden, um bis zur ursprünglichen Malerei vorzudringen

Zur mittelalterlichen Nutzungsgeschichte des Klosters lässt sich ebenfalls einiges lernen, da auch inzwischen zugemauerte Durchgänge sichtbar werden. Das Katharinenkloster entwickelte sich damals in der jungen aufstrebenden Hansestadt Stralsund zu einer der bedeutendsten Niederlassungen des Dominikanerordens im gesamten Ostseeraum. In seinem großen Saal, auch Remter genannt, wurden zwischen 1315 und 1509 fünf Provinzkapitel abgehalten. Zu diesen Treffen kamen mehrere hundert Mönchen aus der bis nach Sachsen reichenden Ordensprovinz.

Dieser beeindruckende dreischiffige Saal wird mit Ende des Umbaus und der Restaurierung ein Höhepunkt im Rahmen des Museumsbesuchs sein.

Nach der Reformation waren im Kloster Schulen und ein Waisenhaus untergebracht. Einer der Schüler war Ernst Moritz Arndt. Seit 1924 dient das Haus der musealen Nutzung. Heute sind hier die beiden bedeutendsten Museen der Stadt untergebracht. *Brigitte Stramm*

MELDUNGEN

Hafenbecken, Windpark und „Vor 80 Jahren“

Stettin – Die britische United Sports Investments Limited hat 47.725 der Aktien (entspricht einem 85 Prozent Anteil) des Fußballclubs Pogon Stettin übernommen. Neuer Präsident des Clubs wurde der in London lebende Nilo Effori. Ziel des Clubs ist die Teilnahme am Europapokal. *TS*

Barth – Im Rahmen des Baus einer Ferienanlage mit 240 Appartements und Liegeplätzen für Segler wurden 32.000 Quadratmeter für ein neues Hafenbecken ausgehoben. Es soll im März 2025 geflutet werden. Barth ist beliebt, im Stadthafen sind auch oft historische Segler anzutreffen. *TS*

Swinemünde – Nach dem Einspruch der Initiative Lebensraum Vorpommern gegen den Bau eines Tiefwasser-Containerterminals wird nach weiteren Untersuchungen nun mit der Baugenehmigung gerechnet. Bis 2029 können dann große Containerschiffe (Tiefgang bis 17 Meter) anlegen. *TS*

Greifswald – Das Fraunhofer Institut für Graphische Datenverarbeitung plant ein Projektbüro einzurichten, um gemeinsam mit Wissenschaftlern der Universität Greifswald die Klimaentwicklung zu erforschen. Dazu werden Moorlandschaften in Echtzeit untersucht. *TS*

Hiddensee – Das beliebte Gästehaus des Pommerschen Evangelischen Kirchenkreises (PEK) wird saniert. Dies erfolgt auf Beschluss des Kirchenkreisrats, der sich zu seiner nächsten Sitzung am 18. Februar trifft. Vorbereitet wird dann die Frühjahrssynode am 5. April. TS

Ueckermünde – Das Angeln soll im Stadthafen von Mai bis Oktober ganz verboten werden. Hintergrund sind Konflikte zwischen Anglern und Bootseignern. Letztere beklagen beschädigte Segelflächen. Auch in anderen Häfen, wie in Mönkebude, ist das Angeln verboten. *TS*

Leba – Es ist einer der größten Windparks an der pommerschen Küste: Der Offshore-Windpark „Baltica 2“ wird als Kooperation der PGE Group und der dänischen Firma Ørsted bis 2027 auf einer Fläche von 190 Quadratkilometer sowie einer Leistung von 1,5 Gigawatt für 2,5 Millionen Haushalte errichtet. *TS*

Demmin – Ein Überlassungsvertrag zwischen der Stadt Demmin und Lilo Schlösser, der Witwe des Heimatschriftstellers, Künstlers und Ehrenbürgers Karl-Heinz Schlösser, regelt nun dessen künstlerisches Erbe, auch den 14-Bilder-Zyklus „Brennendes Demmin“ zum Kriegsende 1945. *TS*

Stralsund – Im Zoo Stralsund gab es eine hohe Auszeichnung für fünf Eselstuten. Seit mehr als 20 Jahren werden die seltenen Weißen Barockesel gezüchtet. Mit Zuchthengst Richard soll für Nachwuchs gesorgt werden. *BS*

Vor 80 Jahren: Stargard 1945

Am 15. Februar wurde von drei, ab 16. Februar von sechs Divisionen das „Unternehmen Sonnenwende“ zur Abwehr der Roten Armee vorgetragen. Von Stargard stießen deutsche Panzer in Richtung Dölitz vor. Im Zuge der Offensive gelang der Entsatz der Garnison Arnswalde. *TS*

„Ruinen ragten gespenstisch in den Himmel“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Vielen herzlichen Dank für diesen schönen Artikel. Jetzt kann ich mit dem Namen Lambert Steinwich etwas anfangen, denn ich bin in die Lambert-Steinwich-Schule eingeschult worden“

Ernst-Günther Zimniok, Chemnitz
zum Thema: Des Bürgermeisters Drei-Kirchen-Blick (Nr. 6)

Ausgabe Nr. 6

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

UNTER VERSCHLUSS GEHALTEN

ZU: „IM HÖLLENFEUER AUS MENSCHENHAND“ (NR. 6)

Mit großem Interesse las ich den Artikel über den Luftangriff auf Dresden vor 80 Jahren. Als ehemaliger leitender Mitarbeiter im Volksbund in Dresden war ich auch für diese ominöse Historikerkommission tätig, denn ein Mitglied der Kommission war etwa 2006/2007 in unserem Büro und erbat Informationen über die Bombenangriffe auf Dresden. Neben Gert Bürgel dürfte der im Artikel erwähnte Wolfgang Schaarschmidt der bestinformierte Forscher zu diesem Thema sein. Dr. Schaarschmidt war kein Publizist, sondern „hauptsächlich“ Hafenarzt und ausgebildeter Historiker. Die letzten drei Abschnitte im *PAZ*-Artikel („Zum Trauerspiel …“) kann ich leider nur bestätigen.

Der Abschlussbericht der Historikerkommission wird unter Verschluss gehalten. Somit konnte ich bisher nicht überprüfen, ob auch die in viele Nachbarorte Dresdens verbrachten Bombenopfer, zum Beispiel Meißen, Dippoldiswalde, Ottendorf-Okrilla oder Radeberg, zur Kenntnis genommen wurden.

Roland Polleschner, Radeberg

DER MENSCH – EIN UNGEHEUER

ZU: „IM HÖLLENFEUER AUS MENSCHENHAND“ (NR. 6)

1955, mit zwölf Jahren, besuchte ich meine Tanten in den Ferien in Dresden. Ich war sehr aufgeregt, denn es war für mich, der ich allein reisen musste, da mein Vater im Krieg geblieben war und meine Mutter von morgens bis in die Nacht die Hände rührte, um mich und meine zwei Geschwister durchzubringen, und demzufolge kein Geld für eine zweite Fahrkarte übrig war, das erste große Abenteuer. Wie tat es meinen jungen Augen weh, als der Zug die ersten Häuser Dresdens passierte und langsam in Richtung Dresden-Neustadt rollte: Trümmer über Trümmer, Ruinen ragten gespenstisch in den Himmel. Zwölf Jahre nach dem Krieg!

Und ganz trostlos lag die Stadt da, geschunden der Zwinger, traurig und verängstigt wirkten die Menschen, denen ich auf den Straßen begegnete. Meine Tanten trugen immer noch schwarz, nicht ein Tag verging, an dem sie nicht immer noch bitterlich weinten.

Sie hatten Familienmitglieder, Freunde und Nachbarn im Inferno verbrennen sehen, Kinder, die im aufgeweichten Asphalt steckten und jämmerlich aus dem Leben gerissen wurden. Erzählt haben sie kaum etwas, und ich wagte auch nicht zu fragen. Erst Jahre später, als sie uns öfters in Erfurt besuchten, waren sie gesprächiger und erzählten einiges von diesem grauenvollen Morden – etwas anderes war es nicht. Ich denke oft an meine Tanten, und nicht selten verspüre ich die Feuchte in meinen Augen.

Günter Schaumburg, Bad Vilbel

STURE SCHWARZ-WEISS-DENKE

ZU: VORMUND- UND FEINDSCHAFTEN (NR. 6)

Danke für Ihre Leseempfehlung „Niemand soll hungern, ohne zu frieren“ von Wolfgang Bittner, auch und gerade „für diejenigen, die im Einzelnen … scharfe Kritik an der NATO, der Ukraine oder der israelischen Regierung nicht teilen“.

Es ist jedoch zu befürchten, dass die selbsternannten Verteidiger der Brandmauer und der Demokratie, welche die multiplen Riesenprobleme in Deutschland totschweigen oder relativieren, statt sie energisch anzugehen und deren politischer Aktionismus sich darin erschöpft, einen Großteil der meinungskritischen Bevölkerung in die rechte Ecke abzuschieben, in ihrer sturen Schwarz-Weiß-Denke verharren.

Dem vom „woken“ Zeitgeist getragenen Demonstranten genügt es, gegen alles, was rechts ist, und gegen Putin zu demonstrieren und immer und überall auf der ideologisch „richtigen“ Seite zu stehen. Per se gut ist, wer links und gegen rechts ist, gegen Putin und für die NATO und all jene als Nazis verunglimpft und bekämpft, die dem linken Gesinnungstotalitarismus nicht das Wort reden wollen.

Ja, „wenn die Massenvernichtungswaffen zum Einsatz kommen, fragen sie nicht nach den privaten Überzeugungen der Opfer“, wie es im Artikel heißt. Dann trifft es alle – auch Gutmenschen und Linksextreme. Demokratie und die zuverlässige Befriedung Deutschlands 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind keine Auslegungssache von Ideologen oder Machteliten. Vom „lernenden Souverän“ der Aufklärung um 1700 scheint sich der heutige homo oeconomicus um Lichtjahre entfernt zu haben.

Bettina Burow, Kirchzarten

EIN NICHTEXISTENTER KREIS

ZU: EIN ZACKEN BRICHT AUS DER KRONE (NR. 6)

Als Rheingauer freue ich mich über Ihren Artikel über ein Rheingauer Hotel – einerseits. Andererseits schmerzt es mich, dass Sie Assmannshausen in einen nicht bestehenden „Rhein-Taunus-Kreis“ setzen. Assmannshausen liegt im Rhein*gau*-Taunus-Kreis, der im Zuge der hessischen Gebiets-„Reform“ aus der Zusammenlegung der Kreise Rheingau und Untertaunus gebildet wurde. *Christoph Klein, Eltville*

EIN BEDEUTENDES KUNSTWERK

ZU: SCHAUPLATZ VON INVASIONEN (NR. 4)

Die „Tapisserie De La Reine Mathilde“, besser bekannt als die „Tapisserie de Bayeux“, hatte einerseits den Zweck, den legitimen Anspruch des Herzogs Wilhelm von der Normandie auf den englischen Thron und darüber hinaus dessen Sieg in der Schlacht von Hastings zu dokumentieren. Der Bildausschnitt in der *PAZ* ganz von Anfang der Ereignisse zeigt, wie der englische König Eduard der Bekenner seinen Thron Wilhelm zuerkennen will. Als dann Herzog Harold entgegen der angeblichen Zusage König von England wird, kommt es zum Konflikt.

Der Sieg Wilhelms am 16. Oktober 1066 bei Hastings ist ein nachhaltiges Ereignis in der europäischen Geschichte. Die völlige Unterwerfung Englands lässt einen neuen Machtfaktor entstehen. Zudem beanspruchen die ohnehin schon mächtigen Herzöge der Normandie als Könige von England auch den Thron von Frankreich und bringen im Hundertjährigen Krieg 1337 bis 1453 weite Teile Frankreichs unter ihre Herrschaft. Diese Auseinandersetzung verhindert für lange Zeit die französische Expansion nach Osten.

Im Jahr 1066 sind die Normannen in der Normandie längst romanisiert und sprechen einen Dialekt des Altfranzösischen. Den bringen sie mit nach England, wo er jahrhundertelang Sprache des Hofs und der Aristokratie bleibt. Die unterworfene angelsächsische Bevölkerung sprach weiterhin ihr Englisch. Aber „English was a despised tongue“ (Englisch war eine verachtete Sprache), das in dieser Epoche sehr viel romanischen Wortschatz besonders im Bereich des Rechts, der Verwaltung, der Gelehrsamkeit, des Hoflebens und der verfeinerten Lebensführung aufnahm.

Auf dem Foto der *PAZ* ist die durchlaufende schriftliche Erklärung der Szenen nur schwer zu entziffern. Sie ist nicht im anglo-normannischen Dialekt abgefasst, sondern, wie im ganzen Mittelalter üblich, in Latein. Der Verfasser des in Kapitalien gestickten Textes kannte jedenfalls dank der Karolingischen Renaissance die lateinische Grammatik, aber in Wortschatz und Satzbau schimmert das Altfranzösische durch.

Der Tod Harolds und seiner Brüder auf dem Schlachtfeld zeigt, dass sich die Angelsachsen tapfer gewehrt haben, aber als Fußvolk waren sie trotz einer klug gewählten Position auf einer Anhöhe der Reiterei und den zahlreichen Bogenschützen der Normannen nicht gewachsen. Das alles wird in detailreichen Szenen, dramatisch und lebensnah, dargestellt. So ist der Bildteppich von Bayeux nicht nur ein kostbares Zeitzeugnis, sondern auch ein bedeutendes Kunstwerk.

Adolf Frerk, Geldern

ANZEIGE

Wie eine Pandemie als »Generalprobe« die nächste vorbereitete

■ Was, wenn die offizielle Geschichte über Aids nicht der Wahrheit entspricht? Was, wenn sich die gleichen Muster von Angst, politischer Zensur, medialer Manipulation und medizinischer Korruption in der Covid-19-Pandemie wiederholt haben? Celia Farber nimmt in *Schwerwiegende unerwünschte Ereignisse* ihre Leser mit auf eine investigative Reise, die erschreckende Parallelen zwischen der Aids-Krise und der jüngsten globalen Gesundheitskrise aufdeckt:

- Von Aids zu Covid-19 – aus den Lehrbüchern der Propaganda und Manipulation
- Die fatale Rolle des Dr. Anthony Fauci
- Die korrupten Verflechtungen von Politik, Wissenschaft, Medien und Pharmaindustrie
- Fundierte Recherchen und Insiderberichte

»Das Medizinkartell hat in einem brutalen Kreuzzug versucht, Celia Farber mundtot zu machen und zu diskreditieren, dennoch ist sie nie Kompromisse eingegangen.«
Robert F. Kennedy Jr.

Ein mutiges Buch über die dunkle und manipulative Macht von Politik, Wissenschaft und Mainstream-Medien.

Celia Farber: Schwerwiegende unerwünschte Ereignisse • gebunden • 416 Seiten • Best.-Nr. 991 310 • 23,– €

www.kopp-verlag.de

ROCKGESCHICHTE

Wo das Panikvirus grassiert

Im Epizentrum der Popularmusik – „Panikhistorische Rundgänge“ in Gronau in Westfalen, wo Udo Lindenberg zur Welt kam

VON MANFRED LÄDTKE

Nur mit Gronau hat er bis auf die Geburt wenig am Hut: Udo Lindenberg mit seinen Markenzeichen Zigarre und Hut *Bild: Acke*

Es ist still geworden um Deutschlands Vorzeige-Rocker Udo Lindenberg. Nostalgische Fantouren in Hamburg und Berlin lösen inzwischen Konzerttouren ab. Wer den Anfängen und frühen Jahren des Kultrockers auf die Spur kommen möchte, der muss in die Provinz.

Hanspeter (HP) Dickel hat es wieder gemacht. Nein, er hat nicht wie schon in den 1960er Jahren die Bassgitarre eingestöpselt und mit seiner Band The Lightnings die verqualmte Concordia-Halle im westfälischen Gronau zum Toben gebracht. Die gibt es schon lange nicht mehr. Damals hämmerte in dem einstigen Textilarbeiter-Städtchen drei Kilometer vor der holländischen Grenze die Musik der Beatles, von The Who oder The Kinks früher und lauter als anderswo.

Der musikalische Einfluss aus dem liberalen Enschede war bis nach Gronau hinüber geschwappt, erinnert sich Lindenbergs Weggefährte und Mitträumer HP Dickel. Beatles-Epigonen schossen wie Pilze aus dem Boden. Die Beat-Musik hatte sich wie ein großer Teppich ausgebreitet und bei den jungen Leuten von Fuß bis Kopf eingenistet. Wenn am Wochenende die Fabriktore geschlossen blieben, trafen sich ambitionierte Musiker in Kellern und Sälen und formierten sich zu schlagkräftigen Combos. Oft hatten sie ihren letzten Lohn oder Taschengeld für eine Elektrogitarre zusammengekratzt und gaben mit drei Akkorden ihr Bestes, um geräuschvoll die lokale Erfolgstreppe hochzufallen. Yeah, Yeah, Yeah.

Mehr als 50 Jahre später trifft man manchmal das wandelnde Lindenberg-Gedächtnis Dickel in einem Gronauer Café. Und – wie gesagt – HP hat nachgelegt. Aus einer Aktentasche zieht er den zweiten Band seiner Udo-Lindenberg-Biographie „Gronau UDO Zauberwelt“ hervor. 312 Seiten panisches Leben in Dur und Moll für knapp 40 Euro. Zählt man Band eins hinzu, dann hat der Herausgeber einen vollständigen, nahezu lebenslangen Lindenberg-Kosmos zusammengetragen und als Werk zur deutschen Musikgeschichte hinzugefügt. Klar, dass so viel klingender Musikzauber nicht in ein einziges „Udonales“ Lesebuch passt.

In der Beat-Ära dachte HP jedoch noch nicht daran, jemals Musikgeschichte(n) zu schreiben. Der junge Trommler Udo schon. Die Jugendfreunde vereinte die Aufbruchsstimmung in den frühen 60ern. Hinterm Horizont bundesdeutscher Hörgewohnheiten ging’s weiter. Für Udo am Schlagzeug bei den Dixie-Devils und später Mustangs. HP trat mit den in Westfalen angesagten The Lightnings auf und begleitete The Swinging Blue Jeans, The Lords oder Casey Jones & The Governors im Vorprogramm. Obwohl beide Brüder im Geist, sah man sie später selten zusammen in Gronau. Der 18-jährige Lindenberg hatte sich an der Musikschule Münster eingeschrieben, Dickel sich in Bochum und Berlin für das Studium der Sozialarbeit und später Geographie entschieden.

Nicht alle Gronauer Burschen haben in jener Zeit Udo vermisst. Andere begrüßten den Rocknovizen bei seinen gelegentlichen Stadtbesuchen mit freudigem „Hey, Udo!“. Vor allem die Damenwelt war ganz verzückt, wenn sie dem akkurat gekämmten Frührocker von der Musikschule Münster im halblangen beigen Trenchcoat begegnete. Nicht selten wechselten Mädchen dann zielstrebig die Straßenseite. Eifersüchtig ignorierten die Jungs die prominente Konkurrenz und steckten mit anderen Halbstarken auf ihren Kreidler-Florett-Mopeds die Köpfe zusammen.

Viel am Hut hatte der Mann mit Haarfilzhut mit dem Grenzstädtchen indes nicht. Mit dem „Daumen im Wind“ stand Lindenberg an der Ausfahrtchaussee nach Münster. „Die beste Straße der Stadt, führt aus ihr heraus“, meinte der Rock-’n’-Roll-Strolch damals zu wissen. Er hat sich schwer geirrt.

Aktionsstätte für „Fantasten“

Zu dieser Zeit krächzten „Great Balls Of Fire“, „Sweet Little Sixteen“ und „Only The Lonley“, Jerry Lee Lewis, Chuck Berry und Roy Orbison aus den Kofferradios. Gespannt kurbelten die Jungen und Mädchen im Stadtpark an ihren Geräten, bis sie einen Schwarzsender fanden. Technisch versierte Jugendliche aus den Baumwollspinnereien hatten sich auf Kurzwelle geschmuggelt und spielten dort nagelneue Singles aus den nahen Niederlanden, die es in Deutschland noch nicht gab. Stets auf der Hut vor Funkkontrolldiensten lieferten sich die Amateure einen versteckten Wettstreit um den heißesten Rhythmus unter den Fabrikschornsteinen.

Als Udo Lindenberg bereits im Musik-Orbit tänzelte und HP Dickel in Berlin arbeitete, waren Anfang der 1980er Jahre schon alle Lichter in Gronaus Fabriken und Musikkellern erloschen. Der industrielle Niedergang hatte Trümmer und zerdepperte Fensterscheiben im verstümmelten Stadtbild der verstummten Musikstadt hinterlassen.

Zurück in Gronau verfolgte Dickel als „stiller Komplize“ aber immer „auf brennend heißer Spur“ weiter die Entwicklung des inzwischen an der Elbe gereiften Nuschel-Rockers, arbeitete als Stadtarchivar, Autor und Kulturveranstalter. Zwischen zwei Easy-Drinks öffnet der Heimatexperte sein Buch: „Er hat jeden Strauch im Gebüsch gecheckt und wahnsinnige, längst vergessene Panik-Storys ausgegraben“, macht Lindenberg im Vorwort neugierig auf Dickels Enthüllungen.

Bis für den Panik-Präsidenten die Straße aus Gronau heraus ebenfalls ein Weg zurück wurde, sollten jedoch noch zwei Jahrzehnte vergehen. Zunächst bedurfte es eines gewitzten Stadtvaters mit Spürnase für Marketing, der den verlorenen Sohn für ein Rockmuseum auf der Industriebrache elektrisierte. Plötzlich entstand etwas Neues, ein vom Zukunftsklang getragener Ort heißer Bühnentätigkeit. Heimkehrer Lindenberg wurde zum Frontmann der „Aktionsstätte für Denker, Dichter und Fantasten“. Die Beatmusik war in Rockmusik übergegangen, der Rock ’n’ Roll in Deutschlands größten Rock-Tempel eingezogen.

Mit Eröffnung des Rock-’n’-Popmuseums vor 21 Jahren in einer ehemaligen Turbinenhalle war die reanimierte Musikstadt wieder am Puls des Pop. Jetzt unter Strom bleiben und ja nicht den PR-Stecker ziehen: Vor dem Museum eröffneten die „Gronauten“ einen Udo-Lindenberg-Platz, schmückten einen Kreisverkehr mit einer lebensgroßen Udo-Statue und ernannten „uns Udo“ – noch vor Hamburg – zum Ehrenbürger. Zwar weiß der Wahlhamburger Fallgruben des bürgerlichen Lebens gekonnt zu umschiffen, was ihn aber nicht hindert, publikumswirksam ans Bürgertum anzudocken. Schlussakkord. HP klappt seine Aktentasche zu.

Über zwei Brücken müssen Musikfans gehen, dann stehen sie am Stadtrand in einem von Grachten durchzogenen Inselpark vor dem Museum für Rock- und Popmusik. Mehr als 750.000 Besucher sind seit Eröffnung in das Epizentrum der Popularmusik gekommen. Im zeitgeschichtlichen Spiegel der Unterhaltungsmusik spazieren sie durch ein multimediales Feuerwerk der Musikgattungen, suchen die Single, die Elvis in einem Gronauer Schallplattenladen signiert haben soll, oder finden die Lederjacke, die Lindenberg vor über 40 Jahren in der DDR trug.

Wem das nicht genug „Udo“ ist, für den liegt draußen vor der Tür Musik in der Luft. Auf „panikhistorischen“ Rundgängen führt HP interessierte Besucher mit Fotos und Filmen zu Schauplätzen von Lindenbergs Leben und Karriere: den ersten Spielstätten im Stadtpark, Tanzlokalen, Elternhaus und Schule, zu Ungesehenem und Ungehörtem. „Jonny Controletti“, „Bodo Ballermann“ und „Rudi Ratlos“ begleiten aus einer tragbaren Musikbox die anekdotenreichen Udo-Tour.

● „Panikhistorische Rundgänge“: **www.hanspeter-dickel.de**. Veranstaltungen im Museum: **www.rock-popmuseum.de**

NIBELUNGENSAGE

Ein deutsches Heldenleben

Siegfried, der Drachentöter, gilt hierzulande als Musterheld schlechthin – Xanten am Niederrhein hat ihm ein Museum gewidmet

Der im Rhein versenkte Nibelungenschatz bleibt bis heute ein sagenhafter Mythos. 144 Ochsenkarren voller Edelsteine und rotschimmerndem Gold soll er umfasst haben. Er bildet die Grundlage des „Nibelungenlieds“. Dieses mittelalterliche Epos beschreibt die Abenteuer von Siegfried dem Drachentöter, seinen gewaltsamen Tod durch Hagen und die Rache von Siegfrieds Braut Kriemhild 26 Jahre später. Liebe und Hass, Treue und Verrat machen noch heute den Reiz des historischen Stoffes aus.

Die historischen Bezüge des „Nibelungenlieds“ reichen bis ins 5. Jahrhundert in die Zeit der Völkerwanderung zurück. Der Niedergang der Burgunder wird so zu einem Thema. Das „Nibelungenlied“ mit seinen fast 2400 Strophen wurde um das Jahr 1200 herum von einem unbekannten Autor niedergeschrieben und geriet nach dem Niedergang des Rittertums in Vergessenheit. Mitte des 18. Jahrhunderts wurde es wiederentdeckt. Im nationalen Überschwang wurde das monumentale Werk zum Nationalepos erklärt. Die Romantik ließ zahlreiche Kunstwerke zum Nibelungenlied entstehen, was in Richard Wagners Opernzyklus „Der Ring des Nibelungen“ kulminierte. Im Jahr 2009 machte die UNESCO das „Nibelungenlied“ zum Weltdokumenterbe.

Wo Hagen den Nibelungenschatz im Rhein versenkt haben soll, weiß man bis heute nicht. Sicher ist, wo Siegfried herstammt: aus Xanten. Siegfried, der Drachentöter, der nach einem Bad im Blut des Drachen unverletzlich war bis auf eine von einem Lindenblatt bedeckte Stelle an der Schulter, ist der deutschen Nibelungensage nach der Königssohn aus der Stadt am Niederrhein. Hier findet sich auch, im Schatten des Domes gelegen, das Siegfried-Museum. Dort werden die kulturellen und politischen Bezüge des Liedes vorgestellt. Richard Wagner kommt hier genauso zu Wort wie die Demagogen des Dritten Reiches, die im Krieg von jedem Deutschen propagandistisch die „Nibelungentreue“ einforderten.

BILD: SIEGFRIEDMUSEUM.DE

Das Siegfried-Museum in Xanten

Inhalt und Figuren „eines der bedeutendsten Werke der Weltliteratur“ (so das Museum) werden dabei in einem gesonderten Raum beschrieben. Neben mittelalterlicher Kleidung, historischen Büchern und Gemälden informieren Lesetafeln ebenso wie Hör- und Videostationen sowie Touchscreens über diese „Ilias“ der Deutschen. Einmal vor Ort, lohnt sich auch ein Besuch im Dom und Diözesanmuseum. Bei gutem Wetter schließt der Besucher seinen Aufenthalt mit einem Kaffee in der historischen Altstadt ab. Und wer will, kann sich anschließend auf die Suche nach dem Nibelungenhort begeben. *Andreas Rüdig/H. Tews*

● SiegfriedMuseum Xanten, Kurfürstenstraße 9, 46509 Xanten, geöffnet täglich außer montags, Eintritt: 5 Euro, Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren frei.
www.siegfriedmuseum-xanten.de

FÜR SIE GELESEN

Falsche Anschuldigung

Chris Schönwald lebt seit 20 Jahren in den USA. Er war ein angesehener Literaturprofessor an der Columbia Universität, bevor er entlassen wurde. Durch Vermittlung wirkte er im Wahlkampf für Donald Trump mit, wobei er aufgrund seiner rhetorischen Fähigkeiten sehr erfolgreich war.

Als er nach Berlin fliegt, um der Eröffnung des queeren Buchladens seiner Schwester beizuwohnen, ist sein Redetalent gefragt, nachdem eine Gruppe junger Migranten gegen den Laden protestiert, da dieser angeblich mit NS-Geldern finanziert worden sei. Die Vergangenheit der Schönwalds ist der Familie selbst nicht bekannt oder wurde verdrängt. Für Schönwald und seine Familie beginnt die Recherche und die Widerlegung dieser unwahren Behauptung. Da er Virtuose der Wortverdrehungen ist und selbst Unwahrheiten überzeugend vermitteln kann, setzt er alles daran, die unwahre Behauptung zu entkräften. Ein Gesichtsverlust würde seiner Karriere in den USA immens schaden.

„Schönwald“ ist ein anspruchsvoller und anregender Roman. Er offenbart unter anderem die erschreckenden Lügen des Wahlkampfs Donald Trumps. Philipp Oehmke schreibt seit vielen Jahren für den „Spiegel“. Dies ist sein erster Roman. *Angela Selke*

Philipp Oehmke: „Schönwald“, Piper Verlag, München 2024, gebunden, 543 Seiten, 26 Euro

Sprachlose Familien

Wenn ein erwachsenes Kind den Kontakt zu den Eltern abbricht, sitzt der Schmerz der Verlassenen tief. Nach ihren Beweggründen befragt, geben die Kinder häufig an, sich von ihren Eltern nicht verstanden oder wertgeschätzt zu fühlen.

Claudia Haarmann ist Heilpraktikerin für Psychotherapie. In ihrem Buch „Der Schmerz verlassener Eltern“ hat sie sich betroffenen Eltern und deren Geschichten gewidmet. Anhand von Fallbeispielen zeigt sie, dass es oft um fehlende Kommunikation geht, um Themen, über die nicht offen gesprochen wird. Das Kind spürt, dass es etwas Verborgenes, vor ihm geheim Gehaltenes gibt. Meist handele es sich um vererbte Traumata, Misshandlungen oder erlebte Demütigungen, das „emotionale Erbe“.

Kontaktabbrüche sind ein weltweit verbreitetes Phänomen, mit dem sich vermehrt auch die Wissenschaft auseinandersetzt. Haarmann zitiert zahlreiche wissenschaftliche Publikationen und zeigt in ihrem Buch Wege einer möglichen Lösung auf. *MRK*

Claudia Haarmann: „Der Schmerz verlassener Eltern. Kontaktabbruch als emotionales Erbe verstehen und Wege damit umzugehen“, Kösel Verlag, München 2024, gebunden, 208 Seiten, 20 Euro

SACHBUCH

BILD: SHUTTERSTOCK

Klein, nützlich und nicht nur für große Katzenliebhaber – Lili Chin hat ein großes Herz für Tiere und sich durch wissenschaftliche Daten zur Körpersprache von Katzen gearbeitet. Das Ergebnis ist ein kleines feines Buch mit liebevollen Illustrationen, einfachen, oft stichwortartigen Texten über Geruch, Ohren, Augen, Tasthaare, Katzenlaute und weitere Kommunikationsformen. *CRS*

Lili Chin: „Das kleine Buch der Katzensprache“, Eugen Ulmer KG, Stuttgart 2024, gebunden, 159 Seiten, 15 Euro

UKRAINEKRIEG

Motive und Möglichkeiten

Helmut Roewer zieht Bilanz über die Ereignisse seit 2022, beleuchtet die wirtschaftlichen Implikationen des Konflikts und die Rolle der USA

VON WOLFGANG KAUFMANN

Helmut Roewer war Panzeroffizier und sechs Jahre lang Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz. Aus diesem Grund ist er zweifellos kompetenter als viele Politiker und Möchtegern-Experten, wenn es um politisch-militärische Einschätzungen rund um den Ukrainekrieg geht. Allein das bietet Anlass genug, sein Buch „Nicht mein Krieg. Deutschland und der Ukraine-Konflikt“ im Grundsatz zu empfehlen.

Es besteht aus zwei Hauptteilen. Im ersten zieht Roewer eine Bilanz des Krieges mit Stand vom Frühsommer 2024 unter Berücksichtigung seiner Vorgeschichte seit Beginn der 1990er Jahre. Dabei tut der Autor etwas, was hierzulande absolut nicht gern gesehen wird: Er bringt sowohl die eskalierende Rolle der USA beziehungsweise der NATO als auch die provokative antirussische Politik Kiews zur Sprache. Des Weiteren analysiert Roewer die Kriegspropaganda beider Seiten und die wirtschaftlichen Implikationen des Konfliktes. Dazu kommt eine Diskussion über die Hintergründe bestimmter Ereignisse im Verlaufe des Krieges wie der Sprengung der Nord Stream-Pipelines.

Hier äußert Roewer wiederholt seine Gewissheit, dass bei diesem Sabotageakt nur die USA als Täter in Frage kommen. Ansonsten dient die Darstellung auch dem erklärten Zweck, auf die Notwendigkeit eines speziellen deutschen Standpunktes zu diesem Krieg zu verweisen, denn natürlich – so Roewer – seien die Interessen der Bundesrepublik nicht deckungsgleich mit denen der Ukraine oder anderer Protagonisten auf der Seite der vermeintlich Guten, wie sie in Washington, Paris, London und Warschau sitzen.

Im zweiten Teil kommentiert Roewer in Tagebuchform die Ereignisse rund um die Ukraine zwischen dem 18. Januar 2022 und 26. Mai 2024. Dabei liefert er immer wieder schöne Bonmots wie: „Steht schlimm um Deutschland, wenn der russische Präsident besser deutsch spricht als die Außenministerin.“ Ansonsten geht der Autor wieder auf die Nord Stream-Sabotage ein und charakterisiert die These von einer möglichen ukrainischen Täterschaft als nachgerade absurd.

Hier wäre allerdings einzuwenden, dass die tatsächlich eher unglaubwürdige Geschichte von dem kleinen Sabotagetrupp auf der Jacht „Andromeda“ durchaus eine Nebelkerze sein kann, um von der realen Aktion eines hochprofessionellen ukrainischen Taucherteams mit handfester polnischer Unterstützung abzulenken. Motive und Möglichkeiten, Nord Stream auszuschalten, hatten Kiew und Warschau jedenfalls genug.

Helmut Roewer: „Nicht mein Krieg. Deutschland und der Ukraine-Konflikt. Bericht und Journal 2022/24“, edition buchhaus loschwitz, Dresden 2024, broschiert, 341 Seiten, 22 Euro

BIOGRAPHIE

Der Vater der Nationalhymne

Der Germanist Jörg Koch zeichnet ein Lebensbild des Dichters Hoffmann von Fallersleben und betrachtet dessen Bedeutung bis heute

VON UTE EICHLER

Jörg Koch hat mit seinem Buch „Die Gedanken sind frei. August Hoffmann von Fallersleben. Ein Dichterleben“ ein Werk vorgelegt, für das die Zeit überreif war. Mit ihm ist für den allgemein literaturgeschichtlich interessierten Leser, genauso wie für Lehrer oder Studenten eine Handreichung gegeben, die gut lesbar, leicht verständlich und in Teilen unterhaltsam das umtriebige Leben eines Universitätsprofessors, Forschers und produktiven Autors im 19. Jahrhundert nachzeichnet.

Dem von Koch in elf Kapiteln gegliederten Lebensbild ist eine Einleitung vorangestellt, in der der Autor umreißt, worin aus seiner Sicht der bleibende Wert des Fallerslebenschen Werks besteht: Er hat 1841 das „Lied der Deutschen“ gedichtet, das 1922 zur Nationalhymne wurde. Und er hat die auf den ersten Blick unglaubliche Zahl von 550 Kindergedichten hinterlassen, von denen die Mehrzahl vertont wurde. Diese Kinderlieder haben bis heute einen solchen Bekanntheitsgrad, dass sie als Teil des allgemeinen deutschen Volksliedgutes angesehen werden.

Koch bringt in der Einleitung wie auch in seiner Schlussbetrachtung die entscheidenden Aussagen zu Werk und Wirkung des Hoffmann von Fallersleben – aus heutiger Sicht – auf den Punkt. Was zu Beginn der Lektüre verwundert, ist der reichliche Gebrauch der Wiedergabe von Gedichten des Hoffmann von Fallersleben. Rund 80 dieser zum Teil als Gelegenheitsgedichte, als politisch-satirische Dichtungen oder als Liebesgedichte oder Trinklieder verfassten Schöpfungen durchziehen die Kapitel. Im dritten Kapitel wird mit „Das Deutschlandlied – Inhalt und Bedeutung“ nicht nur die Entstehungs- und rasche Erfolgsgeschichte vom „Lied der Deutschen“ dargestellt, sondern auch eine Wertung der Wirkung aus heutiger Sicht vorgenommen. Koch verwundert mit seiner Formulierung, wenn er bei „von der Maas bis an die Memel“ das Memelgebiet als das Gebiet benennt, in dem „Deutsche lebten bzw. Kaschuben, Polen und Masuren, die als Preußen geführt wurden, vielerorts auch deutsch gesprochen wurde … galt den Zeitgenossen diese Gegend als deutsch“. Hier hätte es eine klare und der historischen Wahrheit entsprechende Aussage gebraucht.

Das elfte Kapitel, betitelt „Ausblick: Das Lied der Deutschen wird Nationalhymne“, wirkt wie eine Zugabe an den Leser, die den Fleiß des Autors Koch unter Beweis stellt. In seiner Schlussbetrachtung zeichnet er ein Charakterbild Hoffmanns, indem er ihn als „kaum ein anderer war zu Lebzeiten so geächtet und geachtet wie er“ benennt.

Jörg Koch: „Die Gedanken sind frei. August Heinrich Hoffmann von Fallersleben. Ein Dichterleben“, Olzog edition, Reinbek 2024, gebunden, 272 Seiten, 26 Euro

UNIKAT

40 Jahre „Stille Jahre in Gertlauken“

Ein Buch, seine Autorin und ihre Leser

VON HENRIETTE PIPER

Marianne Günther 1943 mit Schülern der Klasse 6/7 *Bild: Privatarchiv Peyinghaus; pixabay.com*

Marianne Günther ist gerade 20 Jahre alt, als sie nach bestandener erster Lehramtsprüfung im Oktober 1941 die Einberufung auf ihre erste Dienststelle bekommt. Bei Weigerung erfolgt „Streichung von der Lehramtsanwärterliste“. Es herrscht Krieg, es fehlen Lehrer, eine Wahl hat sie nicht. Gertlauken liegt 1300 Kilometer von Köln entfernt. Kreis Labiau. Ein Dorf, das man auf der Landkarte suchen muss. Hier soll Marianne 120 Kinder unterrichten, in drei jahrgangsübergreifenden Klassen, ganz allein. Beherzt tritt sie die dreitägige Reise in das fremde Ostpreußen an. Sie ist das, was man früher „patent“ nannte: lebenstauglich, lösungsorientiert, zupackend. Für ihre Aufgabe ist sie nach verkürztem Studium kaum ausgebildet. Aber die Eltern haben ihr, neben dem anerzogenen Pflichtbewusstsein, auch einen breiten Fundus an Bildung mitgegeben, dazu ein stabiles Selbstvertrauen und Neugier auf die Welt.

In Köln fallen schon die Bomben. Und so schreibt Marianne ihren Eltern unentwegt Briefe. Sie schreibt aus Sorge, aber auch, weil sie sich mitteilen will und eine unbändige Freude am Erzählen hat. Marianne schreibt von Schülern, ihrem Unterricht und pädagogischer Überforderung. Von den Menschen im Ort, die zu Freunden werden, und von Erkundungen der Landschaft, die sie mit dem Fahrrad unternimmt. Sie erzählt von dem hohen ostpreußischen Himmel, den weißen Dünen Niddens, von klirrender Kälte und langen Wegen zu Fortbildungen, die sie auf dem Rad zurücklegen muss, bei Regen, Matsch und Gegenwind, 20 Kilometer hin und zurück. Während es anfangs noch still ist in Gertlauken, kommt dann mit den evakuierten Kindern aus Hamburg, Königsberg und dem Memelland der Krieg immer näher. Bis er hörbar wird und da ist. Am 20. Januar 1945 gehen auch die Gertlaukener und ihr „Schulfräulein“ auf die Flucht.

Von Untergang und Idylle

Marianne Peyinghaus ist über 60 und in einem Alter, in dem man an den eigenen Nachlass zu denken beginnt, als sie die verwahrten Briefe aus dem Schrank holt. Sie sind in Sütterlinschrift verfasst. Um sie für ihre Nachkommen lesbar zu machen, tippt Marianne Peyinghaus sie ab. Die Reaktionen der Leser aus dem unmittelbaren Umfeld bestärken sie darin, eine Veröffentlichung zu versuchen. Im November 1984 setzt sie eine Anzeige in die „Zeit“: „Verleger gesucht für Briefe aus Ostpreußen 1941/45“. Sie findet den Gesuchten in Günther Elbin. Der gebürtige Schlesier ist Reiseschriftsteller und Herausgeber einer Reihe von Büchern über fremde Länder und Landschaften.

„Stille Jahre in Gertlauken. Erinnerungen an Ostpreußen“ erscheint im Sommer 1985 und wird ein überwältigender Erfolg. Noch im Jahr des Erscheinens folgt eine zweite Auflage, danach in kurzer Zeit etliche Neuauflagen, Taschenbuch- und Lizenzausgaben, die bisher letzte beim Rautenberg Verlag im Jahr 2019. Der jüngste Leserkommentar auf der Internet-Plattform Amazon stammt aus dem Jahr 2021. Wie erklärt sich dieser Erfolg?

Als das Buch 1985 erscheint, leben die erst vorwiegend ostpreußischen Leser mit dem Ergebnis des Zweiten Weltkrieges: dem Untergang Ostpreußens. Dieses Wissen lädt die in den Briefen geschilderte Idylle zusätzlich noch einmal emotional auf. Im Spannungsbogen dieser Pole entfaltet das Buch seine ganz besondere außergewöhnliche Wirkung.

Die Tiefenwirkung des Buches drückt sich in den zahlreichen Leserbriefen aus, die zum Glück erhalten sind. Sie füllen zwei pralle Aktenordner. Oft sind die Briefe sieben und mehr Seiten lang. Nach einem höflichen Anfang mit einer kurzen, sehr positiven Rückmeldung, folgt dann in der Regel ein Satz wie: „Nur kurz zu meiner Person“. Damit bricht der Damm. Eruptiv kommt zum Ausbruch, was verdrängt und vergessen war. Traumata, Erinnerungen, Sehnsüchte. Die Leser schütten der Briefschreiberin ihr Herz aus. Nun erzählen sie selbst.

Die Briefe kommen aus Westdeutschland oder anderen westeuropäischen Ländern und Übersee, in die es die Ostpreußen verschlagen hat. Nicht aus der DDR. Über ihre Herkunft und die Erlebnisse bei Flucht und Vertreibung durften die „Umsiedler“ nicht sprechen. Als sich mit der Wende der westliche Buchmarkt für den Osten öffnet, erobert das Buch einen weiteren Leserkreis. „Wie oft“, schreibt eine Leserin aus Neuruppin 1993, „habe ich seit der Wende Ihre Briefe aus Gertlauken gelesen! Jedes Mal war ich tief berührt.“

Marianne Peyinghaus hat, wie Notizen auf den Briefen belegen, jeden Brief beantwortet, sich mit manchen Briefschreibern auf eine Tasse Kaffee getroffen oder sie besucht. Ehemalige Schüler hat sie in ihr Haus in Bad Breisig (Landkreis Ahrweiler, Rheinland-Pfalz) eingeladen. Zu manchen ist daraus eine Freundschaft unter Erwachsenen geworden. Mit ihren Schülern von einst reiste sie 1995 ins jetzt russische Nowaja Derewna, und beteiligte sich auch an Hilfsaktionen für die Menschen dort. Marianne Peyinghaus hat aus einem inneren Bedürfnis heraus das betrieben, was heute „Autorenbindung“ genannt wird und Marketing-Strategie ist.

Anteil an dem Erfolg des Buches hat unzweifelhaft auch der Herausgeber Günther Elbin (1924–2007). In seinem Nachwort zum Buch schweigt er zu Umfang und Art der Eingriffe, aber dass er aus dem „Konvolut von 382 eng beschriebenen Seiten“ auswählen musste, liegt auf der Hand. Die Parteizugehörigkeit der jungen Marianne wird am Anfang des Buches erwähnt, ihre Hitlergläubigkeit teilt sich mit. Sprachliche Glättungen sind anzunehmen. Den Lesern, die von den authentischen Schilderungen gepackt sind, fallen diese Eingriffe kaum auf. Das Buch wird als ein natürliches Gesamtkunstwerk empfunden und verschlungen wie ein Roman. Nur der Historiker mag stutzen, wenn vom Herbst 1944 erzählt wird, ohne dass „Nemmersdorf“ genannt wird, ein für die Ostpreußen traumatisches Datum. Die Auslassung ist der vielleicht deutlichste Hinweis auf das Konzept des Herausgebers: Der Leser soll die „Stillen Jahre in Gertlauken“ so lange wie möglich genießen dürfen.

Die verkaufte Auflage der Bücher, die 2020 vom Random House Konzern mit 156.350 angegeben wird, enthält nicht die Auflagen der Lizenzausgaben. Sie sagt insbesondere nichts über die Zahl der Leser aus, die um ein Vielfaches höher liegt und vermutlich über die Millionengrenze weit hinausgeht. Denn die Bücher wandern von Hand zu Hand, werden in Antiquariaten und auf Onlineplattformen gehandelt und erreichen mit jedem neuen Verkauf weitere Leserkreise.

Erst Roman, dann Geschichtsbuch

Ab dem Jahr 2000 nehmen die persönlichen Briefe an die Autorin ab. Sie stirbt am 5. April 2014, zehn Tage vor ihrem 93. Geburtstag. Die neue Generation Leser, oft Nachfahren von Ostpreußen, postet ihre Gedanken nun im Internet. Sie bedauern, den Erzählungen von Eltern und Großeltern nicht genügend Beachtung geschenkt zu haben, und begeben sich mit diesem Buch auf die Wurzelsuche. Touristen, die nach einer Reise die „Magie Ostpreußens“ entdecken, kommen als neue Lesergruppe dazu. Das Buch wird jetzt als Bericht aus einer fremden, vergangenen Welt gelesen. Die neuen Leser verschlingen „Stille Jahre in Gertlauken“ nicht mehr als Roman, sondern als Geschichtsbuch. Im Spiegel der Briefe reflektieren sie ihre eigene Wirklichkeit.

Was ist das Geheimnis dieses Longsellers? Abgesehen von der Erzählkraft der Autorin und der Authentizität des Geschilderten könnte es in der Faszination liegen, die von der kraft- und vertrauensvollen Persönlichkeit der Briefschreiberin ausgeht und die im Leser das Verlangen nach einem inneren Dialog weckt. Auch der Brite, der 2020 auf Amazon seinen Kommentar einstellt, rückt die Persönlichkeit der Autorin ins Zentrum: „... written by a gentle, intelligent and observant young woman. Brilliant, beautiful book!“

● **Anmerkung:** *Der Einblick in den Nachlass von Marianne Peyinghaus verdankt sich einem gemeinsamen Projekt mit Agata Kern, Ostpreußisches Landesmuseum, zum Thema „Schule im Krieg“. Wolfgang Peyinghaus und Rosemarie Horbach (Briefsammlung) sei dafür herzlich gedankt.*

Einige Leserstimmen:

Alfred A. 1985: „Das Buch hat in mir heimwehvernarbte Wunden aufgerissen.“

Ingeborg B. 1988: „Mit diesem Buch haben Sie mir die Heimat ins Haus gebracht.“

Renate E. – ohne Datum: „Für mich war die Nennung meines Geburtsorts – Gertlauken, Kreis Labiau – bisher immer verbunden mit dem Gedanken „Flüchtlingskind“. Und damit, weniger wert zu sein als andere. Daß Sie wie selbstverständlich, das Dort schätzten und es für mich sozusagen in die Welt setzten, hilft mir, mich damit zu identifizieren und es anzunehmen, gibt mir meine ersten Kinderjahre zurück.“

Elisabeth von B. – ohne Datum: „Ich fing auch an mit einer Klasse von 100 Kindern und keiner fragte, ob ein unerfahrener Anfänger das schaffen könnte. Nach acht Tagen war ich vom Reden so heiser, dass ich keinen Ton mehr herausbrachte.“

Ursula H. 1986: „Vor Rührung geheult habe ich aber, als Sie meine Großmutter mütterlicherseits, die Frau des Standesbeamten Butzer in Laukischken beschreiben. Sie haben Ihr ein wunderschönes Denkmal gesetzt.“

Dieter R. 1988: „Plötzlich ist mir wie ein Blitz aus heiterem Himmel wieder bewusst geworden, daß in meinen Adern ostpreußisches Blut fließt, da meine Großeltern mütterlicherseits aus Ostpreußen (Masuren) stammen.“

Elisabeth B. 1988: „Das „ostpreußische Tagebuch“ von Graf Lehndorff und „Namen, die niemand mehr nennt“ von Marion Dönhoff sind auch in meinem Besitz, man klammert sich eben an alles, was an Ostpreußen erinnert, und wenn man es nur in seinem Herzen aufheben darf.“

Marianne M. 1988: „Da mir das Ende Ostpreußens bekannt war, habe ich jedes Mal gezittert, wenn Sie Ihren Eltern schreiben „kommt hier her, hier ist es ruhig“.“

Herbert B. 1990: „Nun bin ich beileibe kein „Revangist“ , aber ich vertrete ebenfalls die Meinung, dass auch Ostpreußen mit seiner 700jährigen deutschen Geschichte nicht aus unserer gemeinsamen Vergangenheit getilgt werden darf.“

Dagmar R. 1992: „Seit dem Erscheinen des Buches ist es mein allerliebstes Lieblingsbuch, das ich sogar zweimal besitze. Eine normale Ausgabe und ein Taschenbuch für unterwegs. Eigentlich lege ich es kaum aus der Hand.“

Klaus D. 1998: „Leider habe ich meine Eltern und meine Verwandtschaftsangehörigen viel zu wenig über „wie war es früher“ gefragt. Aber dieses Ostpreußen war für mich, für meine Vorstellungskraft, ein wohl nie zu bereisender Punkt auf unserer Weltkarte. Ostpreußen war scheinbar das verbotene Land, besonders für Menschen diesseits der Elbe.“

Singer auf Amazon 2002: „Ich bin Jahrgang 1972 und habe dadurch ein sehr zwiespältiges Verhältnis zu dem Begriff Heimat. Wenn man dieses Buch allerdings gelesen hat, kann man verstehen wie es sein muß, Heimat zu verlieren.“

Auf Amazon 2002: „Ich fand es sehr aufschlußreich in den Briefen die Auseinandersetzung mit ihrem Vater zu verfolgen, der dem Naziregime offensichtlich sehr kritisch gegenüberstand. Auch die Autorin verändert langsam ihre Einstellung. Sie wird nicht zu einer Regimegegnerin – aber sie macht nicht zuletzt durch das Kriegsgeschehen einen Lernprozeß durch, und erkennt am Ende die ganze grausame Wahrheit. Ich denke, dass diese Einsicht kein Einzelfall war. Aber noch nie habe ich das so deutlich nachvollziehen können, wie in diesem Buch.“

Ingrid Glodde auf Amazon 2008: „Mit der Mischung des Gelesenen und den Erzählungen meiner Mutter habe ich mich auf den Weg nach Labiau gemacht im Jahr 2002. (...) Ich habe mich ins Gras gelegt und in den blauen Himmel geschaut und fühlte mich zu Hause.“

Auf Amazon 2016: „Seit 15 Jahren suchte ich nach diesem Buch, das ich vorher ein Mal aus unserer Bücherei ausgeliehen hatte. Im Internet fand ich dieses Buch zufällig wieder. Nun kaufte ich es mir gleich und verschlang es geradezu.“

Von rwagner auf Amazon 2021: „Diese Briefe sind für die stillen Stunden im Leben. (...) Leider wird das Buch nicht mehr verlegt.“

AUFGESCHNAPPT

Die Verbreitung von „Verschwörungstheorien“ gilt als typisches Betätigungsfeld von „Rechtspopulisten“. Nach den Anschlägen von Aschaffenburg und München treten hier dagegen ganz andere Kreise hervor. ZDF-Journalist Wulf Schmiese mutmaßt, dass eine „Steuerung“ hinter den Taten steckt, die deutsche Wahlen beeinflussen will. Bei Phoenix meint ein Sicherheitsexperte namens Jörg Trauboth gar: „Irgendetwas sagt mir, der Wahlausgang soll beeinflusst werden.“ Es gehe um die Migrationspolitik, die, so lässt sich Trauboths Äußerungen entnehmen, mit den Taten in schlechtes Licht gerückt werden solle. ZDF-Journalistin Marietta Slomka raunte bei „Bluesky“ in eine ähnliche Richtung, ebenso ihre WDR-Kollegin Isabel Schayani, die derartiges bei X zum Besten gab. Wie es aussieht, geht die Offensichtlichkeit der Realität, die so gar nicht zu ihren Vorstellungen passen will, über die Kraft jener Journalisten und „Experten“. Wie in ähnlichen Fällen solcher Überforderung flüchten sie sich in abgründige Erklärungsversuche. *H.H.*

STIMMEN ZUR ZEIT

Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz erklärt in der „Welt“ (13. Februar), wie Deutschland in die Sackgasse geraten ist:

„Was in Deutschland seit 2015 geschieht, kann man nicht mehr politisch erklären. Der Realitätsverlust durch die Hypermoralisierung aller politischen Themen hat aus der Berliner Republik ein Treibhaus der Weltfremdheit gemacht. Von außen betrachtet, erscheint Deutschland als geschlossene Anstalt des Gutmenschentums – betreut durch die Parallelwelt des ÖRR.“

Ulrich Reitz deutet im „Focus“ (17. Februar) auf ein entscheidendes Problem hin, vor das sich ein Bundeskanzler Friedrich Merz gestellt sehen dürfte:

„Dass mit Grünen und SPD eine Asylwende nicht zu machen ist, haben ein weiteres Mal die Diskussionen nach dem jüngsten islamistischen Attentat von München gezeigt. Und deshalb hängt auch ein zentrales Versprechen von Friedrich Merz in der Luft – dass es einen Neuanfang in der Migrationspolitik auch mit seinen wahrscheinlichen Koalitionspartnern geben werde – mit SPD und Grünen.“

Meinrad Müller gibt beim Portal „Ansage.org“ (16. Februar) einen Blick auf Argentinien unter Xavier Milei frei. Eine Aussicht, die sich viele Deutsche für ihr Land wohl wünschen würden:

„Plötzlich gibt es wieder ein Licht am Ende des Tunnels, nach Jahren des wirtschaftlichen Stillstands. Das Vertrauen in die Zukunft wächst, weil spürbar wird, dass hier jemand am Steuer sitzt, der klare Prinzipien vertritt – und bereit ist, unbequeme Entscheidungen zu treffen. Es sind keine theoretischen Reformpläne mehr, sondern handfeste Ergebnisse.“

Gunnar Schupelius bezichtigt in der „B.Z.“ (13. Februar) das linke Lager und die selbsternannte „Mitte“ der Heuchelei, denn:

„Das ist das Problem: Wenn Abgeordnete im Bundestag gemeinsam mit der AfD stimmen, dann werden sie durchs Dorf gejagt. Wenn sich aber auf der linken Seite Demonstranten mit gewalttätigen Verfassungsfeinden mischen, dann interessiert das niemanden.“

Laut Klaus-Rüdiger Mai würde eine schwarz-rot-grüne Koalition Deutschland nur weiter in den Abgrund manövrieren, wie er bei „Tichys Einblick“ (17. Februar) schreibt:

„Die politischen Spielchen von Deutschlands dysfunktionalen Eliten sind aus der Zeit gefallen, sie haben die Verbindung zur Entwicklung verloren, vor deren Zumutungen sie sich verbarrikadieren. Sie selbst sind ein Museum. Nur noch ihre Brandmauer schützt Deutschlands Anachronismus. Es ist bereits mehr ins Rutschen geraten, als die Zahlen bisher abbilden.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Der Blick von draußen

Wovor die Amis erschaudern, worüber deutsche Juristen lachen, und was aus Olaf wird

VON HANS HECKEL

Die Empörung vereinte die etablierten Parteien von den Grünen bis zum CDU-Chef Merz. Nein, was der US-Vizepräsident J.D. Vance da auf der Münchener Sicherheitskonferenz vom Stapel gelassen hat, wo er die Unterdrückung der freien Rede in Deutschland und Europa geißelte, war nicht nur eine einzige Frechheit. Es war natürlich auch nicht wahr. Verteidigungsminister Boris Pistorius trat dem von Vance erweckten Eindruck voller Entschlossenheit entgegen, „dass in unserer Demokratie Minderheiten unterdrückt oder zum Schweigen gebracht werden“. Und er tat dies gleich auf derselben Tagung in der bayerischen Hauptstadt – von der die AfD übrigens ausgeschlossen worden war.

Was meinte der Ami denn überhaupt? Das hat der US-Sender CBS kurze Zeit später nachgeliefert mit einer TV-Reportage, die flugs weltweit Wellen machte. Der Sender gilt als mitte-links, steht ungefähr in dem politischen Spektrum, wo in Deutschland die „Zeit“ oder die „Süddeutsche Zeitung“ ihre Netze auswerfen. Zum medialen Umfeld von Vance oder Trump zählen die US-Kollegen demnach ganz gewiss nicht.

In dem Beitrag werden drei niedersächsische Staatsanwälte von der „Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet“ gezeigt, wie sie über Bürger feixen, deren Wohnungen um 6 Uhr früh von Polizeibeamten gestürmt werden, die ihre Mobiltelefone konfiszieren, weil sie im Netz politisch über die Stränge geschlagen haben. Die Juristen haben sichtlich Spaß daran, wie „geschockt“ ihre Zielobjekte reagieren, weil der Verlust des Smartphones eine „Art Bestrafung“ sei, die schlimmer wirke als ein Bußgeld. Wohlgemerkt werden hier Leute „bestraft“, die schlimmstenfalls verdächtig, aber keineswegs verurteilt sind.

Deutsche Zuschauer denken da sofort an die „Schwachkopf“-Affäre von Bayern und wissen Bescheid. Das US-Publikum dagegen reagiert laut Berichten eher verwirrt bis seinerseits geschockt und erinnert sich daran, dass Strafmaßnahmen gegen politische Störenfriede und das hämische Gelächter über deren Bestrafung in Deutschland schon mal Usus gewesen sein sollen, in düsterer Vergangenheit. Die fröhliche Selbstverständlichkeit, mit der sich deutsche Juristen hier bei der Verfolgung sogenannter „Hass“-Täter filmen lassen, läuft freiheitsliebenden Amerikanern wie ein kalter Schauer über den Rücken.

Wie dem auch sei: Die Vance-Kritik kommt ebenso wie diese hinterhältige TV-Reportage zur völligen Unzeit, sie fallen schließlich mitten in die Schlussphase des Wahlkampfs. Immerhin, einen Lichtblick gibt es: Wir können hoffen, dass die beiden entlarvenden Vorkommnisse in dem Getümmel der Nachrichten, die auf diesen letzten Metern vor dem Urnengang täglich auf uns eindreschen, schnell vergessen werden.

So wie die „Hofnarr“-Affäre des Kanzlers. Davon spricht keiner mehr. Das ist tröstlich für Olaf Scholz, denn der macht sowieso schwere Zeiten durch. Er hatte sich alles so schön ausgemalt mit seiner großartigen Aufholjagd, mit der er es uns zeigen werde am Wahltag, weil er sie alle hinter sich lässt wie weiland 2021. Der Fehler: Er hatte damals gar nicht aufgeholt, seine beiden Konkurrenten Baerbock und Laschet waren nur so nett, sich selbst auf die Schnauze zu legen. Da blieb er bloß übrig, das war’s.

Nicht so in „Olafs Welt“, in die wir an dieser Stelle bereits vor Monaten einen Blick geworfen haben. In jenem Märchenland der Selbstüberschätzung hatte sich der Kanzler zum Titanen aufgepumpt, dessen genialer Strategie keiner gewachsen war.

Die „Bunten“ hinter Betonpollern

Dann aber wurden die Umfragewerte einfach nicht besser. Scholz wurde wütend und gab sich beleidigt wie ein störrisches Kind, das die Eltern gegen dessen Willen aus der Sandkiste gezerrt haben. Der Zorn schoss aus ihm raus, als er den dunkelhäutigen Berliner CDU-Kultursenator Joe Chialo auf einer Berliner Party beleidigt und einen ÖRR-Spitzenmann (dessen Namen wir leider nicht erfahren haben) gar noch mit „Halt den Mund, du A...“ abgebürstet hat.

Ausgerechnet der öffentlich-rechtliche Rundfunk! Die Leute geben doch wirklich alles, um die Strömung in Deutschland auf links zu drehen. Wie undankbar von Scholz. Der offenbar angeschickerte Kanzler stampfte auf wie ein glückloser Heerführer, der am Ende seinen Stab zusammenstaucht, weil er nicht eingestehen will, dass er es selber war, der alles an die Wand gefahren hat.

Bei den Streitrunden der Kanzlerkandidaten stand Scholz denn auch immer ein bisschen da wie einer, der eigentlich gar nicht mehr mitspielt. Denn jeder weiß: Merz, Weidel und Habeck werden nach dem 23. Februar weiter eine gewichtige Rolle spielen in der deutschen Politik. Scholz dagegen kann nach Hause gehen. Nach Hause gehen als der unbeliebteste Bundeskanzler seit Beginn der Erhebungen und Chef einer Regierung, die so gründlich gescheitert ist wie keine andere seit Gründung der Bonner Republik.

> Wie sich unsere Staatsanwälte über die Bestrafung Unschuldiger amüsieren, jagt den Amerikanern einen Schauer über den Rücken

In der Sicherheit seiner Wohnstatt kann er dann wieder in „Olafs Welt“ eintauchen und an der Legende seines sagenhaften Erfolgs stricken, auf den er ja immer wieder hinweist. Da stört ihn dann keiner mehr. Olaf – allein zu Haus. Noch ist die Wahl aber nicht gelaufen, deshalb wird weitergekämpft. Dafür haben sie uns tatsächlich doch noch einmal so eine Abschiebe-Show präsentiert wie damals vor den Landtagswahlen im September!

Gleichzeitig sickert indes durch, dass Baerbocks Auswärtiges Amt für die Zeit kurz nach der Wahl den Import Tausender von Afghanen vorbereitet, die man für den Weitertransport nach Deutschland bereits in Pakistan geparkt hat.

Um die Kritik an derlei durchschaubaren Manövern wegzukreischen, müssen die Machtdemonstrationen der Gesinnungsindustrie weitergehen, sogar im 17.000-Einwohner-Städtchen Penzberg bei München. Auch dort haben sie für „Bunt“ und „gegen Rechts“, also für offene Grenzen, demonstriert. Um sich vor Anschlägen (durch wen wohl?) zu schützen, wurden allerdings mächtige Betonpoller aufgestellt, hinter denen die bunten Verfechter der offenen Grenzen sicher sind vor Attentätern, die über die offenen Grenzen zu uns kommen.

Eine derart bizarre Szene wie jene Penzberger Demo hätte sich nicht einmal Dieter Nuhr auszudenken gewagt, viel zu albern und übertrieben käme das rüber. So etwas darf nur die Wirklichkeit selbst schreiben. Die Demonstranten dort kommen einem vor wie ein Politiker, der lautstark gegen Luftverteidigung und Zivilschutz polemisiert, derweil er sich gerade von Angstschweiß gezeichnet in seinen Bunker verkriecht.

In dem Land, in dem sich Staatsanwälte öffentlich über die Bestrafung unschuldiger Bürger amüsieren und in dem gewisse Demonstranten gar nicht mitkriegen, wie lächerlich und verlogen sie daherkommen, wird am kommenden Sonntag also ein neues Parlament gewählt. Da kann das Volk seinen Kommentar zu alldem abgeben. Das sollten wir uns nicht entgehen lassen.

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

WORT DER WOCHE

„Es riecht nicht nur nach Wahlkampf. Es stinkt zum Himmel!“

Peter Tiede in der „Bild“-Zeitung vom 18. Februar zu dem „Zufall“, dass, wie schon vor den Landtagswahlen im September, auch kurz vor der Bundestagswahl ein Abschiebeflug stattfindet